

Die Revision des Besatzungsstatutes

Von Dr. Gustav von Schmoller

Bei einem Rückblick auf die Geschichte des besetzten Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg liegt es nahe, die Zäsuren zwischen den einzelnen Entwicklungsabschnitten an den Zeitpunkten zu suchen, an denen die wichtigsten der Grunddokumente, die das Besatzungsregime regeln, in Kraft getreten sind. Diese Grunddokumente scheinen die Stufen zu bezeichnen, auf denen das besetzte Deutschland allmählich wieder zur vollen Handlungsfähigkeit aufsteigt. Sie scheinen es aber nur, tatsächlich sind sie weder Stufen noch, historisch betrachtet, Zäsuren. Hiermit soll keineswegs der zweifellos erhebliche Fortschritt Westdeutschlands vom Zustand der völligen rechtlichen und tatsächlichen Aktionsunfähigkeit, wie sie zunächst nach dem Zusammenbruch und nach der Uebernahme der „obersten Gewalt“ durch die Alliierten auf Grund der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 bestand, bis zu dem heutigen Zustand einer allerdings noch unvollständigen Handlungsfreiheit verkannt werden. Die entscheidenden Stufen auf diesem Wege sind aber weder das Besatzungsstatut vom Jahre 1949 noch die Dokumente zur „kleinen Revision“ vom März 1951. Sie sind überhaupt keine Stufen in der Entwicklung, sondern viel eher „Bilanzen“, die den Stand der Entwicklung zu einem bestimmten Stichtag festhalten. Die entscheidenden Ereignisse aber liegen zwischen den Stichtagen dieser Bilanzen, die selbst nur widerspiegeln, welcher Weg inzwischen zurückgelegt worden ist. Entscheidend ist der Weg, entscheidend sind die zahllosen kleinen und die weniger zahlreichen großen Schritte, die in der Zwischenzeit von beiden Partnern, den Besatzungsmächten und dem besetzten Land, manchmal einzeln, meist aber gemeinsam, gemacht worden sind, um allmählich wieder normale Beziehungen herzustellen. Nur wenn man von dieser Betrachtungsweise ausgeht, wird man zu einer gerechten Beurteilung insbesondere auch der „kleinen Revision“ kommen. Betrachtet man die Revision als Schritt, so wird man über dessen Geringfügigkeit zweifellos enttäuscht sein. Betrachtet man sie jedoch

als Schlußbilanz der Epoche zwischen dem Inkrafttreten des Besatzungsstatuts im September 1949 und der Verkündung der Revision im März 1951, so wird man ihre Bedeutung weniger leicht verkennen.

Gleichzeitig wird mit einer solchen Betrachtungsweise aber auch klar, daß, so wenig wie seinerzeit mit dem Besatzungsstatut, nun mit der „kleinen Revision“ ein Status erreicht ist, auf dem ein Stillstand möglich wäre, bis etwa eine zweite oder dritte Revision oder die völlige Umstellung des einseitigen Besetzungssystems auf ein Vertragssystem erfolgt. Jedes Beharrenwollen auf dem jetzigen Stand müßte für beide Partner in gleicher Weise alles bisher Erreichte in Frage stellen, solange nicht der wirklich entscheidende Schritt getan ist, der Schritt zur völligen gleichberechtigten Eingliederung der Bundesrepublik in das westliche Staatensystem. Mit diesem Schritt würde allerdings eine echte und historisch bedeutsame Zäsur erreicht, die im umgekehrten Sinne mit jenem Schritt verglichen werden könnte, der mit der Berliner Erklärung der Alliierten vom Juni 1945 und der in ihr ausgesprochenen Uebernahme der obersten Gewalt in Deutschland durch die Besatzungsmächte getan wurde. Daß die Besatzungsmächte bereits bei der Abfassung des Besatzungsstatuts vom 10. April 1949 selbst darüber im klaren waren, daß mit diesem Statut kein Stillstand der Entwicklung in den Beziehungen zwischen ihnen und dem besetzten Westdeutschland eintreten konnte, ergibt schon Ziffer 9 des Besatzungsstatuts, in welcher ausdrücklich eine Revision dieses Statuts vorgesehen wurde. Diese Revision sollte mit dem Ziel einer Erweiterung der deutschen Zuständigkeiten, „nach 12 Monaten, mindestens aber innerhalb von 18 Monaten nach Inkrafttreten des Statuts“ vorgenommen werden. Noch deutlicher zeigt sich diese Auffassung in der Besatzungspolitik, wie sie in der Zwischenperiode der achtzehn Monate vom Inkrafttreten des Besatzungsstatuts bis zur „kleinen Revision“ seitens der Besatzungsmächte gehandhabt worden ist.

Das Besatzungsstatut vom 10. April 1949¹

Schon in der Präambel des Besatzungsstatuts, das am 21. September 1949 unmittelbar nach der Bildung der Bundesregierung in Kraft trat, kam zum Ausdruck, daß es sich hierbei um keine wirkliche Zäsur handelte. Das Besatzungsstatut wurde von den drei Militärgouverneuren „in Ausübung der Obersten Gewalt, welche die drei Regierungen beibehalten“, proklamiert. Allerdings heißt es in Ziffer 1 des Statuts ausdrücklich, daß das deutsche Volk in dem Zeitraum, während dessen das Fortdauern der Besetzung notwendig ist, das größtmögliche Maß an Selbstregierung genießen solle, das mit einer solchen Besetzung vereinbar sei. Der Bund und die Länder sollen, lediglich durch die Bestimmungen des Statuts beschränkt, „volle gesetzgeberische, vollziehende und rechtsprechende Gewalt haben“. Damit ist eine generelle Vermutung für die Zuständigkeit der deutschen Organe ausgesprochen worden. Diese grundsätzliche Entscheidung zugunsten der deutschen Kompetenz wird in ihrem Wert jedoch durch die Vorbehalts-

gebiete und eine Anzahl von Generalklauseln eingeengt. Ueberhaupt läßt die juristisch schwer greifbare Formulierung des Besatzungsstatuts Einwirkungen zu, die — folgt man nur dem Wortlaut des Statuts — zum Teil sogar über das hinausgehen, was vor Erlaß des Statuts der Praxis der Besatzungsmächte entsprach. Aber gerade diese unscharfen Formulierungen, so gefährlich sie zunächst erscheinen mochten, ermöglichten andererseits eine dynamische Fortentwicklung des Besatzungsregimes, die durch allzu präzise Abgrenzungen der Kompetenzen im Wortlaut des Textes vielleicht eher gehemmt als gefördert worden wäre.

„Self-liquidating in nature“ sollten nach den eigenen Erklärungen der Besatzungsmächte viele ihrer Befugnisse sein, und tatsächlich ist die Epoche der achtzehn Monate, die auf das Inkrafttreten des Besatzungsstatuts folgte, durch eine zum mindesten teilweise Selbstliquidation mancher seiner Bestimmungen charakterisiert.

Die Praxis der 18 Monate

Permanente Revision und retardierendes Moment

Betrachtet man die achtzehn Monate der Geltung des Besatzungsstatuts in seiner ursprünglichen Fassung und vergleicht hierbei die Bewegungsfreiheit der Bundesrepublik zum Anfang und zum Ende dieser Periode, so kommt man zu zwei miteinander in eigenartigem Widerspruch stehenden Feststellungen. Als erstes fällt zweifellos auf, wie stark sich das Verhältnis zwischen den Besatzungsmächten und der Bundesrepublik in dieser Zeitspanne in Richtung auf eine dauernd wachsende Selbständigkeit der Bundesrepublik hin entwickelt hat. Einwirkungen der Besatzungsmächte, wie sie noch zu Beginn der Periode üblich waren, wären in dieser Form gegen Ende des Zeitraumes vielfach einfach undenkbar. So bedeutet das Statut im September 1949, als es in Kraft trat, etwas völlig anderes als in den ersten Monaten des Jahres 1951, obwohl sein Wortlaut in keiner Weise geändert worden war. Diese permanente Revision des Wortsinnes bei unverändertem Fortbestand des Wortlautes ist der eine auffallende Trend, der die Zeit der achtzehn Monate charakterisiert.

Dieser Entwicklung in Richtung auf Autonomie und Gleichberechtigung der Bundesrepublik steht auf der anderen Seite eine stark retardierende Tendenz gegenüber, die immer dann sich durchsetzt,

wenn es eigentlich darauf ankäme, in Anpassung an den allgemeinen Wandel der politischen Situation die Politik der „kleinen Gaben“ durch eine großzügige Geste zu ergänzen. Auf der einen Seite halten so die Besatzungsmächte Grundprinzipien des Besatzungsregimes, die schon zur Zeit der Abfassung des Besatzungsstatuts antikiert erschienen, mit erstaunlicher, ja geradezu unverständlicher Beharrlichkeit aufrecht, während sie andererseits mit unbestreitbarem Gefühl für politische Realitäten Zugeständnisse machen, die sogar so weit gehen, daß einzelne und nicht unbedeutende Bestimmungen des Besatzungsstatuts bis zur völligen Bedeutungslosigkeit ausgehöhlt werden.

„Vae victis“ überschrieb eine Zeitung ihren Bericht über den Eingriff der Besatzungsmächte anlässlich der Währungsabwertung im September 1949 nur wenige Tage nach dem Inkrafttreten des Besatzungsstatuts, und englische Zeitungen sprachen selbst von einem „demütigenden Befehl“ der Besatzungsmächte. Daß sich bei dieser ersten Handhabung des neu geschaffenen Besatzungsstatuts die Frage erhob, wo eigentlich der Fortschritt gegenüber der Praxis der Besatzungsmächte vor dem Inkrafttreten des Statuts liege, kann nicht verwundern. Nicht viel anders war die Reaktion auf das Einkommensteuerveto im April

¹) Vgl. hierzu „Grundzüge des neuen Besatzungsregimes in Westdeutschland“ von Dr. Gustav von Schmoller, Europa-Archiv, 20/1949, S. 2535—2544, sowie Text des Besatzungsstatuts in Europa-Archiv 8/1949 S. 2074 f. Außerdem sind zum Verständnis des Besatzungsregimes folgende Dokumente heranzuziehen: Abkommen über die Dreimächte-Kontrolle vom 8. April 1949, Europa-Archiv 8/1949 S. 2075 f. und Satzung

der Alliierten Hohen Kommission vom 20. 6. 1949, Europa-Archiv 14/1949, S. 2323—2326. Sämtliche Dokumente sind im übrigen abgedruckt in: „Die Befugnisse der Besatzungsmächte in der Bundesrepublik Deutschland“. Die wichtigsten Dokumente, mit einer Einführung von Dr. Gustav von Schmoller, Dokumente und Berichte des Europa-Archivs, Band 8, 1950.

1950, das allerdings von den Besatzungsmächten selbst nur zögernd eingelegt und alsbald wieder zurückgezogen wurde. Einwirkungen auf die deutsche Wirtschaftspolitik in solchen Formen unter Berufung auf besatzungsrechtliche Kompetenzen wären Anfang 1951 trotz unverändertem Fortgelten des nämlichen Besatzungsstatuts nicht mehr denkbar gewesen². Vom heutigen Standort aus betrachtet, stehen Eingriffe dieser Art den Einwirkungsrechten der Besatzungsmächte, wie sie vor dem Inkrafttreten des Besatzungsstatuts bestanden, näher als den von ihnen selbst zu Ende der achtzehn Monate noch in Anspruch genommenen Befugnisse. So hat die bloße Praxis der Handhabung des Statuts in diesen achtzehn Monaten einen Wandel durchgemacht, der in mancher Beziehung bedeutungsvoller erscheint als die Verkündung des Statuts selbst.

Die permanente Revision, die sich auch ohne eine Aenderung im Text des Besatzungsstatuts vollzog, kam bereits am 22. November 1949 in dem sogenannten *Petersberger Abkommen* zum Ausdruck, das der Bundesrepublik auf gewissen Gebieten größere Freiheiten einräumte. Neben dem Demontagestop, einer teilweisen Aufhebung der Beschränkungen des Schiffbaus usw. handelte es sich hier vor allem um Erleichterungen in den Beziehungen der Bundesrepublik nach außen. Hier erhielt sie Zugeständnisse hinsichtlich der Teilnahme an internationalen Organisationen und der Wiederaufnahme von konsularischen und Handelsbeziehungen. Am 15. Dezember 1949 folgte der Abschluß des ECA-Abkommens zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten sowie kurz darauf der Beitritt zur OEEC. Die weiteren Stadien dieser allmählich zu einer größeren Selbstständigkeit der Bundesrepublik führenden Entwicklung sind durch ihre Aufnahme als assoziiertes Mitglied in den Europarat und ihre Teilnahme an den Schumanplan-Verhandlungen seit Juni 1950 gekennzeichnet. Trotz der starken Tendenz zu Selbstständigkeit und eigener Verantwortung der Bundesrepublik, die sich in diesen Stadien abzeichnet, läßt sich aber auch die, wenn auch nicht gerade gegenläufige, so doch retardierende Tendenz auf gewissen Gebieten der Besatzungspolitik dieser Periode bis in die jüngste Zeit hinein verfolgen. So sei in diesem Zusammenhang nur auf die I.G.-Entflechtung und das unverständlich starre Festhalten an den Industrie- und Forschungsverböten verwiesen. Es sind dies Maßnahmen, die vielfach geradezu anachronistisch wirken und zudem in vieler Beziehung sogar im

Widerspruch zu den eigenen politischen Zielen der Besatzungsmächte stehen.

Der Weg zur formellen Revision

Als Mitte Mai 1950 die Außenminister der drei Westmächte in London zu einer Konferenz zusammentraten und die Revision des Besatzungsstatuts als Verhandlungspunkt auf die Tagesordnung gesetzt wurde, rechnete man allgemein damit, daß es die Absicht der Alliierten sei, die Revision zum Herbst des Jahres als dem frühesten möglichen Termin vorzunehmen. Auf dieser Konferenz wurde dann auch ein Studienkomitee aus Vertretern der drei Mächte eingesetzt, das den Auftrag erhielt, für die nächste Konferenz der Außenminister, die im September in New York stattfinden sollte, Vorschläge für die Revision des Besatzungsstatuts und die formelle Beendigung des Kriegszustandes auszuarbeiten.

Die Konferenz begnügte sich jedoch nicht mit diesem formellen Auftrag. Aus der Erklärung, welche die drei Außenminister nach Beendigung ihrer Besprechungen veröffentlichten, ging vielmehr eindeutig hervor, daß Sinn und Bedeutung der Besetzung sich in den Augen der Alliierten inzwischen grundlegend geändert hatten. In dem Kommuniqué hieß es: „Dieses Besatzungsregime wird Deutschland und den Alliierten infolge der Teilung Deutschlands und der internationalen Lage aufgezwungen. Solange diese Situation dauert, muß das Besatzungsregime im gemeinsamen Interesse Deutschlands und Europas aufrechterhalten werden.“ Damit wurde zum erstenmal offiziell zum Ausdruck gebracht, daß der Zweck der Besetzung nunmehr weniger eine gegen Deutschland gerichtete Folge des letzten Krieges als eine Sicherheitsmaßnahme zur Verhinderung künftiger Konflikte aus der Spannung zwischen Ost und West sei.

In den folgenden Monaten hat das Londoner Studienkomitee diese Vorschläge für die Revision des Besatzungsstatuts ausgearbeitet. An diesen Vorarbeiten waren auch die drei Hohen Kommissare beteiligt. Die deutsche Erwartung, daß hierbei auch die von der Bundesrepublik ausgearbeiteten Vorschläge berücksichtigt werden würden, ging jedoch nicht in Erfüllung.

Während dieser Vorarbeiten brach der Korea-Konflikt aus, der die gesamte weltpolitische Lage veränderte und damit auch für das Verhältnis der westlichen Besatzungsmächte zu der Bundesrepublik eine neue Situation herbeiführte. Aus dieser Verschärfung der Ost-West-Spannung entstand bei den Alliierten

²) Daß inzwischen Einwirkungen auf die deutsche Wirtschaftspolitik von internationalen Organisationen aus, insbesondere durch die OEEC, erfolgt sind und weiterhin erwartet werden müssen, wird hierbei nicht verkannt. Vorausgesetzt, daß von diesen Organisationen im gegebenen Falle auch gegenüber anderen Mitgliedern, selbst wenn sie zu den Sie-

gerstaaten gehören, mit gleichem Nachdruck vorgegangen wird, bewegen sich diese Einwirkungen jedoch auf völlig anderer Ebene; sie bedeuten unter der angegebenen Voraussetzung nicht eine einseitige Hoheitsbeschränkung, wie sie die Einwirkungen der Besatzungsmächte darstellen.

der Gedanke, die Bundesrepublik an der militärischen Verteidigung des Westens zu beteiligen. Die damit angedeutete Linie, daß man in dem bisherigen Gegner, der noch unter einem Besatzungsregime gehalten wurde, den künftigen Partner und Verbündeten sehen müsse, hätte ihren Niederschlag eigentlich in einer sehr schnellen und grundlegenden Umgestaltung des Verhältnisses zwischen den Besatzungsmächten und der Bundesrepublik finden müssen. Dazu kam es jedoch nicht.

Die allgemeine Erwartung, daß die New Yorker Außenministerkonferenz vom September 1950 bereits die entscheidende Revision des Besatzungsstatuts bringen würde, nachdem nunmehr die Frist von zwölf Monaten seit seinem Inkrafttreten abgelaufen war, wurde enttäuscht. Die Beschlüsse von New York enthielten zwar verschiedene für die weitere Entwicklung wesentliche Punkte, wie die Anerkennung der Bundesregierung „als einzige frei und gesetzlich konstituierte Regierung mit dem Recht, nach außen hin als Vertreter des ganzen deutschen Volkes zu sprechen“, und die Sicherheitsgarantie mit dem Inhalt, daß die drei Westmächte jeden Angriff auf die Bundesrepublik und West-Berlin als gegen sich selbst gerichtet betrachten. In der Frage der Revision des Besatzungsstatuts wurden jedoch nur allgemeine Prinzipien für eine demnächst durchzuführende Erleichterung

der bisher bestehenden Beschränkungen und Kontrollen verkündet. Dabei sollte jedoch ausdrücklich „die legale Basis der Besetzung“ aufrechterhalten bleiben, außerdem wurde die Durchführung der angekündigten Revision von der Uebernahme gewisser Verpflichtungen durch die Bundesregierung abhängig gemacht.

Diese Bedingungen wurden der Bundesregierung durch zwei Noten der Alliierten Hohen Kommission (AHK) vom 23. Oktober 1950 mitgeteilt. Die Veröffentlichung der Revision des Besatzungsstatuts wurde von einer Verpflichtung der Bundesrepublik zur Mitwirkung bei der Verteilung knapper Rohstoffe und einer Anerkennung der Vorkriegsschulden des Deutschen Reiches sowie der Schulden aus der seit der Besetzung gewährten Wirtschaftshilfe abhängig gemacht. In der Rohstofffrage wurde bald eine grundsätzliche Einigung erzielt. Hinsichtlich der von den Alliierten verlangten Schuldenerklärung ergaben sich jedoch einige Meinungsverschiedenheiten, die erst in längeren Verhandlungen beseitigt werden konnten. So kam es, daß die Revision sich fast ein halbes Jahr hinzog und erst am 6. März 1951, kurz vor Ablauf der Frist von achtzehn Monaten, verkündet wurde. Der Notenwechsel³ über diese beiden Fragen, die zu Bedingungen für das Inkrafttreten der Revision des Besatzungsstatuts gemacht wurden, bildet somit einen Teil dieser ganzen Regelung.

Die „kleine Revision“

Die Rechtsquellen

Die „kleine Revision“ ist nicht in einer einheitlichen Urkunde niedergelegt. Sie besteht vielmehr aus neun veröffentlichten Urkunden, denen sich als zehnte die revidierte Charta der Alliierten Hohen Kommission anschließt, die bisher jedoch noch nicht veröffentlicht wurde. Im einzelnen handelt es sich um folgende Dokumente:

1. Erste Urkunde zur Revision des BesSt (ABl. S. 792). In der Sammlung ist der jetzt maßgebliche Text des BesSt abgedruckt⁴.
2. Entscheidung Nr. 10 „Programm für die Revision der Besatzungskontrollen“ (ABl. S. 794 f.)
3. Entscheidung Nr. 11 „Zuständigkeit der Bundesregierung auf dem Gebiet der auswärtigen Angelegenheiten“ (ABl. S. 795 ff.)
4. Dir. Nr. 1 (Neufassung) „Prüfung von Aenderungen des GG und von Rechtsvorschriften des Bundes“ (ABl. S. 797 f.)
5. Dir. Nr. 2 (Neufassung) „Prüfung von Landesverfassungen, deren Aenderungen und von Rechtsvorschriften der Länder“ (ABl. S. 798 f.)

6. Dir. Nr. 3 (Neufassung) „Verhandlungen der Bundesregierung oder einer Landesregierung über internationale Abkommen“ (ABl. S. 799 ff.)
7. Dir. Nr. 4 (Neufassung) „Mitteilung der Bundesregierung und der Regierungen der Länder gemäß Absatz 4 des revidierten Besatzungsstatuts“ (ABl. S. 801 ff.)
8. Dir. Nr. 5 „Aufhebung, Außerkraftsetzung und Aenderung von Rechtsvorschriften der Besatzungsbehörden durch deutsche Stellen gemäß Abs. 7 (b) des revidierten Besatzungsstatuts“ (ABl. S. 803 f.)
9. Dir. Nr. 6 „Verträge des ehemaligen Deutschen Reichs“ (ABl. S. 846 f.)
10. Urkunde über die Revision der Satzung der AHK (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht).

Wie schon die Uebersicht der Rechtsquellen zeigt, baut die „kleine Revision“ auf den bisherigen Dokumenten auf. Sie behält eine Reihe der bisherigen Bestimmungen, und zwar gerade diejenigen, welche die Grundlage für das System als solches bilden, unverändert bei, bringt bei einer Anzahl weiterer Bestimmungen Aenderungen im Text des Statuts selbst oder Zusätze in den Begleitdokumenten, stellt ein „Programm“ für weitere Revisionen auf und läßt nur eine einzige Bestimmung völlig wegfallen.

³) Vgl. Europa-Archiv, 7/1951, S. 3851—3854.

⁴) Vgl. Europa-Archiv 6/1951, S. 3829—3830.

Das unveränderte System

Ein kurzer Ueberblick über die unverändert aufrechterhaltenen Teile der schon bisher geltenden Grunddokumente mag die Behauptung erhärten, daß das System als solches trotz der „kleinen Revision“ fortbesteht. Unverändert beibehalten wird an erster Stelle die Präambel des Besatzungsstatuts, die feststellt, daß die Besatzungsmächte die Oberste Gewalt, die sie 1945 übernommen haben, weiter in ihren Händen behalten und in Ausübung dieser Obersten Gewalt das Besatzungsregime regeln. Damit verbleibt es grundsätzlich bei dem bisherigen einseitig bestimmten Verhältnis zwischen den Besatzungsmächten und der Bundesrepublik. Zur Begründung der Beibehaltung der Obersten Gewalt haben sich die Besatzungsmächte darauf berufen, daß die Oberste Gewalt die einzige Rechtsgrundlage für die Anwesenheit alliierter Truppen im Bundesgebiet und in Berlin sei. Sie bilde ferner die letzte gemeinsame Grundlage für eine einheitliche Politik der vier Besatzungsmächte. Auf ihr müsse endlich das Notstandsrecht der Besatzungsmächte aufbauen. Unverändert bleiben ferner die grundlegende Ziffer 1 und der Einleitungssatz von Ziffer 2 des Besatzungsstatuts. Hiernach soll die Bundesrepublik zwar das mit der Besetzung zu vereinbarende größtmögliche Maß an Handlungsfreiheit genießen, gleichzeitig wird aber diese Handlungsfreiheit wieder beschränkt, allerdings nur insoweit, als diese Beschränkungen ihre Verankerung im Besatzungsstatut finden. Die den Besatzungsmächten besonders vorbehaltenen Gebiete bleiben im Prinzip bestehen, wenn sie auch im einzelnen gewisse, nicht unbedeutende Modifikationen erfahren. Die eigenen deutschen Befugnisse, die das Besatzungsstatut auch auf den Vorbehaltsgebieten bereits eingeräumt hatte, werden unverändert beibehalten (Ziffer 4). Das gleiche gilt für die sehr unklare Vorschrift der Ziffer 8, die die Formvorschriften für die Besatzungsrechtssetzung und das Weisungsrecht der Besatzungsbehörden behandelt. Unverändert bleibt ferner die beschränkte Garantie der Grundrechte (Ziffer 6) und das Notstandsrecht (Ziffer 3).

Auf den eigentlichen Vorbehaltsgebieten (Ziffer 2) bleiben die Bestimmungen über die Abrüstung und Entmilitarisierung einschließlich der darauf bezüglichen Forschungs- und Industrieverbote, Zivilluftfahrt, die Ruhrkontrolle, die Vorbehalte bezüglich der Restitutionen und Reparationen sowie die Frage der ausländischen Vermögenswerte Deutschlands und der Ansprüche gegen Deutschland unverändert. Ebenso wurden die Bestimmungen über Schutz und Ansehen der alliierten Streitkräfte und die damit zusammenhängenden Fragen der Deckung der Besatzungskosten und sonstigen Besatzungsbedürfnisse beibehalten. Gerade hier handelt es sich um ein um-

fassendes Gebiet, das dringend einer Neuregelung in Anpassung an die völlig veränderten Verhältnisse bedarf. Unverändert bleibt schließlich auch die Kontrolle der Verwahrung und Behandlung derjenigen Personen in deutschen Gefängnissen, die vor Besatzungsgerichten angeklagt oder von diesen verurteilt worden sind.

Dieser kurze Ueberblick über die unveränderten Bestimmungen lassen in aller Deutlichkeit erkennen, daß die „kleine Revision“ im System des Besatzungsregimes alles beim alten läßt; das umstürzend Neue in der Gestaltung der beiderseitigen Beziehungen zwischen Okkupanten und besetztem Land fehlt noch völlig.

Aenderungen auf Einzelgebieten

Was wurde durch die „kleine Revision“ geändert, und welche Bedeutung kommt diesen Aenderungen zu? Vier Punkte wären hier zu erwähnen: Die verfahrensmäßige Lockerung der Gesetzgebungskontrolle einschließlich der redaktionellen Klarstellung der bisherigen Bestimmungen über die Aufhebung der besatzungsrechtlichen Vorschriften, die Erweiterung der deutschen Selbständigkeit auf außenpolitischem Gebiet, die freiere Gestaltung der deutschen Außenwirtschaft und die Aufhebung der Kontrolle über innere wirtschaftliche Maßnahmen, wie sie die Generalklausel der Ziffer 2 h des Besatzungsstatuts enthielt.

Die Aenderung der Gesetzgebungskontrolle beläßt es bezüglich des Grundgesetzes bei der bisherigen Regelung, nach der bei Aenderungen des Grundgesetzes eine ausdrückliche Genehmigung der Besatzungsmächte erforderlich ist. Dagegen ist die Kontrolle bei Länderverfassungen, Aenderung von Länderverfassungen und gewöhnlichen Bundes- und Landesgesetzen eingeschränkt worden. Bisher traten die genannten Bestimmungen erst 21 Tage nach Mitteilung an die AHK in Kraft; innerhalb dieser Frist konnten die Besatzungsmächte ihr Veto einlegen. Jetzt erlangen die deutschen Gesetze unmittelbar Wirksamkeit, doch können die Besatzungsmächte sie — ohne daß hierfür eine Frist gesetzt wäre — nachträglich aufheben. Nach verschiedenen Aeßerungen von Vertretern der Besatzungsmächte ist beabsichtigt, von diesem Aufhebungsrecht, wenn überhaupt, so nur einen sehr vorsichtigen Gebrauch zu machen. Verfahrensmäßig ergaben sich einige Erleichterungen. Die Aenderung der Ziffer 7 über die Aufhebung des Besatzungsrechts bringt im wesentlichen nur eine gewisse Klarstellung. Praktisch ist die Lockerung der Gesetzgebungskontrolle nicht so bedeutungsvoll, wie es zunächst den Anschein haben mag. Schon seit längerer Zeit war die Handhabung des Kontrollvorbehalts sehr zurückhaltend erfolgt, so daß heute kaum noch im Zusammenhang mit der Neufassung dieses Vorbehalts von einer jetzt erst beginnenden Ein-

schränkung der Gesetzgebungskontrolle gesprochen werden kann. Erfreulich ist allerdings, daß die verschiedentlich unangenehm empfundene 21-Tage-Frist weggefallen ist.

Neben der Beseitigung der bisherigen Gesetzgebungskontrolle ist vor allem die Neuregelung der deutschen Zuständigkeiten auf dem Gebiet der auswärtigen Angelegenheiten von Bedeutung. Hier bringt die durch die „kleine Revision“ neugefaßte Bestimmung der Ziffer 2 c in Verbindung mit den sonstigen Grunddokumenten erhebliche Fortschritte, ohne allerdings den Vorbehalt des Besatzungsstatuts als solchen aufzugeben. Die Bundesregierung darf jetzt ein Außenministerium errichten und diplomatische und konsularische Beziehungen aufnehmen, wobei jedoch die Zustimmung der AHK einzuholen ist, sofern solche Beziehungen zu Ländern angeknüpft werden sollen, in denen die Bundesrepublik bisher noch keine Konsulate errichtet hatte. Außer für die Ostblockstaaten dürfte diese Genehmigung wohl regelmäßig erteilt werden. Eine Einschränkung gilt für die Hauptstädte der drei Besatzungsmächte. Dort sollen nur „offizielle Vertreter“ (Official Agents) ernannt werden. Was unter solchen „offiziellen Vertretern“ verstanden werden soll, ist vorläufig noch nicht geklärt. Bei der Führung der internationalen Verhandlungen ist die Bundesrepublik weitgehend von Besatzungskontrollen befreit. So ist die Zustimmung zur Aufnahme von Verhandlungen und die Teilnahme von Beobachtern an den Verhandlungen nicht mehr vorgesehen. Die AHK hat sich lediglich Informationsrechte vorbehalten, sie kann intervenieren, soweit es sich um vorbehaltene Gebiete handelt. Abgeschlossene Abkommen müssen der AHK vorgelegt werden, sie treten erst nach einer Frist von 21 Tagen in Kraft, innerhalb derer sie von der AHK abgelehnt werden können. Für Handelsabkommen gelten die Bestimmungen nicht. Offenbar soll hier noch eine besondere Direktive erfolgen.

Als weiteres vorbehaltenes Gebiet hat die Kontrolle des Außenhandels und Devisenverkehrs Lockerungen erfahren (Ziffer 2 g). War bisher der Außenhandel und Devisenverkehr schlechthin unter Kontrolle gestellt, so erfolgt jetzt eine erhebliche Einschränkung dieser Kontrolle durch eine engere Fassung der mit diesen Ueberwachungsmaßnahmen verfolgten Besatzungsziele. In erster Linie soll die Außenhandelskontrolle den Erfordernissen der Sicherheit dienen, wobei es sich, abgesehen von der Verhinderung von Waffentransporten, um die Beschränkung des Wirtschaftsverkehrs mit den Ostblockstaaten handelt. Des weiteren soll der Vorbehalt sicherstellen, daß die Grundsätze des GATT und des Abkommens über den internationalen Währungsfonds durch die Bundesrepublik eingehalten werden, solange die Bundesrepublik diesen Abkommen noch nicht beigetreten

und somit noch nicht unmittelbar aus diesen Abkommen verpflichtet ist. Hierbei handelt es sich um Beschränkungen, die wahrscheinlich in nächster Zeit wegfallen dürften. Endlich soll die Außenhandelskontrolle der ordnungsgemäßen Befriedigung der Ansprüche gegen Deutschland dienen. Der Vorbehalt bezüglich der Handelsdiskriminierungen wurde auf das Gebiet des Außenhandels beschränkt (Ziffer 2 b).

Sowohl bei der Aenderung des politischen Vorbehalts bezüglich der auswärtigen Angelegenheiten, wie bei der Beschränkung des wirtschaftlichen Vorbehalts bezüglich des Außenhandels und Devisenverkehrs könnte am ehesten von einer gewissen Zäsur gesprochen werden. Auch in diesen beiden Fällen handelt es sich aber um eine Entwicklung, die schon seit langem angebahnt ist, und deren Einzelheiten zum Teil insbesondere wegen der verspäteten Inkraftsetzung der „kleinen Revision“ schon vorweggenommen waren. Mit der „kleinen Revision“ ist daher keineswegs schlagartig eine Aenderung in der praktischen Handhabung dieser Kontrollvorbehalte eingetreten.

Völlig aufgehoben worden ist lediglich die Ziffer 2 h der Vorbehaltsgebiete, die sich mit der Kontrolle der inneren Maßnahmen im Zusammenhang mit den Deutschland gewährten Hilfslieferungen befaßt. Tatsächlich handelt es sich hier aber weniger um einen Schritt von praktischer Bedeutung als vielmehr um die Nachholung einer Korrektur des Besatzungsstatuts, die seit langem fällig war, nachdem die Ziffer 2 h seit rund einem Jahr jede innere Berechtigung verloren hatte, und da sie durch vertragliche Vereinbarungen der Bundesrepublik überholt war. Selbst in diesem einzigen Falle völliger Aufhebung einer Bestimmung durch die „kleine Revision“ handelte es sich somit lediglich um die Feststellung einer faktisch längst vollzogenen Entwicklung.

Programm für weitere Revisionen

Sehr umfangreich ist die Gruppe derjenigen Bestimmungen der „kleinen Revision“, die lediglich programmatischer Natur sind. Sie bringen keine unmittelbaren Aenderungen, stellen solche aber unter gewissen Voraussetzungen in Aussicht. An ihnen zeigt sich besonders deutlich der Charakter der Revision als „Bilanz“ im eingangs angedeuteten Sinne. Im einzelnen handelt es sich um folgende Punkte: Bei der Dekartellierung soll der Vorbehalt aufgegeben werden, sobald die Bundesregierung eigene, die Besatzungsmächte befriedigende Rechtsvorschriften erlassen hat. Bei der Entflechtung haben die Besatzungsmächte lediglich die Absicht, ihre bereits eingeleiteten Programme (insbesondere Stahl-, Kohlen- und Filmindustrie, I.G.-Farben und Großbanken) zu Ende zu führen. Alsdann soll auch dieser Vorbehalt aufgegeben werden. Ähnliches gilt bezüglich der

DP, wo die Besatzungsmächte die Wiederherstellung voller eigener Zuständigkeit der Bundesregierung in Aussicht stellen. Der Vorbehalt bezüglich der Be-

achtung des Grundgesetzes und der Länderverfassungen soll im wesentlichen fallen, sobald das Bundesverfassungsgericht errichtet ist.

Offene Probleme

Zwei Vorbehaltsgebiete blieben bei der Revision völlig unberührt: die Industrieverbote und -beschränkungen einschließlich der Zivilluftfahrt und der Forschungskontrolle sowie die Besatzungskosten. Auf deutscher Seite wurde dies sehr bedauert, waren es doch gerade diese Gebiete, die als besonders drückend empfunden wurden. Hinsichtlich der Industrieverbote wurden in weniger als einem Monat nach der Revision durch ein am 3. April 1951 von den Hohen Kommissaren unterzeichnetes Abkommen⁵ weitgehende Produktionserleichterungen in Aussicht gestellt. Auf dem Gebiet der Besatzungskosten steht ein entsprechender Schritt noch aus.

Industrieverbote und -beschränkungen

Das Abkommen über die Industriekontrollen vom 3. April 1951 tritt an die Stelle des Washingtoner Abkommens vom 13. April 1949⁶, dessen Rahmen durch das Gesetz Nr. 24 der AHK mit bisher 15 Durchführungsverordnungen sowie einer Reihe von Direktiven des Militärischen Sicherheitsamtes ausgefüllt worden war. Das neue Abkommen weicht wesentlich von der früheren Regelung ab und macht damit auch eine Neufassung der bisherigen, auf seiner Grundlage ergangenen Bestimmungen notwendig.

Gemessen an dem Abkommen von Washington, das noch von dem Geist des Potsdamer Abkommens bestimmt war und lediglich in einer gewissen Modifizierung der ersten Industriepäne aus den Jahren 1946 und 1947 bestand, stellt das neue Abkommen eine grundlegende Aenderung in Aussicht. Die Kontrollen sollen künftig im wesentlichen auf die reine Rüstungsindustrie beschränkt werden. Die uferlose Ausdehnung des Begriffs des wirtschaftlichen Rüstungspotentials ist fallengelassen. Abgesehen von der Stahlindustrie werden die bisherigen Höchstgrenzen in der Jahresproduktion aufgehoben und ein großer Teil der Beschränkungen hinsichtlich der Produktionskapazität fallengelassen.

Besondere Beachtung verdient die Aufhebung der bisherigen, wenn auch durch Genehmigungsvorbehalt gemilderten Betätigungsverbote auf den Gebieten des Schiffbaus, des Baus von schweren Werkzeugmaschinen und der synthetischen Herstellung von Gummi und Benzin. Diese wesentlichen Produktionserleichterungen sind von der deutschen Industrie begrüßt worden. Auf der anderen Seite ist ein Teil der Beschränkungen aufrechterhalten worden, die mit der

Entmilitarisierung im eigentlichen Sinne nichts zu tun haben. So sind die Verbote zur Herstellung von Luftfahrzeugen und Bodeneinrichtungen der Zivilluftfahrt bestehen geblieben; die Herstellung von Elektronenröhren unterliegt weiterer Ueberwachung und zum Teil absolutem Herstellungsverbot; verboten bleibt auch die Entwicklung des Düsenantriebs in der Schifffahrt. Unter den Beschränkungen der Erzeugungskapazität sind an erster Stelle diejenigen der synthetischen Herstellung von Buna und Benzin zu nennen. Aus Gründen der alliierten Planungsmaßnahmen in der Kohlenwirtschaft sind hier der deutschen Wirtschaft scharfe Grenzen gezogen worden. Das gleiche gilt auf dem Gebiet der Stahlindustrie, in der die bisherige Stahlquote von jährlich 11,1 Millionen Tonnen aufrechterhalten wurde und eine Erweiterung nur zugelassen werden soll, „soweit eine solche dazu beiträgt, Stahl für die gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen bereitzustellen“. Auch die Aufrechterhaltung der Kapazitätsüberwachung in der Schiffbauindustrie und in der Herstellung von Präzisionskugellagern ist in einem Zeitpunkt, in dem von der Notwendigkeit eines „deutschen Verteidigungsbeitrages“ gesprochen wird, nicht recht verständlich.

In diesem Zusammenhang mag es versöhnlich stimmen, daß für das neue Abkommen ein sehr naher Revisionstermin, nämlich der 31. Dezember 1951, vorgesehen ist. Im gleichen Sinne ist die Bereitwilligkeit der Besatzungsmächte zu werten, dem Ersatz veralteter Anlagen durch solche moderner Art zuzustimmen, selbst wenn dadurch geringe Kapazitätserhöhungen eintreten sollten. Schließlich ist auch zu erwarten, daß die Alliierten, ähnlich wie nach dem Washingtoner Abkommen durch das Gesetz Nr. 24, in einem gewissen Umfange von Genehmigungen und Ermächtigungen Gebrauch machen werden. Die konkrete Auswirkung des Abkommens läßt sich daher noch nicht übersehen.

Die zu erwartende Revision des Gesetzes Nr. 24 vermag allein jedoch nicht alle unzeitgemäßen Beschränkungen der deutschen Industrie zu beseitigen. Diese Revision muß vielmehr auch die Gesetzgebung über die Forschungskontrolle (Mil.-Reg. Ges. Nr. 23 und franz. VO Nr. 231) sowie die Vorschriften hinsichtlich der Ueberwachung auf dem Gebiet der Atomenergie (AHK-Ges. Nr. 22) umfassen.

Besatzungskosten

Mit ihrer Note vom 16. März 1951 hat die AHK zur Deckung der Besatzungskosten im Rechnungs-

⁵) Vgl. Europa-Archiv 1951, S. 3928—32 dieser Folge.

⁶) Vgl. Europa-Archiv 10/1949, S. 2165—2168.

jahr 1951 einen Betrag von 6,6 Milliarden DM angefordert. Die Zahlungen, die in diesem Jahre aus dem Bundesetat erbracht werden müssen, werden diesen Betrag jedoch wesentlich übersteigen. Das hat zwei Gründe: Die Anforderungen werden zu einem Teil jeweils erst im folgenden Jahr bezahlt; außerdem müssen aus dem Bundeshaushalt neben den alliierten Anforderungen auch noch die nicht anerkannten Besatzungskosten beglichen werden. Der erste Gesichtspunkt spielt im Jahre 1951 eine besondere Rolle, da die AHK im Dezember 1950 noch eine Nachforderung von 1,4 Milliarden DM gestellt hat, bei der von vornherein feststehen mußte, daß sie sich im wesentlichen erst im Rechnungsjahr 1951 auswirken würde. Die Verteilung der in Aussicht genommenen Gesamterhöhung auf zwei Etappen bot jedoch den Vorteil, die tatsächliche Steigerung optisch sehr viel weniger in Erscheinung treten zu lassen. Ein wirkliches Bild darüber, welche Bedeutung die Besatzungskosten im Jahre 1951 haben werden, ergibt sich daher erst dann, wenn für die beiden Rechnungsjahre 1950 und 1951 der *nominellen* Belastung, wie sie sich aus den alliierten Anforderungen ergibt, die *effektive* Belastung des Bundesetats gegenübergestellt wird:

	Nominelle Belastung	Effektive Belastung des Bundesetats davon zu zahlen		
		Insgesamt	im lfd. Rechn.-jahr	im folgend. Rechn.-jahr
in Milliarden D-Mark				
<i>Rechnungsjahr 1950</i>				
Ursprüngl. alliiert. Voranschlag . .	4,1	4,1		
All. Zusatzvoran- schlag	1,4	1,4		
All. Gesamtvoran- schlag	5,5	5,5	3,6	1,9
Auslaufzeit 1949 .		0,8	0,8	
Nichtanerkannte Besatzungskosten .		0,4	0,4	
	5,5	6,7	4,8	1,9
<i>Rechnungsjahr 1951</i>				
All. Voranschlag .	6,6	6,6	4,7	1,9
Auslaufzeit 1950 .		1,9	1,9	
Nichtanerkannte Besatzungskosten		0,8	0,8	
	6,6	9,3	7,4	1,9
<i>1951 mehr als 1950</i>				
absolut	1,1		2,5	
in v. H.	21		52	

Abweichungen in den Summen sind durch Abrundung bedingt

Mit 7,4 Milliarden DM wird die effektive Belastung des Bundesetats von 1951 hiernach erheblich

über der alliierten Anforderung von 6,6 Milliarden DM liegen. Verglichen mit dem Vorjahr steht der nominellen Erhöhung von nur 1,1 Milliarden DM = 21 v. H. eine effektive Steigerung um volle 2,5 Milliarden DM = 52 v. H. gegenüber. Wenn es nicht gelingt, eine Herabsetzung der alliierten Anforderungen zu erreichen, dann werden die Bundesfinanzen im Jahre 1951 in einem erheblich höheren Maße durch Besatzungskosten in Anspruch genommen werden, als dies im Jahre 1950 der Fall war. Diese Steigerung der alliierten Anforderungen muß sich praktisch in einer Erhöhung der Steuersätze auswirken. Was dies für den einzelnen bedeutet, ergibt sich aus der folgenden Aufteilung der Gesamtbeträge:

	Effektive Gesamtbelastung in Mrd. D-Mark	Besatzungskosten	
		je Einwohner	je Erwerbstätigem
		in D-Mark	
1949	4,1	86	202
1950	4,8	101	238
1951	7,4	154	362

Es ist aber nicht nur die Höhe dieser Anforderungen, die von deutscher Seite so bedrückend empfunden wird. In noch stärkerem Maße ist es die Art, in der diese Anforderungen der Bundesrepublik einseitig auferlegt werden. Der ursprüngliche Besatzungszweck ist längst erfüllt. Auch die Westmächte sehen, wie bereits erwähnt, den eigentlichen Sinn des Aufenthaltes der alliierten Truppen auf dem Gebiet der Bundesrepublik nicht mehr in einer Niederhaltung des früheren Gegners oder einer Durchsetzung politischer Ziele in dem besetzten Lande, sondern in der Gesamtverteidigung des Westens. In der Note vom 16. März 1951 haben die Hohen Kommissare selbst die Erhöhung ihrer Anforderungen mit der im Interesse der Verteidigung liegenden Verstärkung ihrer Truppen begründet. Wenn von der Bundesrepublik dazu ein Beitrag gefordert wird, zu der diese auch grundsätzlich bereit ist, da ja auch ihr der durch diese Verteidigungsmaßnahmen gewährte Schutz zugute kommt, dann kann man aber nicht mehr von Besatzungskosten sprechen. Hier handelt es sich vielmehr um einen Verteidigungsbeitrag, der seinem ganzen Wesen nach nicht mehr einseitig auferlegt werden kann, sondern frei vereinbart werden muß⁷. Zu einer gemeinsamen Verteidigung können die einzelnen Partner jedoch nur ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend herangezogen werden. Es erscheint daher besonders dringend, das bisherige mit Zwangscharakter versehene System der Besatzungskosten, das noch aus einer Epoche herübberragt, die durch die Erfüllung des Besatzungszweckes tatsächlich längst abgeschlossen ist, durch eine vertragliche Regelung zu ersetzen, die den neuen Gegebenheiten gerecht wird.

⁷ Vgl. hierzu: Institut für Besatzungsfragen, „Besatzungskosten — ein Verteidigungsbeitrag?“ Tübingen 1950.

Vertrag als Ziel

Die hier vertretene Ansicht, daß die verschiedenen für das Besatzungsregime maßgebenden Dokumente keine Zäsuren, sondern höchstens Zwischenbilanzen darstellen, wird besonders deutlich, wenn man sich folgendes vergegenwärtigt: Lange ehe die Revision vom 6. März 1951 verkündet wurde, hat man auf beiden Seiten Erwägungen darüber angestellt, daß das Besatzungsstatut überhaupt zu einem nicht allzu fern liegenden Zeitpunkt durch vertragliche Regelungen abgelöst werden sollte. Den Anstoß hierzu gab eine Anregung des Bundeskanzlers vor der Außenminister-Konferenz von New York im September 1950. Schon damals war als deutscher Wunsch der Gedanke zum Ausdruck gebracht worden, daß das einseitige Besatzungsstatut durch einen zwischen gleichberechtigten Partnern abgeschlossenen Sicherheitsvertrag abgelöst werden müßte. In New York ist diesem Wunsch noch nicht Rechnung getragen worden. Auf der Brüsseler Außenminister-Konferenz im Dezember 1950 wurde dann jedoch erklärt, daß die alliierten Regierungen bereit seien, „ihre Beziehungen mit der Deutschen Bundesrepublik in zunehmendem Maße auf eine vertragliche Basis zu stellen“. Nachdem inzwischen am 6. März 1951 die

erste Revision des Besatzungsstatuts verkündet worden ist, nachdem durch die weitgehenden Aufhebungen der Produktionsbeschränkungen auf Grund des alliierten Abkommens vom 3. April 1951 ein weiterer Schritt in der gleichen Richtung getan ist und nachdem weitere Revisionen des Besatzungsstatuts in Aussicht gestellt wurden, wird es sehr wesentlich sein, daß parallel damit, und nach Möglichkeit diese Entwicklung überholend, auf allen in Betracht kommenden Gebieten beiderseitige Verhandlungen über eine allmähliche vertragliche Ueberführung der bisher einseitig geregelten Materien erfolgt. Auch die amerikanische Presse⁸⁾ hat bereits in den ersten Kommentaren zu der Revision des Besatzungsstatuts festgestellt, daß der baldige Abschluß einer vertraglichen Vereinbarung zwischen den Westmächten und der Bundesrepublik trotz der jetzt getroffenen Revisionsmaßnahmen genau so dringend bleibt wie bisher⁹⁾.

⁸⁾ So z. B. „New York Times“ vom 7. März 1951.

⁹⁾ Zur weiteren Unterrichtung über das heute noch in großem Umfang geltende Besatzungsrecht vgl. von Schmoller, Tobler, Maier: „Handbuch des Besatzungsrechts“, Verlag I. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1951.

Die Revision des Abkommens über das Industrieniveau Westdeutschlands vom 3. April 1951*

Begleitschreiben der Hohen Kommission vom 2. April 1951 an Bundeskanzler Dr. Adenauer

2. April 1951

Herr Bundeskanzler!

Ich beehre mich, Eurer Exzellenz mitzuteilen, daß meine Amtskollegen und ich, im Nachgang zu einem von den drei Außenministerien im September 1950 getroffenen Beschluß zur Durchführung einer Ueberprüfung der der Industrie auferlegten Verbote und Beschränkungen, morgen ein Abkommen bezüglich der Ueberwachung der Industrie unterzeichnen werden. Eine Ausfertigung dieses Dokuments, welches vom morgigen Tage an die Stelle des von den drei Militärgouverneuren im April 1949 getroffenen Abkommens tritt, ist beigefügt.

Es ist ersichtlich, daß das neue Abkommen, welches auf Antrag von zwei an dem Abkommen beteiligten Regierungen und auf jeden Fall spätestens bis zum 21. Dezember 1951 der Revision unterliegt, eine Anzahl von den der Industrie im Bundesgebiet bisher auferlegten Beschränkungen auflockert, und die Herstellung in Deutschland von Gegenständen und Erzeugnissen für die gemeinsame Verteidigung des Westens erleichtert.

Gemäß den Bestimmungen des Abkommens werden die bisher geltenden Begrenzungen und Beschränkungen, bezüglich der Größe und Geschwindigkeit oder dem Tonnengehalt von Handelsschiffen, die von Deutschland erbaut oder anderweitig erworben werden, sowie bezüglich Hüttenaluminium, synthetischem Ammoniak, Chlor, Styrol und Werkzeugmaschinen der in der Anlage „B“ zum früheren Abkommen angeführten Typen, aufgehoben. Außerdem wird die Hohe Kommission auch dazu bereit sein, eine Rohstahlerzeugung über den Rahmen von 11,1 Millionen Tonnen jährlich hinaus zu genehmigen, wenn eine solche Erzeugung dazu beiträgt, Stahl für die gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen bereitzustellen. Das Verbot der Herstellung von synthetischem Benzin und synthetischem Gummi ist aufgehoben, und die Beschränkungen bezüglich der Produktionsfähigkeit auf diesem Gebiet und in den Industrien, welche Kugel- und Rollenlager herstellen, sind jetzt gelockert. Die Ueberwachung der Herstellung von Elektronenröhren wird beibehalten, jedoch in gemäßigter Form.

Die drei Regierungen haben nicht den Wunsch, den technischen Fortschritt oder die Modernisierung der Herstellungsmethoden, welche zu einer Kostensenkung und

Einsparung von Rohmaterialien, elektrischer Energie und Brennstoffen führen, zu behindern. Demzufolge wird die Hohe Kommission bereit sein, die wenigen Industrien, in welchen die Begrenzung der Produktionsfähigkeit aufrechterhalten wird, zu ermächtigen, das Ersetzen durch leistungsfähigere Geräte, die Umstellung von Maschinen, und die Einführung neuer Verfahren oder anderer technischer Aenderungen vorzunehmen, auch wenn sich daraus eine geringfügige Vergrößerung der Produktionsfähigkeit der in Frage kommenden Anlagen oder Geräte ergibt.

Bei der Ermächtigung zur Wiederinstandsetzung von Werksanlagen (einschließlich des Einbaus neuer Geräte) und der Anwendung neuer Verfahren zur Herstellung von synthetischem Gummi und synthetischem Benzin, wird die Hohe Kommission, so lange ein Mangel an festen Brennstoffen besteht, Genehmigungen nur soweit erteilen, als der zusätzliche Verbrauch von Kohle und Koks, der für die in Aussicht genommene Herstellung benötigt wird, die Befriedigung des Bedarfs derjenigen Staaten, welche feste Brennstoffe einführen, nicht beeinträchtigt. Es werden jedoch die auf Benutzung der Werksanlagen in Bergkamen, Viktor, Scholven und Ruhröl vorliegenden Anträge hiermit genehmigt.

Während die Genehmigungspflicht für die Herstellung von den im Verzeichnis (Anhang „B“) angeführten Werkzeugmaschinen nicht aufrechterhalten bleibt, verlangen wir die Einführung eines Verfahrens, wonach der Hersteller eine Produktionsanmeldung (unter Angabe des beabsichtigten Bestimmungsortes jeder Maschine) zu machen und Bericht über die Anzahl solcher in Deutschland befindlichen Maschinen zu erstatten hat.

Das Inkrafttreten des „Abkommens betreffend die Ueberwachung der Industrie“ erfordert gewisse Abänderungen des Gesetzes Nr. 24 der Alliierten Hohen Kommission und der von Ihrer Regierung diesbezüglich erlassenen Verordnungen. Es besteht nicht die Absicht, das Inkrafttreten des neuen Abkommens durch die Vollendung aller der mit diesen Abänderungen verbundenen Verwaltungsmaßnahmen aufzuhalten. Das Militäri-

* Vgl. hierzu den Wortlaut des ursprünglichen Abkommens vom 13. April 1949 in Europa-Archiv 10/1949, S. 2165—2168.

sche Sicherheitsamt ist angewiesen worden, Anträge seitens der Industrie bis zum Erlaß der erforderlichen Abänderungen im Sinne des neuen Abkommens zu behandeln.

Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Ivone Kirkpatrick
Vorsitzender

Abkommen betreffend die Überwachung der Industrie

Die Hohen Kommissare Frankreichs, des Vereinigten Königreiches und der Vereinigten Staaten haben, auf Grund der ihnen von ihren Regierungen erteilten Ermächtigung namens der genannten Regierungen das folgende Abkommen betreffend der Ueberwachung der Industrie in den französischen, britischen und amerikanischen Besatzungszonen Deutschlands getroffen:

Artikel I

1) Die in diesem Abkommen enthaltenen Bestimmungen sind auf Antrag von zwei der an dem Abkommen beteiligten Regierungen, spätestens bis zum 31. Dezember 1951, einer Ueberprüfung zu unterziehen.

2) Soweit nicht die an dem Abkommen beteiligten Regierungen zu einem späteren Zeitpunkt eine andere Vereinbarung treffen, bleiben die in diesem Abkommen enthaltenen Verbote bis zur Friedensregelung in Kraft.

3) Soweit nicht die an diesem Abkommen beteiligten Regierungen zu einem späteren Zeitpunkt eine andere Vereinbarung treffen, bleiben die in diesem Abkommen enthaltenen Beschränkungen bis zum 1. Januar 1953 oder bis zur etwa noch vorher getroffenen Friedensregelung in Kraft, und in der Folgezeit je nach zu treffender Vereinbarung.

Artikel II

Soweit nicht die Alliierte Hohe Kommission eine Ermächtigung dazu erteilt hat, sind Herstellung, Erzeugung, Aufstellung, Einfuhr, Ausfuhr, Beförderung, Lagerung, Besitz oder Verwendung irgend eines der nachfolgenden Gegenstände oder Erzeugnisse, oder Eigentum daran, verboten:

- a) die in der Anlage A zu diesem Abkommen aufgeführten Gegenstände,
- b) Hüttenmagnesium.

Artikel III

Materialien, Erzeugnisse, Einrichtungen und Geräte auf dem Gebiete der Atomenergie unterliegen auch weiterhin der Gesetzgebung durch die Alliierte Hohe Kommission.

Artikel IV

1) Die Herstellung von Elektronenröhren unterliegt keiner Beschränkung, soweit es sich um Typen handelt, die in einer von der Alliierten Hohen Kommission aufgestellten und von ihr je nach Erfordernis abgeänderten Liste zulässiger Typen aufgeführt sind. Diese zulässigen Typen dürfen 50 Watt Anoden-Verlustleistung oder eine Frequenz von 250 Megahertz pro Sekunde nicht überschreiten.

2) Die Herstellung von Elektronenröhren, soweit sie in den in Anlage B zu diesem Abkommen aufgeführten Kategorien enthalten sind, ist verboten. Die Anlage unterliegt der Ueberprüfung und Abänderung durch die Alliierte Hohe Kommission.

3) Zur Herstellung aller anderen Kategorien oder be-

stimmter Typen von Elektronenröhren bedarf es einer Genehmigung der Alliierten Hohen Kommission.

Artikel V

1) Die Kapazität der folgenden Industrien bleibt der Ueberwachung unterworfen:

- a) Stahl;
- b) Lichtbogen — Hochfrequenzstahl;
- c) Schiffbau;
- d) Synthetischer Gummi;
- e) Benzin, Oel und Schmiermittel, die unmittelbar oder mittelbar synthetisch aus Stein- oder Braunkohle erzeugt werden;
- f) Kugel- und Rollenlager, mit Ausnahme von Ausrüstungen, die ausschließlich zur Herstellung von Nicht-Präzisionslagern verwendbar sind.

2) Ohne Genehmigung der Alliierten Hohen Kommission darf kein Unternehmen die Produktionsfähigkeit einer seiner Anlagen oder Geräte, die ganz oder teilweise in den in diesem Artikel aufgeführten Industrien verwendet werden, oder der betreffenden Gesamtindustrie vergrößern, ohne Rücksicht darauf, ob diese Vergrößerung durch Erweiterung der vorhandenen Einrichtungen, durch den Bau neuer Anlagen, oder durch Hinzuführung neuer Geräte herbeigeführt werden soll. Solche Genehmigungen werden nur dann erteilt, wenn die Alliierte Hohe Kommission durch die Maßnahmen hinsichtlich der Verfügung über die ersetzte Kapazität zufrieden gestellt worden ist.

Artikel VI

1) Vorbehaltlich der Bestimmung im Absatz 2 dieses Artikels wird die Produktion von Rohstahl auf 11,1 Millionen Tonnen jährlich beschränkt.

2) Die Alliierte Hohe Kommission wird eine über den vorerwähnten Rahmen hinausgehende Rohstahlproduktion genehmigen, wenn dies die Verteidigungsanstrengungen fördert.

Artikel VII

1) Der Bau und Erwerb von Schiffen, welche die in Anlage C zu diesem Abkommen aufgeführten militärischen Merkmale, Besonderheiten und Ausrüstungen aufweisen, sowie der Umbau von Schiffen zu dem Zwecke, sie mit diesen Merkmalen, Besonderheiten und Ausrüstungen zu versehen, sind ohne Genehmigung der Alliierten Hohen Kommission verboten.

2) Im Sinne dieses Artikels schließt der Ausdruck „Erwerb“ auch „Bare-Boat“ Charter ein.

Artikel VIII

Keine der in diesem Abkommen enthaltenen Bestimmungen darf im Sinne einer Beeinträchtigung oder Verminderung der dem Militärischen Sicherheitsamt zustehenden Befugnisse ausgelegt werden.

Artikel IX

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft und an die Stelle des von den Außenministern Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten genehmigten und von den Militärgouverneuren der französischen, britischen und amerikanischen Besatzungszonen Deutschlands im April 1949 unterzeichneten Abkommens über verbotene und beschränkte Industrien.

Ausgefertigt in Bonn-Petersberg, am 3. April 1951 in englisch und französisch, wobei beide Wortlaute gleichermaßen als authentisch anzusehen sind:

Ivone Kirkpatrick
für die Regierung des
Vereinigten Königreichs
und Nordirlands

André François-Poncet
für die Regierung
Frankreichs

John J. McCloy
für die Regierung der
Vereinigten Staaten

Anlage A

Gruppe 1

a) Sämtliche Waffen, unter Einschluß atomischer Kriegsführungsmittel oder Vorrichtungen aller Kaliber und Arten, die geeignet sind, tödliche oder vernichtende Geschosse, Flüssigkeiten, Gase oder Giftstoffe vorzutreiben, sowie die dazu gehörigen Lafetten und Gestelle.

b) Sämtliche Geschosse für die obigen Waffen und Vorrichtungen, sowie deren Vortreib- und Antriebsmittel.

c) Sämtliche militärischen Vernichtungsmittel, einschließlich von Granaten, Bomben, Torpedos, Minen, Unterwassermine, Wasserbomben und Sprengladungen, sowie Ladungen mit Selbstantrieb, sämtliche Arten von Zündern für dieselben und sämtliche Vorrichtungen für ihre Steuerung, Regelung und Betätigung unter Einschluß von Zeiteinstellungs-, Empfindlichkeits- und Ortungsvorrichtungen, wobei diese Aufzählung nicht als erschöpfend gilt.

d) Sämtliche militärischen Hieb- und Stichwaffen.

Gruppe 2

a) Sämtliche eigens für militärische Zwecke ausgerüstete oder bestimmte Fahrzeuge einschließlich von Panzern, Panzerwagen, Anhängern zum Panzertransport und gepanzertem rollenden Eisenbahnmateriel, wobei diese Aufzählung nicht als erschöpfend gilt.

b) Panzerungen jeder Art für militärische Zwecke.

Gruppe 3

a) Instrumente und Geräte der nachstehend aufgeführten Arten, die für militärische Zwecke konstruiert sind, gleichgültig welcher Kraftquelle oder welchen Teiles des Spektrums sie sich bedienen:

- 1) Entfernungsmeßgeräte jeder Art,
- 2) Ziel-, Steuerungs-, und Berechnungsgeräte für Feuerregelung,
- 3) Suchgeräte jeder Art,
- 4) Geräte zur Feuerbeobachtung,
- 5) Geräte zur Fernsteuerung von Gegenständen.

b) Sämtliche Signal- und Nachrichtengeräte und -Anlagen, die eigens für militärische Zwecke konstruiert sind, sämtliche Geräte, die eigens zur Erzeugung von Funkstörungen bestimmt sind.

Gruppe 4

a) Kriegsschiffe aller Arten. Sämtliche Schiffe und schwimmende Einrichtungen, die eigens für Kriegszwecke, unter Einschluß des Betriebes und der Instandhaltung von Kriegsschiffen, konstruiert sind. Sämtliche Schiffe, die zur Umwandlung in Kriegsschiffe oder zum Gebrauch für militärische Zwecke geplant oder gebaut sind.

b) Spezialmaschinen-Geräte und -Anlagen, die in Friedenszeiten gewöhnlich nur auf Kriegsschiffen Verwendung finden.

c) Tauchfahrzeuge aller Art, Tauchvorrichtungen jeder Art, die für militärische Zwecke konstruiert sind. Spezialausrüstungen, die zu diesen Fahrzeugen und Vorrichtungen gehören.

d) Sämtliche Landungsvorrichtungen für militärische Zwecke.

e) Material, Geräte und Anlagen zur militärischen Verteidigung von Küstengebieten und Häfen.

Gruppe 5

a) Luftfahrzeuge jeder Art, schwerer oder leichter als Luft, mit oder ohne Antriebsvorrichtungen, nebst sämtlichen Hilfsgeräten, unter Einschluß von Flugzeugmotoren, Bestandteilen, Zubehörstücken und Ersatzteilen, die eigens für den Betrieb von Luftfahrzeugen bestimmt sind.

b) Bodeneinrichtungen und Anlagen für den Betrieb, die Prüfung und die Unterstützung der Luftfahrt, einschließlich von Katapulten, Winden und Navigationsgeräten, wobei diese Aufzählung nicht als erschöpfend gilt. Material für den schnellen Bau und die schnelle Herrichtung von Flugplätzen.

Gruppe 6

a) Sämtliche Zeichnungen, Beschreibungen, Pläne, Modelle und Nachbildungen, die sich unmittelbar auf die Entwicklung, Herstellung, Erprobung oder Prüfung von Kriegsmaterial oder auf Versuche oder Forschungen in Verbindung mit Kriegsmaterial beziehen.

Gruppe 7

a) Werkzeugmaschinen oder sonstige Herstellungsgeschäfte, die eigens für die Entwicklung, die Herstellung, Erprobung und Prüfung von in der vorliegenden Anlage aufgeführten Waffen, Munitionsarten oder sonstigen Kriegsmaterialien bestimmt sind.

b) Zusatzgeräte, Vorrichtungen, Werkzeuge oder andere Gegenstände, für die kein normaler Friedensgebrauch besteht und die eigens dazu bestimmt sind, Werkzeugmaschinen oder sonstige Herstellungsgeschäfte für die Entwicklung, Herstellung, Erprobung und Prüfung von in der vorliegenden Anlage aufgeführten Waffen, Munitionsarten oder sonstigen Kriegsmaterialien umzubauen oder einzurichten.

Gruppe 8

- a) 1) Sprengstoffe nebst deren Zubehör.
- 2) Zweibasige Treibpulver z. B. Nitrozellulose-Treibpulver, die Nitroglycerin, Diaethylenglykoldinitrat oder Stoffe ähnlicher Art enthalten.

- 3) Einbasige Treibpulver für Waffen jeder Art.
 - 4) Nitroguanidin.
 - 5) Chemische Stoffe, die sich besonders zur Verwendung als Giftgase zur Kriegsführung eignen (unter Einschluß von allen flüssigen und festen Stoffen, die gewöhnlich unter den Begriff „Giftgase“ fallen).
 - 6) Wasserstoffsuperoxyd von 37 Prozent Konzentration oder mehr.
 - 7) Hydrazinhydrat.
 - 8) Alkylnitrate.
 - 9) Sonstige chemische Stoffe, die sich besonders zur Verwendung als Raketentreibstoffe eignen.
 - 10) Hochgiftige Erzeugnisse bakteriologischen und pflanzlichen Ursprungs, mit Ausnahme von bakteriologischen und pflanzlichen Erzeugnissen, die für therapeutische Zwecke verwendet werden.
 - 11) Weißer Phosphor.
 - 12) Brandstoffe und Brandmassen, einschließlich von Thermiten und gelatinisierten Brandstoffen, wobei diese Aufzählung nicht als erschöpfend gilt.
- b) Sämtliche Spezialmittel für Einzel- oder Gemeinschaftsverteidigung, die im Frieden ausschließlich von der bewaffneten Macht verwendet werden.

Gruppe 9

a) Sämtliche Apparate, Vorrichtungen und Materialien, die eigens zur Ausbildung und Unterweisung des Personals in dem Gebrauch der Handhabung, Herstellung und Unterhaltung von Kriegsmaterial bestimmt sind.

Gruppe 10

a) Ersatzteile, Zubehörstücke und Bestandteile von Gegenständen und Erzeugnissen, die in dem vorliegenden Anhang aufgeführt sind.

Anlage B

Arten von Elektronenröhren, deren Herstellung verboten ist.

- 1) Geschwindigkeitsmodulierte Röhren, z. B. Klystronröhren.
- 2) Magnetronröhren.
- 3) Röhren, die mit direkter elektronischer Kopplung des Ausgangskreises arbeiten.
- 4) Röhren, die in ihrem mechanischen Aufbau an Wellenleiter, Hohlraumregeneratoren, oder aus Koaxial oder parallel geführten Leitern bestehende Resonanzkreise angepaßt sind oder derartige Kreise eingebaut erhalten.
- 5) Speicherröhren.
- 6) Gasentladungsröhren für Sendung-Empfang bzw. Empfang-Sendung.
- 7) Sub-Miniaturröhren (d. h. Kleinströhren, die sich durch ein Loch von $\frac{1}{2}$ Zoll Durchmesser hindurchführen lassen, oder besonders für das Ertragen großer Beschleunigungskräfte bzw. bei Geschossen auftretenden Anfangstoßes konstruierte Röhren.
- 8) Kathodenstrahlröhren mit Ausnahme derjenigen, die eigens für Fernsehempfangszwecke konstruiert und hergestellt sind.
- 9) Kristallgleichrichter aus Germanium, Silizium oder

anderen Halbleitern, oder bei Hochfrequenz benutzbare Abwandlungen davon.

- 10) Spezialröhren für dem Handel fremde Anwendungsgebiete oder Röhren, die für beste Leistung im Frequenzgebiet oberhalb 250 Megahertz bestimmt sind.

Anlage C

Merkmale, Besonderheiten und Ausrüstungen, die ohne Erlaubnis der Alliierten Hohen Kommission bei Schiffen weder vorgesehen noch angebracht werden dürfen.

a) Spezielle Merkmale oder Besonderheiten, die einen Umbau des Schiffes erleichtern:

- 1) Für amphibische Angriffshandlungen,
- 2) in einen Flugzeugträger oder für den Betrieb von Flugzeugen,
- 3) in ein Reparatur- oder Depotschiff für Unterseeboote, Flugzeuge oder Fahrzeuge der Küstenstreitkräfte,
- 4) in ein Kommandoschiff für Luftkampfhandlungen,
- 5) in irgendein anderes Fahrzeug vom Typ der Kampf- oder Marinehilfsfahrzeuge.

b) Folgende Waffen, Ausrüstungen und Materialien:

- 1) Alle Gegenstände und Erzeugnisse, die in Anlage A dieses Abkommens aufgeführt sind (mit Ausnahme von Funkpeilern und Ortungsgeräten sowie Radargeräten des normalen Handelsmarinetyps),
- 2) Minenabweiser,
- 3) Minensuchgeräte jeder Art
- 4) Katapultvorrichtungen für Flugzeuge,
- 5) Raketen oder Geschoß-Abschußvorrichtungen mit Ausnahme derjenigen, die auf Handelsschiffen gewöhnlich für Notsignal- und Rettungszwecke benutzt werden,
- 6) Geräte oder Anlagen für Raucherzeugung oder besondere Einrichtungen für Tarnungszwecke,
- 7) hochkonzentriertes Wasserstoffsuperoxyd oder Spezialtreibstoffe oder -Vorräte für Unterseeboote,
- 8) Echolote, Radio- und Kreiselkompaß-Geräte, die nicht den modernen Handelsmarinetypen entsprechen.

c) Spezialeinrichtungen oder besondere Anlagen, die für die Anbringung, Beförderung oder Lagerung der im vorstehenden Absatz b) aufgeführten Gegenstände oder Erzeugnisse leicht verwendbar gemacht werden können.

d) Nachstehend aufgeführte Maschinen oder Merkmale von Schiffskonstruktionen und die dafür bestimmten Vorrichtungen, welche im Hinblick auf den Schiffstyp, in den sie eingebaut oder vorgesehen sind, nicht dem bei der Handelsmarine üblichen entsprechen, oder welche in Friedenszeiten gewöhnlich nur bei Kriegsschiffen verwendet werden und welche nach Ansicht des Militärischen Sicherheitsamtes auch eine Bedrohung der Sicherheit darstellen:

- 1) Haupt- oder Hilfsmaschinen, insbesondere solche, deren Merkmale einem Schiff einen übergewöhnlich ausgedehnten Aktionsradius bei anderen Ge-

schwindigkeiten als seiner Betriebsgeschwindigkeit verleihen würden, oder durch die sich eine wesentlich höhere Geschwindigkeit ergeben würde, als sie für diesen Schiffstyp oder die beabsichtigte Verwendung üblich ist.

- 2) Düsenantrieb oder Atomkraftantrieb.
- 3) Elektrische Hilfsgeneratoren und Geräte mit einer Kapazität, welche die für den Schiffstyp übliche Kapazität übersteigt.
- 4) Ladungshebevorrichtungen, die über das für den Schiffstyp Übliche hinausgehen.
- 5) Eine Unterteilung, die von der für den Schiffstyp normalen Unterteilung wesentlich abweicht.

6) Verdampfer von einer Leistungsfähigkeit, welche die für den Schiffstyp und für die beabsichtigte Verwendung normale Leistungsfähigkeit übersteigt.

7) Brennstoff- und Frischwasserbehälter, deren Fassungsraum den für den Schiffstyp und für die beabsichtigte Verwendung normalen Fassungsraum übersteigt.

8) Rumpf- und Decköffnungen, die das für den Schiffstyp Übliche überschreiten.

9) Freier Deckraum, der das für den Schiffstyp Übliche überschreitet.

Anhang „B“ zu dem Abkommen über verbotene und begrenzte Industrien vom April 1949

(Die in diesem Anhang aufgeführten Werkzeugmaschinen dürfen nun frei hergestellt werden.)

Typen von Werkzeugmaschinen, deren Herstellung verboten und nur mit von den Militärgouverneuren erteilten Lizenz gestattet ist.

1. Maschinen zur Herstellung von spiralförmigen Kegelgetrieben.
2. Aufreibemaschinen der folgenden Arten:
 - a) Gleichlauf-Oberflächen-Typ.
 - b) Hin- und hergehender Typ (Stangentyp-Schneidewerkzeug) mit einem Werkzeugdurchmesser oder entsprechendem Querschnitt von über 51 mm oder einem Arbeitshub von über 1,524 mm oder einer Zugkraft von über 15,876 kg.
3. Allzweck-Drehbänke der folgenden Arten:
 - a) Drehbänke mit einer Betriebsdurchmesserkapazität (Schwung über dem Support) von über 1422 mm.
 - b) Drehbänke mit einer Betriebsdurchmesserkapazität (Schwung über den Support) von 914 bis 1422 mm und mit einem Achsenabstand (Werkstücklänge) von über 4267 mm,
 - c) Drehbänke mit einer Betriebsdurchmesserkapazität (Schwung über dem Support) von 457 bis 914 mm und mit einem Achsenabstand von 5486 mm.
4. Vertikal-Revolverdrehbänke (mit Revolverknöpfen, nicht mit Drehtisch) mit einer Betriebsdurchmesserkapazität von über 991 mm.
5. Spannfutter- und Plandrehbänke mit einer Betriebsdurchmesserkapazität von über 2438 mm oder mit einem Wagenvorschub von über 2134 mm.
6. Wagen- und Lokomotivräderdrehbänke (Maschinen, die besonders für diese Arbeit gebaut sind) mit einer Betriebsdurchmesserkapazität von über 2438 mm.
7. Revolverdrehbänke, mit einem Aufspanndurchmesser von über 610 mm oder einer Stangenkapazität von über 76 mm.
8. Horizontal- und Vertikal-Allzweck- und Universal-Fräsmaschinen, die im einzelnen die folgenden Spezifikationen nicht überschreiten:

- a) ein Gesamtgewicht von höchstens 4 t.
- b) in den Abmessungen des rechteckigen Tisches:
 - 1) eine Länge von höchstens 1219 mm,
 - 2) eine Breite von höchstens 356 mm.
- c) In den Abmessungen des Rundtisches:
 - 1) ein Tischdurchmesser von höchstens 610 mm,
 - 2) eine Betriebsdurchmesserkapazität von höchstens 813 mm.
9. Planfräsmaschinen mit einem Abstand zwischen den Ständern von über 1219 mm oder einer Tischlänge von über 3658 mm oder mit über drei Fräsköpfen.
10. Schleifmaschinen der folgenden Art:
 - a) Zylindrische Allzweckmaschinen mit einer Betriebsdurchmesserkapazität von über 762 mm oder mit einem Achsenabstand von über 2743 mm, aber unter Ausschuß von Maschinen, die besonders zur Fertigbearbeitung von Walzmaschinen-, Kalandermaschinen-, Druckmaschinen- und ähnlichen Maschinenteilen gebaut und nur hierfür verwendbar sind.
 - b) Oberflächenschleifmaschinen mit rechteckigem Tisch mit einer Breite von über 610 mm oder einer Länge von über 1829 mm.
 - c) Oberflächenschleifmaschinen mit Rundtisch mit einem Tischdurchmesser von über 914 mm.
11. Maschinen zur Herstellung von Zahnrädern aller Art, deren Betriebsdurchmesserkapazität 1524 mm übersteigt.
12. Schmiedehämmer aller Art mit einem Fallgewicht von über 3,556 t.
13. Schmiedemaschinen mit einem Stangensteckdurchmesser oder entsprechendem Durchschnitt von über 89 mm.
14. Mechanische Pressen mit einem effektiven Betriebsdruck von über 1016 t.
15. Hydraulische Pressen mit einem effektiven Betriebsdruck von über 1016 t.
16. Präzisionslehrenbohrmaschinen mit einer seitlichen Verschiebung der Schneidevorrichtung gegenüber dem Werkstück (oder des Werkstückes gegenüber der Schneidevorrichtung) von über 610 mm.

Wohnungsbau und Stadtplanung in Großbritannien

Von Dr. Ilse Lübkes

Das Problem der neuen Stadtplanung*), das sich Großbritannien nicht allein stellt, ist seit langem eines der Hauptprobleme der neuzeitlichen Zivilisation. Von zwei Seiten her beschäftigt es in theoretischen wie praktischen Bemühungen: von der sozialen und von der architektonischen Seite her. Die höchst unbefriedigenden Ergebnisse, die sich in beiden Richtungen aus dem rein natürlichen Wachstum und der Zusammenballung der Städte durch die Industrialisierung ergaben, haben schon lange weite Kreise beschäftigt und sind keinesfalls erst durch die Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges als direkter Notstand akut geworden. Freilich haben die Zerstörungen wie die Erfahrungen dieses Zweiten Weltkrieges mehr als deutlich gemacht, daß bei dem nötigen Wiederaufbau nunmehr dringend eine wohlüberlegte Planung erfolgen und eine beiden Seiten des Problems gerecht werdende Lösung gefunden werden muß.

Es ergibt sich hier eine Aufgabe, an der sich sowohl die soziale wie die künstlerische Aktivität entzünden kann und die vielleicht die eigentliche Aufgabe unserer Epoche ist. Jede Epoche hat zudem mehr oder weniger die Fehler der vergangenen gutzumachen, Fehler, die sich in den meisten Fällen in den Uebergangszeiten aus dem Laufenlassen einer Entwicklung ergeben, die nicht rechtzeitig als Aufgabe erkannt und bewältigt wurde.

Auch in diesem Sinne rühren die Probleme des Wohnungs- und Städtebaues in Großbritannien eben keineswegs erst aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges her, sondern die Regierung muß heute zugleich die Mängel beseitigen, die schon im 19. Jahrhundert ihre Wurzeln haben.

*) Vgl. hierzu auch den besonders aufschlußreichen Aufsatz von Keith C. Clark: „The British Labor Government's Town and Country Planning Act“ in *Political Science Quarterly*, März 1951, S. 87—103.

Die Verstädterung

Bis in das 18. Jahrhundert hinein besaß England eine gute Tradition im Wohnungs- und Städtebau, aber mit dem 19. Jahrhundert schwand allmählich das Bewußtsein von der Stadt als Heim. Die Stadt als Gebilde und Rahmen menschlichen Lebens war dem Ansturm nicht gewachsen, der durch die industrielle Revolution und das Bevölkerungswachstum über sie hereinbrach. Zwischen 1801 und 1901 stieg die Bevölkerung Großbritanniens von 10,5 auf 37 Millionen Einwohner. Nicht dies allein bewirkte jedoch das Wohnungselend der ärmeren Schichten, sondern die Tatsache, daß der Magnet „Stadt“ diese wachsende Bevölkerung anzog und die Industrialisierung eine Zusammenballung der Bevölkerung um die Fabrikzentren erzwang, führte zusammen mit anderen Faktoren zu den Slums der Großstädte und schließlich dazu, daß heute allein 80 Prozent der Bevölkerung Großbritanniens in Städten leben, und zwar 47 Prozent in Städten mit mehr als 250 000 Einwohnern, davon wiederum 40 Prozent in den sieben Stadtgemeinden London, Manchester, Birmingham, West Yorkshire, Merseyside mit Liverpool und Birkenhead, Tyneside mit Newcastle und in Glasgow¹.

Es wurde im Laufe dieser Entwicklung im Wohnungs- wie im Städtebau die einzigartige Gelegenheit

verpaßt, die sich aus einem so schnellen Wachstum ergab, die Erweiterungen, wie sie anfielen, planvoll zu gestalten und gesunde Wohngebiete zu schaffen. Das soziale Gewissen war noch nicht erwacht, der Mensch als Mittelpunkt aller Bemühungen und als ausschlaggebender Wert wurde von anderen „Idealen“, wie Besitz und Macht, verdrängt und im Rahmen der Industrialisierung nur als Mittel und Masse gesehen. Daraus ergab sich als beherrschendes Prinzip, eine möglichst große Anzahl von Menschen auf einem möglichst kleinen Gebiet zusammenzudrängen, um geringe Kosten zu haben.

Dem Grundherrn war daran gelegen, eine möglichst hohe Pacht aus seinem Grund und Boden zu erzielen, und so glichen in der Zeit der Königin Viktoria die Stadtteile, in denen die Arbeiter wohnten, eher einem großen Arbeitshaus als Heimen für Menschen. Mietskasernen, an deren Ausstattung aufs äußerste gespart wurde, meist aus roten Ziegelsteinen gebaut, die vom Ruß und Rauch der nahen Fabriken schwarz wurden, trostlos eine der anderen gleich, ohne Luft, ohne Sonne und mit ungenügenden sanitären Anlagen, bildeten sie schon in ihrer Bauzeit die Slums vor, zu denen sie später mehr und mehr durch ungenügende „sparsame“ Pflege verfielen.

Die schwer arbeitende Industriebevölkerung Eng-

lands lebte in Wohnungen, die für Menschen ungeeignet waren. Generationen von Schriftstellern, von Dickens bis Shaw, versuchten immer wieder die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit für diese Fragen zu erregen, und neuerdings schildert *Trevelyan* in seiner Sozialgeschichte Englands das Elend dieser *Slums*².

Der Barlow-, Scott- und Uthwatt-Bericht

Die Beseitigung dieser Elendsgebiete ist eines der Ziele, die sich nun die englische Regierung bewußt gestellt hat. Hierbei bilden der Barlow-Bericht³, der Scott-Bericht⁴ und der Uthwatt-Bericht⁵, die nach den Leitern der Kommissionen, Sir Mantague Barlow, Lord Justice Scott und Mr. Justice Uthwatt, genannt werden, die Grundlage für die Maßnahmen der Regierung. Diese drei noch aus den Kriegsjahren stammenden Berichte stellen eine Einheit dar. In ihnen kommt zum Ausdruck, daß Planen notwendig sei, um im nationalen Interesse den bestmöglichen Gebrauch von dem verfügbaren Lande zu machen und Industrie und Bevölkerung gleichmäßiger auf das Land zu verteilen.

Der Scott-Bericht vervollständigt hierbei das Bild durch eine Prüfung der landwirtschaftlichen Verhältnisse und der Kultur auf dem Lande, während der Uthwatt-Bericht sich in erster Linie mit dem Aufbau der „blitzed and blighted areas“ beschäftigt, das heißt den Gebieten, die durch Kriegseinwirkung zerstört wurden oder die niedergelegt werden müssen, wozu auch die Beseitigung der Slums gehört.

Die Barlow-Kommission wurde schon im Jahre 1937 ernannt; der Bericht selbst wurde im Januar 1940 dem Parlament vorgelegt. Seine Untersuchungen erstrecken sich im wesentlichen auf die Standorte der Industrie und die Möglichkeit einer Dezentralisation sowie der Herstellung eines gesunden Gleichgewichts zwischen den einzelnen Gebieten Englands. Dabei wurden London und die Home Counties als ein wirtschaftliches, soziales und strategisches Problem bezeichnet, das besondere Aufmerksamkeit erfordere. Damit ist in den Grundzügen das ganze Gebiet der Planung umrissen, deren Durchführung jetzt der Regierung obliegt. Der Bericht legte nahe, eine *Central Authority* ins Leben zu rufen, die alle Einzelpläne koordiniere und zu einem Gesamtplan zusammenfasse. 1943 wurde dann das Ministerium für Stadt- und Landplanung (*Ministry of Town and Country Planning*) geschaffen, das diese Aufgaben übernommen hat, und 1947 wurde das Gesetz über Stadt- und Landplanung erlassen, das die vorangegangenen Gesetze verbesserte und erweiterte und mit seiner Bestimmung über die Landerwerbung, die schon im Uthwatt-Bericht eingehend behandelt worden war, einen starken Eingriff in die Eigentumsrechte des einzelnen darstellt⁶.

Bemerkenswert ist, daß die Maßnahmen, die die Labourregierung heute in der Stadt- und Land-

planung wie im Wohnungsbau ergreift, schon zu einer Zeit vorbereitet und eingeleitet wurden, in der die Konservativen noch die parlamentarische Mehrheit hatten. Der Sache nach wurde das Problem schon vor dem Zweiten Weltkrieg erkannt und als Aufgabe übernommen, nur in der Methode zeigen sich auf verschiedenen Teilgebieten Gegensätze, die auch jetzt noch in Parlament und Öffentlichkeit gegeneinander ausgespielt werden. Die Erfolge in der Ausführung, die nunmehr die Labourregierung aufweisen möchte, werden im Wert ihrer praktischen Durchführung vielfach angefochten, wobei aber auch von der Opposition die faktischen Fortschritte in den allgemeinen Tendenzen der Planung nicht bestritten werden.

Die Verantwortung der Regierung

Immer mehr wird sich die britische Regierung der Verantwortung bewußt, die sie auf sozialem Gebiet zu tragen hat. Die verschiedensten Ministerien und Ämter arbeiten zusammen, um das Problem von allen Seiten her einer gültigen Lösung zuzuführen⁷, wobei die beiden Zweige der Gesamtaufgabe, housing, d. h. die Wohnungsfrage und die umfassendere der Stadt- und Landplanung eng ineinandergreifen. Das beherrschende Prinzip ist in beiden Zweigen der Mensch, seine gesunde, zweckentsprechende Unterbringung, sein günstigster, sparsamster und pfleglichster Arbeitseinsatz und die Erhaltung, Förderung und Ausgestaltung lebenswichtiger Güter und Werte. Eine ganze Reihe von Gesetzen⁸ gipfelte schließlich in der *Housing Bill*, deren zweite Lesung am 16. März 1949 durch eine Rede des damaligen verantwortlichen Gesundheitsministers und bisherigen Arbeitsministers Aneurin Bevan eingeleitet wurde⁹.

In dieser Rede unterstrich Bevan ausdrücklich die Tendenz der Regierung, jeder Familie ein eigenes Heim zu geben und betonte, daß es das erste Mal in der Geschichte der Menschheit sein werde, daß in einem Lande dies Ziel verwirklicht werde. Die Absichten der Regierung kommen damit nicht nur den allgemeinen Grundsätzen entgegen, sondern der in England von eh und je ausgeprägten Neigung zum eigenen, in sich geschlossenen und unantastbaren Heim. — Das Einfamilienhaus und nicht der Wohnblock ist die herrschende Bauweise in England. Nur in den Großstädten wurden und werden auch noch „flats“, das sind Etagenwohnungen, gebaut, aber sie finden auch dort immer weniger Beifall, und gar ihre Uebertragung in ländlichere Bezirke läuft der öffentlichen Meinung völlig zuwider. Am 11. November 1950 wendet sich zum Beispiel der *Economist* geradezu mit Leidenschaft gegen die Möglichkeit, daß weiter Etagenhäuser gebaut werden, diese „grauen Klippen in einer See von schwarzem Asphalt“, und wirft den städtebauenden und planenden Architekten eine bedenkliche (dangerous) Neigung zu großen, ins Auge fallenden Objekten vor, anstatt zu intimen und

behaglichen (intimate and homely) Häusern. Im gleichen Artikel begrüßt er es lebhaft, daß das Ministry of Health die Notwendigkeit erkannt habe, etwas gegen die schlimmsten Nachteile des Lebens in Etagenwohnungen zu unternehmen. Wenn auch zugegeben wird, daß in gewissen Bezirken Hochhäuser für Wohnungen nicht zu entbehren sind, so wird ihre Nachahmung außerhalb der überfüllten Stadtteile, wie etwa Holborn und Westminster, strikt abgelehnt. Es ist also ersichtlich, daß die Regierung bei der Erfüllung ihrer Aufgabe in gewissem Sinne durchaus den richtigen Weg eingeschlagen hat und bei den notwendigen finanziellen Opfern des Steuerzahlers für ihre Projekte auf dieser Grundlage Verständnis und Unterstützung finden wird. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß die Methoden auf einen gewissen Widerstand stoßen, beispielsweise hinsichtlich der Verteilung der Aufträge. Die weitgehende Ausschaltung der privaten Bautätigkeit findet nicht überall Beifall, und es gehört mit zur Verantwortung der Regierung, hier einen Ausgleich zu schaffen zwischen dem natürlichen Bestreben, angesichts der großen Planungen alle Fäden in der Hand zu behalten, und der Möglichkeit, durch eine prozentual größere Zulassung privater Initiative eine schnellere Abwicklung des ganzen Vorgangs und damit eine raschere Behebung der Notlage zu erreichen.

Die Nachfrage nach Wohnungen und der Wohnungsbau

Bei Kriegsende sah sich die Regierung dem Problem gegenüber, daß 1 250 000 Häuser, einschließlich „flats“ benötigt wurden; davon 750 000 Häuser, um jeder Familie ein eigenes Heim zu geben, und 500 000 Häuser, um weit unter dem Standard liegende Häuser zu ersetzen¹⁰.

Wie Aneurin Bevan am 16. März 1949 berichtete, ist die erste Aufgabe, die Kriegsschäden zu beseitigen und die unmittelbare Not zu lindern, weitgehend erfüllt. Nun aber sei es an der Zeit, das Problem im großen zu sehen und über Behelfs- und Zwischenlösungen hinweg zu einer wirklichen Neuordnung zu kommen. Es ergab sich nämlich die Tatsache, daß sich zwar bis Dezember 1948 die Lage im Wohnungsbau gegenüber dem Stand von 1938/39 erheblich gebessert hatte, trotzdem aber weiterhin eine große Nachfrage nach Wohnungen beziehungsweise Häusern bestand.

Dies ist auf drei Faktoren zurückzuführen:

1. Es wird durchschnittlich in weit jüngerem Alter geheiratet; 1938 waren 32,7 v. H. der Männer und 54 v. H. der Frauen unter 25 Jahre alt, 1948 dagegen 36,4 v. H. der Männer und 58,4 v. H. der Frauen.

2. Unter den neuen sozialen Bedingungen können mehr arbeitsunfähige alte Leute ihre Wohnung behalten.

3. Eine große Anzahl von Personen, die früher niemals an eine eigene Wohnung denken konnten, läßt sich jetzt in die „housing list“ eintragen.

Dieses letzte Faktum kann auf zwei Ursachen zurückgehen. Einmal auf die besseren Verdienstmöglichkeiten und ein im allgemeinen gesteigertes Bedürfnis nach einem höheren Standard, zum anderen aber darauf, daß durch die Rationierungsmaßnahmen auf anderen Gebieten des täglichen Bedarfs ein verhältnismäßig viel größerer Betrag des Einkommens für die Wohnung verfügbar ist.

Neben diesen drei Faktoren, die das Wohnungsproblem weiter dringend machen, fallen noch ins Gewicht die Zerstörungen durch Kriegseinwirkung und die allgemeine Ueeralterung der Häuser. 1939 bestanden in England etwa 13 Millionen Häuser, von denen bis Kriegsende 210 000 völlig zerstört wurden, 250 000 wurden so schwer beschädigt, daß sie unwohnbar waren, und etwa 4 000 000 erlitten leichte Beschädigungen. Ein großer Teil aber war bereits vor dem Kriege überaltert. Bei einer angenommenen Lebensdauer von 70 bis 80 Jahren war 1939 bereits ein knappes Drittel mehr als 80 Jahre alt.

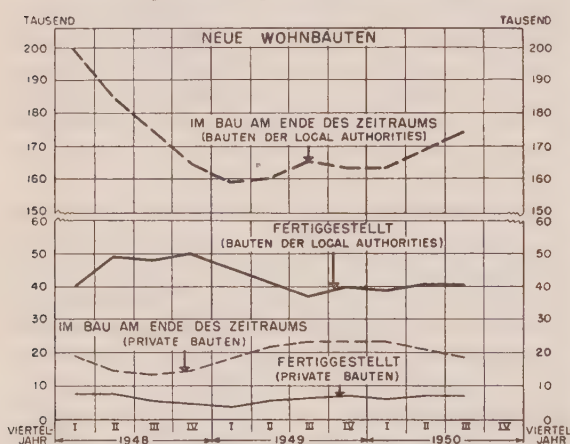
Der Ersatz dieser überalterten Häuser war in dem Zeitraum von 1891 bis 1914 und nach dem Ersten Weltkrieg nicht in erforderlichem Maße gefördert worden. In Anbetracht der starken Bevölkerungszunahme sinkt der prozentuale Wert der Neubauten sogar noch erheblich. Zwischen 1891 und 1901 wurden 1 000 000 Häuser, zwischen 1901 und 1911 957 000 und zwischen 1911 und 1921 nur 435 000 Häuser gebaut¹¹. In den fünf Jahren nach dem Ersten Weltkrieg sank die Ziffer sogar auf 367 000. Dagegen ist der Wohnungsbau nach dem Zweiten Weltkrieg unvergleichlich aktiver geworden. Bis zum 31. Oktober 1950 wurden seit 1945 einschließlich der sogenannten *temporary houses* 945 261 Häuser erstellt¹². Diese zur schnelleren Deckung des Bedarfs eingeführte Form der temporary houses ist in keiner Weise mit den in Deutschland üblichen Behelfsheimen zu vergleichen. Es handelt sich hier um Häuser leichter Bauart mit einer veranschlagten Lebensdauer von etwa fünf bis zehn Jahren, die aber, was Ausstattung und Ausführung anbelangt, durchaus einem hohen Standard entsprechen.

Das Absinken der Wohnungsbauquote in den frühen zwanziger Jahren ist schwer erklärlich. Nicht nur wurde das Versprechen, „home for heroes“¹³ zu bauen, nicht eingehalten, es wurden auch beispielsweise im Baujahr 1923/24 merkwürdigerweise nur 93 268 Häuser gebaut, obwohl seit 1920 die Baukosten selbst ständig im Sinken begriffen waren. Legt man ein Dreischlafraumhaus zugrunde (selbstverständlich mit allen übrigen Räumen, die in England unabdingbar sind), so kostet ein Haus durchschnittlich 1920 noch 930 Pfund Sterling, im März 1921 nur 855 Pfund Sterling,

ein Jahr später 436 Pfund Sterling und im Jahre 1930 weniger als 350 Pfund Sterling¹⁴. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben sich die Kosten dagegen wesentlich erhöht. Sie betrugen 1947 für ein Durchschnittshaus gleicher Größe 1242 Pfund und 1949 1321 Pfund¹⁵. Es muß allerdings beachtet werden, daß die Häuser heute bedeutend komfortabler und auch geräumiger sind.

Von 1927 bis 1938 stieg die jährliche Bauquote stetig an und erreichte ihren Höchststand mit über 350 000 Häusern 1937/38¹⁶. Diese Quote wurde in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg noch nicht wieder erreicht¹⁷. In der letzten Zeit ist sogar eine erneute Verringerung der Quote eingetreten, die an sich mit 200 000 Häusern veranschlagt war.

Nachkriegswohnungsbau in Großbritannien



Dieser neuerliche Rückgang ist zum Teil dadurch zu erklären, daß infolge der Vollbeschäftigung nicht genügend Arbeitskräfte für den Hausbau zur Verfügung stehen und ein empfindlicher Mangel an Baustoffen herrscht. Wie weit sich dieiedereinsetzende Rüstungskonjunktur im englischen Wohnungsbau im einzelnen auswirken wird, ist noch nicht zu übersehen. Einen gewissen Ausgleich könnten die arbeitssparenden Methoden bringen, die heute auch in England versuchsweise eingeführt werden, wobei die „vorfabrizierten“ Häuser (pre-fabs), die nur montiert zu werden brauchen, einen wesentlichen Teil des Bauprogramms bilden.

Wer baut in England?

Wie schon angedeutet, liegt der Wohnungsbau zum größten Teil in staatlicher Hand, ist also, besonders hinsichtlich der Stadtplanungen, weitgehend zentralisiert. Ueberblickt man die Entwicklung zwischen den beiden Weltkriegen, so ist festzustellen, daß bis 1930 der Wohnungsbau der local authorities und der staatlich unterstützte Wohnungsbau überwiegen. Nach 1930 nimmt der Bau aus privaten Mitteln den größten Raum ein, und die Bauleistung von mehr als

350 000 Häusern in den dreißiger Jahren wurde zum größten Teil privat finanziert.

Das housing act von 1923 bot den Privatunternehmen Subsidien an, die dem wechselnden Stand der Baukosten angepaßt waren. Nach 1930 ging die Staatshilfe mehr und mehr zurück, aber angereizt durch die billigen Baukosten bauten viele Privatunternehmer Häuser zum Verkauf und zum Vermieten. Die Oberschicht und der Mittelstand wurden in dieser Zeit gut versorgt, der Wohnungsstandard der Arbeiter wurde jedoch nicht wesentlich verbessert.

Hier ist der Ansatzpunkt der Regierungsmaßnahmen, wie auch aus der Rede Bevans hervorgeht. Nicht das Haus als Ware, sondern als sozialer Dienst ist die Aufgabe. Dieser wichtige und große Komplex in der modernen Gesellschaft dürfe nicht ungeplanter und einseitig orientierter Initiative überlassen bleiben. Deshalb sei es notwendig, daß sich der Staat dieser Aufgabe annehme, denn nur er könne gerecht entscheiden und zwischen den einzelnen Anwärtern die richtige soziale Auswahl treffen. Die Aufgabe des Privatunternehmens sei der Bau, die Verteilung dagegen eine Aufgabe der Öffentlichkeit. In zunehmendem Maße verschiebt sich dementsprechend das Gewicht zugunsten der Regierungsbauten und der von den local authorities erstellten Wohnbauten. Bis zum 31. Oktober 1950 wurden 788 115 dauerhafte Häuser fertiggestellt, von denen die local authorities 607 329, private Bauherren 121 654, Wohnungsbaugesellschaften 5646 und die Regierung 11 803 Häuser bauten; dagegen stellten von beschädigten Häusern die local authorities nur 9149 Häuser wieder her, der Privatbau aber 32 534¹⁸. Das Verhältnis hat sich inzwischen noch weitgehender gewandelt. Die privaten Wohnungsbaugesellschaften spielen in England heute nur noch eine ganz geringe Rolle, und der neuerliche Rückgang im Bauwesen durch die Rüstungskonjunktur wird größtenteils zu Lasten der Privatunternehmen gehen.

Wie bereits angedeutet, ist hier der Ansatzpunkt für die Opposition gegen die Regierungsmaßnahmen. Angesichts der Notlage scheint es weiteren Kreisen richtiger, alle verfügbare Initiative auszunutzen und nicht allein dem oft schwerfälligen Regierungsprogramm die gesamte Ausführung und Einteilung zu überlassen. Auch an den infolge des hohen Standards der erstellten Häuser hohen Baukosten wird Kritik geübt. Die Einschaltung der billigeren und schneller zu erstellenden temporary houses bringt nur einen geringen Ausgleich.

Andererseits hat sich der Staat bereit erklärt, dem Hausbau auf 60 Jahre Subsidien zu gewähren, um die Mieten niedrig zu halten. Grundlage hierfür bietet das Gesetz über Mietkontrolle (Rent Control Act) von 1946. Das Budget 1950/51 wies für housing subsidies 61 Milliarden Pfund Sterling aus¹⁹. 1937/38 betrug

der Anteil der Mieten in einem städtischen Arbeiterhaushalt noch 12 Prozent des Einkommens, 1947/48 dagegen nur noch 7 Prozent; bei Angestellten der Mittelklasse 1937/38 war der Anteil 11,5 Prozent und 1947/48 nur 9,5 Prozent²⁰, wobei noch zu beachten ist, daß sich der Wohnungsstandard verbessert hat, obwohl die Mietanteile gefallen sind.

Grundsätze moderner Stadtplanung

Bei der Einschätzung des Wohnungsbaues in Großbritannien und der Rolle, die die Regierung hierbei übernommen hat, muß vor allem in Betracht gezogen werden, daß diese Bautätigkeit im Rahmen einer umstürzenden Gesamtplanung gesehen wird.

Die Bedingungen, die im Laufe des 19. Jahrhunderts zur Verstädterung und vor allem zur Verstopfung innerhalb der Städte führten (congested areas), haben sich grundsätzlich gewandelt. War besonders in früheren Zeiten das Verlangen nach Schutz der treibende Faktor, später die notwendige Zusammenballung von Arbeitskräften in den Industriezentren, so führt heute, angesichts der Gefahren des Luftkrieges, das Verlangen nach Schutz zu dem entgegengesetzten Wunsch einer Dezentralisation und die gesteigerten sozialen Erkenntnisse und Verantwortungsgefühl zu einer Auflockerung der Städte.

Die Industrie ist heute durch die Elektrizität nicht mehr wie früher an Wasser und Kohle standortmäßig an die Kraftquelle gebunden und läßt sich leichter auf das Land verlegen und gleichmäßiger verteilen. Die Entwicklung im Verkehrs- und Nachrichtenwesen erweitert den Aktionsradius einer Stadt. Schiene und Straße haben ein dichtes Netz über das ganze Land gespannt, das sich bis in das kleinste Dorf verzweigt. All dies erleichtert die geplante und notwendige Dezentralisation des modernen Städtewesens.

Die allgemeinen Tendenzen der britischen Großplanung folgen den Forderungen der *Charta von Athen*, wie sie der Internationale Kongreß moderner Architekten bereits 1933 und später in der neuesten Fassung von 1948/49 niedergelegt hat²¹. Auch die Charta von Athen bezeichnet als den Mittelpunkt der Stadtplanung den Menschen. Für den Wohnungsbau sollen daher die am besten gelegenen Teile einer Stadt gewählt werden. Die Forderungen der Hygiene sollen erfüllt und die Wohndichte überwacht werden, damit eine Ueberbevölkerung vermieden wird. Die modernen technischen Hilfsmittel sollen zur Errichtung von Hochhäusern ausgenutzt, diese Hochhäuser aber so angelegt werden, daß ausreichende Grünflächen zwischen ihnen Platz finden. Die Möglichkeiten für Erholung, Sport und Spiel sollen in der Nähe der Wohnungen vorhanden sein. Die Charta von Athen stellt fest, daß der Schlüssel zu einer Stadtplanung in den vier Funktionen einer Stadt liegt: Wohnung, Arbeit, Erholung, Verkehr.

Diese vier Funktionen in Einklang zu bringen, ist ihre Aufgabe.

In den geplanten und zum Teil schon ausgeführten britischen Städtebauten tritt noch eine fünfte hinzu: die Funktion der Gemeinschaft. Es ist interessant, daß die Neigung zur Vereinzelung, die sich im bevorzugten Einfamilienhaustyp kundgibt, ganz bewußt im großen durch die Schaffung der *neighbourhood-units* (Nachbarschaftsgemeinschaften) ausgeglichen werden soll. Sie spielen bei der Stadtplanung eine hervorragende Rolle. Eine solche gedachte Nachbarschaftsgemeinschaft umfaßt höchstens 10 000 Einwohner, erstrebt ein Zusammenwohnen aller sozialen Schichten und Berufe auch innerhalb einer Straße, ein gemeinsames Interesse am Gemeinschaftsbesitz der kulturellen und hygienischen Einrichtungen, wie Schulen, Parks, Kinderspielplätze, Bäder und sonstigen Anlagen, und eine gemeinsame Anteilnahme an der Ausgestaltung dieser Einrichtungen. Sie will dadurch den Bürger aus der Anonymität der Großstadt herausheben und am Gemeinwohl seiner *neighbourhood unit* aktiv interessieren.

Diese einzelnen Gemeinschaften schließen sich zu Städten zusammen, die höchstens 60 000 Einwohner haben sollen. Jeder Stadtteil hat sein völlig organisches Eigenleben und ist nur lose mit der Zentralverwaltung verbunden.

Die neuen Städte

Pionier der neuen Stadtplanung in Großbritannien war Sir Ebenezer Howard. Die ersten Städte, die in England nach seinen Forderungen gebaut wurden, waren Letchworth und Welwyn.

Nach Howard muß eine Stadt für ein gesundes Leben ihrer Einwohner gleichzeitig für eine lebensfähige Industrie geplant sein. Sie muß so groß sein, daß sie ein volles soziales Leben gewährleistet und die Industriegestaltung darf — von Ausnahmen in Bergbaugebieten abgesehen — nicht einseitig sein, sondern muß möglichst alle Zweige und Möglichkeiten berücksichtigen, um eine Vollbeschäftigung der Einwohnerschaft zu sichern. Die Stadt muß von einem Grüngürtel umgeben und von Grünflächen durchsetzt sein. Nach diesen Ideen wurde bereits 1901 Letchworth gegründet und inspirierte damit eine neue Stadt- und Landplanungsbewegung²². 1921 folgte die Gartenstadt Welwyn.

Beide sind für Wohnung und Industrie geplant und in Industrie- und Wohnbezirke bereits so gegliedert, daß eine klare Trennung eingetreten ist, daß Einkaufszentren, Kinos, Theater, Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser und Freiflächen, Schwimmbäder und Sportplätze gleichmäßig verteilt und leicht von allen Wohngebieten aus zugänglich sind.

Bemerkenswert ist, daß diese beiden Städte auf Initiative des privaten Unternehmertums entstanden sind und vom Staat keinerlei Subventionen erhielten.

Sie waren die Vorläufer einer Entwicklung, die nach dem Zweiten Weltkrieg verstärkt einsetzte. Allerdings nahm jetzt die Labourregierung den Bau der neuen Städte selbst in die Hand. Bisher ist über den Bau von vierzehn neuen Städten entschieden worden, von denen ein Teil als Aufnahmestädte (*reception towns*) für die zu hoch massierten Großstädte (etwa London) gedacht sind, ein Teil aber einer direkten Not abhelfen soll, etwa in solchen Fällen, in denen durch den kriegsbedingten Bau neuer Fabriken in ländlichen Bezirken eine planmäßige Zusammenziehung der Arbeiterbevölkerung dringend wurde. New Town Aycliffe, eine neue Stadt, die unter dem besonderen Protektorat von Lord Beveridge steht, begegnet zum Beispiel einem solchen Bedürfnis. Andererseits wurde der Bau von neuen Städten in den „distressed areas“, den Notstandsgebieten, bewußt als Anreizmittel benutzt, um die Arbeitskräfte in diesen Gebieten festzuhalten, indem man ihnen bessere Lebensbedingungen verschaffte.

In all diesen Planungen und schon ausgeführten Städten zeigen sich die gleichen ästhetischen und sozialen Tendenzen größter Auflockerung, praktischer Anordnung und einer Begrenzung der Bewohnerzahl auf höchstens 60 000, die eine zeit- und kraftsparende Verteilung der Wohn- und Industriebezirke ermöglicht. Im allgemeinen wird die Industrie an einer Seite konzentriert und von allen Wohnbezirken leicht zugänglich gemacht. Die Einkaufs- und Verwaltungszentren der einzelnen Nachbarschaftsgemeinschaften werden jeweils in die Mitte der Stadtteile verlegt, die wieder jeder vom anderen durch Grünflächen, Sportplätze, von den Hauptverkehrsstraßen entfernte Kinderspielplätze und Parks getrennt sind, während sich in der Mitte der Gesamtstadt das Hauptverwaltungszentrum befindet.

Vergleicht man diese neuen Planungen mit den Tendenzen der vorhergehenden Epochen, so werden die Unterschiede besonders deutlich. Lewis Mumford bezeichnet in seinem Buch „The Culture of Cities“²³ den alten Typ als Coketown oder Mechanicsville und will damit sagen, daß die mechanische Ordnung vorherrscht. Die Industrie beherrscht die ganze Stadt; dicht neben den Fabriken, deren Rauch die Luft verfinstert, stehen die Arbeiterhäuser, in Reihen ausgerichtet wie Soldaten. Keine Grünanlagen, keine Spielplätze für die Kinder, keine Gärten, keine sozialen Einrichtungen hellen das unmenschliche Bild dieser Städte auf, die wie etwa Manchester oder Preston durch die Industrialisierung groß geworden sind.

Dabei hat Preston noch den Vorzug, nicht allzu groß zu sein. Die Stadt zählt heute 120 000 Einwohner, und ein guter Autobusdienst bringt die Menschen schnell in die gesunde Umgebung und an das nahe Meer. In Manchester beträgt die Wohndichte

zwischen 40 und 48 Wohnungen auf 1 acre (= 40,467 Ar), die optimale Wohndichte aber wäre 12 je acre bei Einfamilienhäusern und 30 bei flats. Die Auflockerung solcher Bezirke durch die Angliederung von Aufnahmestädten oder Siedlungen ist im Gange. Das „housing estate“ Wythenshawe, das im Jahre 1926 von Sir Ernst und Lady Simon der Stadt Manchester geschenkt wurde, soll etwa 80 000 Menschen aus den überfüllten Teilen aufnehmen, wobei die Planungen sich nicht nur auf Vergrößerung des Abstandes zwischen den Häusern, sondern, entsprechend den allgemeinen Prinzipien, auch auf die Einsprengung von Grünflächen, Sport- und Spielplätzen in der Nähe der Wohnstätten und in der näheren Umgebung erstrecken²⁴, und zwar nicht nur in den geplanten Aufnahmegebieten, sondern auch in Manchester selbst. Mit der Aussiedlung der Bevölkerung ist auch eine Streuung der Industrie geplant, um den Arbeitern ermüdende Wege zu ersparen; hierüber sind Untersuchungen im Gange, und die Gartenstadt Welwyn wird als Beispiel eines gesunden Gleichgewichts von Arbeits- und Wohnnähe angeführt. Das Prinzip der Nachbarschaftsgemeinschaft soll bei einer Neuordnung im Gebiet von Manchester herrschen. Gleiche Pläne hat man für Lancashire, wo mehrere Satellitenstädte gegründet und bestehende Ortschaften zur Aufnahme aus überfüllten Bezirken erweitert werden sollen. So soll zwischen Wigan und Liverpool beispielsweise eine neue Stadt entstehen, die 45 000 Einwohner aus Liverpool aufnehmen soll²⁵.

Die Dezentralisation von London

Eines der Hauptprobleme stellt natürlich London selbst dar. Im Dezember 1949 verfaßte das Ministerium für Stadt- und Landplanung ein Memorandum, um die local authorities für eine Dezentralisation von London zu interessieren. Achteinhalb Millionen Menschen sind im Raum „Greater London“ konzentriert, der die City, die Counties von London und Middlesex und Teile der Counties von Kent, Surrey, Essex und Hertshire umfaßt und 693 englische Quadratmeilen (= 1836 Quadratkilometer) groß ist. Acht neue Städte und etwa sechzehn schon bestehende Städte sind durch Erweiterung dazu ausersehen, ungefähr 500 000 Menschen aufzunehmen. Dabei soll das Gebiet von Greater London in fünf Zonen aufgeteilt werden, und zwar drei nördlich und zwei südlich der Themse. Die verschiedenen local authorities dieser Zonen müssen sich zum Zwecke der Dezentralisation mit den local authorities der Aufnahmegebiete zusammenfinden, und die verschiedenen Londoner Stadtteile sollen besondere housing lists derjenigen Einwohner führen, die eine Aussiedlung wünschen. Eine Vielfalt von Industrien in den Aufnahmegebieten muß hierbei mit der Preisgestaltung der Mieten Hand in Hand gehen, um die Umsiedlung flüs-

sig zu halten, denn einerseits ist der eventuelle Verlust eines günstigen Arbeitsplatzes für eine Entscheidung in dieser Hinsicht ausschlaggebend, andererseits wird bei aller Tendenz zur Verbesserung des Lebensstandards eine billige Altwohnung nur ungern gegen eine verhältnismäßig zu teure Neuwohnung aufgegeben werden. Im allgemeinen muß aber gesagt werden, daß die Mieten der Neuwohnungen (Häuser oder flats) durchaus im Einklang mit dem wöchentlichen Verdienst des Engländers stehen, wenn auch in diesem Punkt eine gewisse Kritik an der Baukosten- und Mietpreisgestaltung der Regierung geübt wird. Die Miete der neuen Häuser beträgt bei zwei Schlafräumen (neben Wohnraum und den übrigen Nebenräumen) zwischen 14 und 21 Schilling wöchentlich, bei drei Schlafräumen 20 bis 27 Schilling, der wöchentliche Durchschnittsverdienst im April 1950 etwa £ 7.5.9²⁸.

Eine weitere Gefahr ist, daß die Satellitenstädte die Tendenz zeigen werden, wieder mit dem Kern „zusammenzuwachsen“, wie das bei den bisher üblichen Vorstädten der Fall war. Dieser Tendenz ist durch die Einsprengung unveränderlicher landwirtschaftlicher oder sonstiger Grünflächen vorzubeugen sowie durch eine geplante und umsichtige Streuung der verschiedenen Industriezweige, so daß auch in diesen Aufnahmestädten eine Vollbeschäftigung auf jedem Gebiet gesichert ist.

Anmerkungen

¹) Vgl. „Britain's Housing Problem“ in *Home Affairs Survey*, Housing 3, London 1950 (fortlaufende Loseblattsammlung).

²) C. M. Trevelyan: „Kultur- und Sozialgeschichte Englands“. Hamburg, Classen & Coverts; 1948.

³) Cmd 6153 of 1940, London.

⁴) Cmd 6378 of 1942, London.

⁵) Cmd 6386 of 1942, London.

⁶) „Town and Country Planning Act“, 1947, Section 37. London, Butterworth & Co; 1947.

⁷) Bis zum Zweiten Weltkriege wurde das housing-Problem vom Gesundheitsministerium bearbeitet. Nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde die Verantwortung auf weitere Ministerien ausgedehnt: *Ministry of Works and Buildings* und *Ministry of Supply* für Zuteilung von Baumaterial und die Vergebung von Lizenzen; *Ministry of Town and Country Planning* hat die Verantwortung für die örtlichen Planungsbehörden; *Ministry of Agriculture* zur Verhinderung der Zweckentfremdung von Ackerland.

In Schottland wird die Funktion der Ministerien für Stadt- und Landplanung und für Landwirtschaft vom *Department of Health and Agriculture* ausgeübt. Das *Board of Trade* hat die Verteilung des Bauholzes, und das *Ministry of Labour and National Service* verteilt die Arbeitskräfte an die Bauindustrie und deren Hilfgewerbe.

In Nordirland sind *Ministry of Health* und die *local authorities* für Planen, Bauen und Gestaltung verantwortlich. Die Funktionen des *Ministry of Works and Buildings* und des *Ministry of Supply* liegen beim *Ministry of Commerce* und beim *Works Branch* des *Ministry of Finance*.

⁸) Das erste Wohnungsbaugesetz stammt bereits von 1890; 1909 folgte ein Wohnungsbau- und Stadtplanungsgesetz sowie im Laufe der Jahre weitere Teilgesetze zum gleichen Thema.

⁹) „Weekly Hansard“, Vol. 462, No 81 Col. 2132 vom 16. März 1949.

¹⁰) Vgl. „Britains Housing Problem“ a. a. O.

Ausblick

Innerhalb eines so kurzen Zeitraumes seit dem Aufhören der Kampfhandlungen war es natürlich nicht möglich, all diese Pläne durchzuführen oder auch nur das englische Wohnwesen völlig umzugestalten. Es gibt auch heute noch in England Gebiete, in denen die Wohnungen den geforderten Bedingungen keineswegs entsprechen, und besonders die Abwicklung der Slums ist noch nicht völlig gelungen. Das Entscheidende ist aber, daß man sich in England bemüht, die Probleme nach Umfang und Wesen zu erkennen und daß man sie kräftig angreift und zu einer Lösung bringen will. Daß hierbei finanzielle wie materielle Schwierigkeiten eine hemmende Wirkung ausüben, trifft Großbritannien wie alle Länder, in denen sich die gleichen Erkenntnisse und Tendenzen in die Tat umsetzen und umsetzen möchten.

Die neue Stadt- und Landplanung in England wie überall will die Stadt wieder zu einem Heim für ihre Bewohner machen. Sie will den Menschen aus seiner Entpersönlichung und Entwurzelung zurückführen zu einem Leben voller Verantwortung in einer kleineren Gemeinschaft und stärkt damit das demokratische Bewußtsein der Bevölkerung. Der Mensch ist nicht mehr Mittel und Masse, sondern Maßstab, auch für Haus und Stadt.

¹¹) Vgl. G. D. H. Cole: „Building and Planning“. London, Cassel & Co Ltd; 1945, S. 88 ff.

¹²) „Last figures for october“ in *Home Affairs Survey*, Housing 3, 12. Dezember 1950.

¹³) Vgl. Cole, a. a. O. S. 90.

¹⁴) Vgl. Cole, a. a. O. S. 90.

¹⁵) Vgl. „The Cost of House Building“ in *Home Affairs Survey*, Housing 3, vom 20. Juni 1950.

¹⁶) Vgl. „House Building in Great-Britain 1919—1939“ in: G. S. H. Cole: „Building and Planning“. S. 91.

¹⁷) Vgl. hierzu die Statistik für Wohnungsbau in den Jahren 1945—1948 in Europa-Archiv 8/1949, S. 2080.

¹⁸) „Last figures for october“ in *Home Affairs Survey*, a. a. O. Wie aus dem „Economist“ vom 14. April 1951 hervorgeht, hat im Februar der Wohnungsbau die Million erreicht. Hierbei sind nur Neubauten gezählt; hinzu kommen etwa 340 000 Um- und Aufbauten zerstörter oder überalterter Häuser.

¹⁹) Vgl. „Handbook, Facts and Figures for Socialists“, 1951 (Labour Party Research Department, London).

²⁰) „British Standards of Living“ in *Current Affairs*, Nr. 63, vom 18. September 1948. (The Bureau of Current Affairs, London.)

²¹) „Die Charta von Athen“ in *Neue Bauwelt*, 4. Jahrgang, Heft 37 vom 12. September 1949.

²²) Vgl. Gilbert u. Elizabeth Glen McAllister: „Homes, Towns and Countryside“, London; 1945, S. XX—XXXI.

²³) Lewis Mumford: „The Culture of Cities“, London; 1946.

²⁴) Vgl. R. Nicholas: „Manchester and District Regional Planning Proposals“, London & Norwich, Jarrold & Sons; 1945 und R. Nicholas: „City of Manchester Plan 1945“ im gleichen Verlag.

²⁵) „Keesing's Contemporary Archives“, 12. bis 19. August 1950. London, S. 10893.

²⁶) „Handbook, Facts and Figures for Socialists“, 1951. S. 172.

Die verstaatlichten Betriebe in Österreich

Von Dr. Rolf Grünwald, Wien

Das Europa-Archiv hat in früheren Folgen bereits ausführlich über das Thema der Verstaatlichung in West- und Osteuropa berichtet. (Vgl. beispielsweise „Das britische Sozialisierungsprogramm“, Europa-Archiv 18/1949, S. 2467 bis 2474; „Die Verstaatlichungspolitik der britischen Arbeiterregierung“, Europa-Archiv 22/1949, S. 2633 bis 2638; „Die Verstaatlichungen in der Tschechoslowakei“, Europa-Archiv 7/1949, S. 2033 bis 2039; „Verstaatlichung und Wirtschaftslenkung in Rumänien“, Europa-Archiv 7/1949, S. 2040.) Der nachfolgende Beitrag befaßt sich nun mit der Frage der Verstaatlichung in Oesterreich, die insofern von besonderem Interesse ist, als sie eng mit der Frage des deutschen Eigentums im Ausland verknüpft ist. Während das deutsche Eigentum in der sowjetisch besetzten Zone Oesterreichs von den Russen auf Grund des Potsdamer Abkommens beansprucht wurde, haben die Westmächte mit der Pariser Erklärung vom 8. April 1949 zugesagt, daß sie auf das deutsche Eigentum in den Westzonen Oesterreichs mit Inkrafttreten des österreichischen Staatsvertrages bedingungslos und unentgeltlich verzichten wollen. Die sowjetische Besatzungsmacht in Oesterreich hat sich bereit erklärt, das unter ihrer Verwaltung stehende deutsche Eigentum — Sonderbestände wie beispielsweise die Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft und die Ausbeutung der Zistersdorfer Oelfelder ausgenommen — gegen Zahlung von 150 Millionen Dollar an Oesterreich herauszugeben.

Die in den westlichen Zonen Oesterreichs verstaatlichten Betriebe stellen heute einen wertvollen Aktivposten der österreichischen Wirtschaft dar. Sie versetzen Oesterreich in die Lage, wichtige Schlüsselprodukte selbst zu erzeugen, die früher aus dem Ausland und zu einem nicht unbeträchtlichen Teil aus Deutschland bezogen werden mußten. Abgesehen von der Vielzahl reiner Privatbetriebe, die teils oder vollständig als deutsches Eigentum gelten und unter österreichischer treuhänderischer Verwaltung stehen, zählen beispielsweise die verstaatlichten Stahlwerke (die früheren Reichswerke Hermann Göring) und auch die Stickstoffwerke in Linz heute zu den modernsten Betrieben in ganz Europa.

In letzter Zeit ist das Problem des deutschen Eigentums in Oesterreich immer stärker Gegenstand eines deutsch-österreichischen Gespräches geworden. Der Autor des nachstehenden Beitrages vertritt die Ansicht, daß die Frage frühestens nach Abschluß des österreichischen Staatsvertrages gelöst werden kann. Die halbamtliche *Wiener Zeitung* nahm am 18. Februar 1951 mit einem Aufsatz über die Behandlung des deutschen Eigentums in Oesterreich mit einer „Betrachtung von sachverständiger Seite“ zu dieser Frage dahingehend Stellung, daß die schweren Verluste, die Oesterreich durch die Auswirkungen des Potsdamer Abkommens erlitten hat und durch die Zahlungsverpflichtung von 150 Millionen Dollar für die USIA-Betriebe in der sowjetischen Besatzungszone erleiden wird, wohl nur zum allergeringsten Teil durch die unentgeltliche Uebernahme des deutschen Vermögens in Westösterreich ausgeglichen werden. Der Versuch, eine solche Uebernahme als einen Akt grundloser Bereicherung auf fremde Kosten zu bezeichnen, stelle die Tatsachen auf den Kopf und müsse für jeden Kenner der Verhältnisse fast wie eine Verhöhnung wirken.

Diese Stellungnahme hat in Deutschland starke Beachtung gefunden.

Der Staatssekretär im Bonner Bundesministerium für Finanzen, *Hartmann*, hat dem österreichischen Journalisten *Max W. Morstadt* am 19. März 1951 ein Interview gewährt, in dem er den deutschen Standpunkt dahingehend darlegte, „daß Bonn für die Gestaltung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich zu einer gerechten, billigen und verständigen Lösung der Frage der deutschen Vermögenswerte bereit ist“. Die Deutsche Bundesrepublik sei, wie Staatssekretär *Hartmann* erklärte, zu einer Lösung der Frage im Geiste der europäischen Zusammenarbeit bereit.

Auch in Oesterreich haben sich mehrere führende Persönlichkeiten, so z. B. der Finanzminister Dr. *Margaretha*, der Präsident der Vereinigung österreichischer Industrieller, Dr. *Lauda*, und Nationalrat *Brunner* von der Volkspartei für eine maßvolle und gerechte Lösung dieser heiklen Frage ausgesprochen.

Co./H. V.

Von großer Tragweite für das österreichische Wirtschaftsleben in der Nachkriegszeit ist der Erlaß der beiden Gesetze vom 26. Juni 1946 und 26. Mai 1947 gewesen¹, durch die außer den großen Kreditinstituten die wichtigsten Betriebe der Eisen- und Stahlindustrie, die bedeutendsten Kohlenbergbaue, eine Reihe von Unternehmungen der Elektroindustrie, des Maschinenbaues und des Verkehrs, ein Großbetrieb

der Schwerchemie, die wichtigsten Bergbaue und Hütten für NE-Metalle, alle Betriebe der Rohölgewinnung und -verarbeitung sowie die wichtigsten Elektrizitätsunternehmen verstaatlicht worden sind.

Beide Gesetze wurden von der gesetzgebenden Körperschaft einstimmig beschlossen, nicht zuletzt deshalb, weil der Zustand dieser Unternehmungen nach Ende des Krieges ihre Eigentümer vor Aufgaben gestellt hätte, zu deren Lösung das erforderliche Privatkapital kaum vorhanden gewesen wäre.

¹ Die Veröffentlichung der beiden Bundesgesetze erfolgte in den Bundesgesetzblättern für die Republik Oesterreich vom 18. September 1946 und vom 10. Mai 1947.

Denn die meisten in den Verstaatlichungsgesetzen genannten Betriebe dienten durch ihr Produktionsprogramm der Kriegswirtschaft und waren daher äußerst schwer von den Kriegs- und Nachkriegsereignissen betroffen worden (Zerstörungen und Demontagen). Ihre Anlagen bedurften zum größten Teil des Umbaus und der Ergänzung, da sie durch den „Anschluß“ an die in ihren ökonomischen und organisatorischen Relationen ganz anders geartete deutsche Wirtschaftseinheit jahrelang nur als Bestandteil eines weiträumigen Fertigungskombinates behandelt worden waren. Eine volkswirtschaftlich zweckmäßige Durchführung dieser Umstellung und Ergänzung konnte aber im Hinblick sowohl auf die Finanzierung als auch auf eine sachlich bedingte Reihenfolge nur mit Hilfe einer von höherer Warte geleiteten Stelle aus bewerkstelligt werden. Das mit der Verwaltung dieser Betriebe betraute Bundesministerium² ließ zu diesem Zweck zunächst durch Fachexperten für die betreffenden Branchen Wirtschaftspläne ausarbeiten, nach denen die Investitionstätigkeit gelenkt und koordiniert werden sollte. Auf diese Weise konnte von vornherein vermieden werden, daß Kapital für minder wichtige Zwecke vergeudet wurde beziehungsweise wichtige Vorhaben mangels öffentlicher Mittel unterbleiben mußten.

Die Frage der Entschädigung an die Vorbesitzer

Obwohl in beiden Verstaatlichungsgesetzen den Vorbesitzern eine durch ein besonderes Bundesgesetz festzusetzende angemessene Entschädigung in Aussicht gestellt wurde, konnte bisher eine derartige Regelung hauptsächlich aus staatsrechtlichen Gründen noch nicht erfolgen; denn über einen Großteil der verstaatlichten Betriebe kann als sogenanntes „Deutsches Eigentum“ entweder de facto, wie bei den in der russischen Besatzungszone gelegenen, oder de jure, wie bei den in der amerikanischen und französischen Zone gelegenen Unternehmungen, österreichischerseits noch nicht voll verfügt werden. Daher wird sich mindestens die das „Deutsche Eigentum“ betreffende Frage der Entschädigung erst frühestens nach Abschluß des österreichischen Staatsvertrages lösen lassen.

Ausmaß und Leistung der verstaatlichten Betriebe

Gemessen an der Zahl der in der österreichischen Industrie insgesamt beschäftigten Personen hat der Anteil der verstaatlichten Betriebe mit ihren rund 95 000 Arbeitnehmern im Jahre 1950 beschäftigungsmäßig im Durchschnitt etwa 22 Prozent betragen, wobei sich spartenweise jedoch mehr oder weniger

große Abweichungen vom Durchschnitt ergeben, wenn man ihren Anteil jeweils nur im Rahmen des betreffenden Wirtschaftszweiges betrachtet. Unter diesem Gesichtspunkt erreicht ihr Anteil in manchen Zweigen, wie zum Beispiel im Kohlenbergbau und in der eisenschaffenden Industrie, bis zu 90 Prozent und mehr, während er dagegen im Bereiche der weiterverarbeitenden Industrie, wie zum Beispiel in der Elektroindustrie und im Maschinenbau, verhältnismäßig niedrig ist. Das entspricht durchaus auch den Intentionen des Gesetzgebers, dessen Absicht es vor allem gewesen ist, die Produktion gegenüber Monopolbestrebungen in der Rohstoffwirtschaft durch eine ausreichende Versorgung der weiterverarbeitenden Industrie mit billigen Vorprodukten zu sichern.

Besser noch als an der Anzahl der Beschäftigten läßt sich die Bedeutung der verstaatlichten Industrie an ihrem Anteil an der Gesamtproduktion ermessen. Diese betrug auf dem Gebiete der Fertigungsgrundstoffe im Jahre 1950:

bei den Produkten:	insgesamt	davon erzeugt in verstaatlichten Betrieben	
	in 1000 t	in v.H. der Gesamterzeugung	
Braunkohle	4 307,5	3 978,7	92,1
Eisenerz	1 859,4	1 852,1	99,6
Blei-Zinkerz	98,6	98,6	100,0
Kupfererz	70,9	70,9	100,0
Roheisen	883,1	875,1	99,0
Rohstahl	943,3	891,7	94,5
Aluminium	18,0	12,5*	69,5
elektr. Energie (Mill. kWh)	4 880,4	4 538,8	93,0

*) Vorläufiges Ergebnis

Quelle: Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe.

Wie die Uebersicht zeigt, stammen also durchschnittlich 93 Prozent der wichtigsten Schlüsselprodukte in Oesterreich aus verstaatlichten Unternehmungen. Ein großer Teil davon mußte früher aus dem Auslande bezogen werden.

Abgesehen von der Aufgabe, der weiterverarbeitenden Industrie die von ihr benötigten Fertigungsgrundstoffe in Form von Rohstoffen, Halbzeug und Energie beizustellen, stellen jedoch die verstaatlichten Betriebe für die österreichische Wirtschaft durch ihre unmittelbaren Exporte auch einen Devisenfaktor erster Ordnung dar. Der Anteil ihrer Exportleistungen an der Gesamtausfuhr Oesterreichs betrug im Jahre 1950 1,5 Milliarden ö. Schillinge, das sind rund 28 Prozent, womit die verstaatlichte Industrie also auch wesentlich dazu beiträgt, die durch die weltpolitische Lage gegenwärtig stark unter Rohstoff- und Halbzeugmangel leidende europäische Wirtschaft durch Belieferung mit ihren Produkten zu entlasten.

²) Hierbei handelte es sich bis Ende 1949 um das Bundesministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung, seither um das Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe.

Dem Verstaatlichungsgedanken steht wie in allen demokratischen Ländern natürlich auch in Oesterreich eine Legion namhafter Gegner gegenüber, welche behaupten, daß der verstaatlichte Betrieb allein auf Grund der Bürokratisierung seiner Verwaltung weniger leistungsfähig sei als das private Unternehmen. Ohne in eine Auseinandersetzung über das Problem der Verstaatlichung selbst eintreten zu wollen, sei hierzu bemerkt,

1. daß man sich in Oesterreich bewußt nur auf eine Verstaatlichung der Grundindustrien beschränkt hat,
2. daß die verstaatlichten Betriebe in ihrer bisherigen Rechtsform und nach den Grundsätzen, die für die übrige Wirtschaft gelten, weitergeführt werden, und
3. daß die verstaatlichten Unternehmungen mit Ausnahme der Befreiung von der Vermögensabgabe auch keinerlei steuerliche oder sonstige Begünstigungen genießen.

Folglich ist mit der Beschränkung auf den Grundstoffsektor vermieden worden, daß sich die Verstaatlichung auch auf Betriebe erstreckt, die wegen ihrer Marktnähe erfahrungsgemäß einer besonderen Wendigkeit in der Geschäftsführung bedürfen, also besser der Privatwirtschaft überlassen bleiben. Durch Weiterführung der Unternehmungen in ihrer bisherigen Rechtsform wurde ferner verhindert, daß die Betriebe selbst einem wirtschaftlich ungenügend geschulten Beamtentum überantwortet werden mußten. Und schließlich ist durch die Ausschaltung jeder wie auch immer gearteten finanziellen Bevorzugung, sei es durch Steuererleichterungen oder durch Subventionen, im Interesse sowohl der verstaatlichten Unternehmungen selbst als auch der privaten Betriebe vermieden worden, daß sich aus einer Ungleichheit der Wettbewerbsverhältnisse für erstere ein Stillstand ihrer erfolgswirtschaftlichen Entwicklung und für letztere eine Benachteiligung ihrer marktwirtschaftlichen Position ergeben könnte.

Entwicklung der Produktion in den verstaatlichten Betrieben

Zeit:		Braunkohle	Eisenerz	Roh-eisen	Roh-stahl	Kalk-ammon-salp.	Alumi-nium ^{*)}	Elektrizität
		in Tonnen						Mio. kWh
1949:	I. Quartal	857 143	315 470	198 570	190 361	64 801	—	826,56
	II. Quartal	825 436	354 870	220 205	181 999	75 605	3 499,8	1 137,28
	III. Quartal	898 786	377 570	223 078	208 945	74 114	6 276,3	1 189,24
	IV. Quartal	951 634	430 790	188 485	210 513	73 636	204,3	1 043,53
1950:	I. Quartal	972 657	407 470	210 150	228 041	85 110	33,2	1 027,39
	II. Quartal	914 846	419 120	205 343	212 872	95 650	4 311,8	1 226,36
	III. Quartal	987 533	476 980	218 684	206 521	86 236	6 916,4	1 376,39
	IV. Quartal	1 095 704	548 530	240 923	244 250	96 927	1 287,3	1 250,07

^{*)} Produktionsschwankungen durch Stromversorgung bedingt.

Quelle: Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe.

Das Ergebnis davon ist — wie die vorstehende Tabelle zeigt — allen gegenteiligen Prophezeiungen zum Trotz ein wirtschaftlicher Fortschritt auf allen Gebieten, der die derzeitigen Erwartungen, die der Gesetzgeber bei Erlass seiner beiden Gesetze in die Verstaatlichung gesetzt hatte, bisher in keiner Weise enttäuscht hat. Obwohl die durch die bewilligten Investitionen beabsichtigte Erhöhung des Leistungsstandes ihrer Anlage bis heute noch nicht so weit durchgeführt ist, daß deren Auswirkungen schon zur Gänze in den Ergebnissen des Vorjahres rechnerisch voll zum Ausdruck hätten kommen können, steht schon jetzt fest, daß mit Ausnahme von einigen kleinen Betrieben, die durch nicht von ihnen zu vertretende Umstände zur Zeit noch an ihrer vollen Entfaltung gehindert sind, sämtliche verstaatlichten

Unternehmungen lebensfähig sind und nach Beseitigung der ärgsten Kriegsschäden ab 1948 mit angemessenem Gewinn arbeiten. Der eigens für die verstaatlichten Betriebe erstellte Produktionsindex lag im 1. Halbjahr 1950 durchschnittlich um rund 20 Prozent über dem Index der gesamten Produktion.

Wenn diese Fortschritte in allen Zweigen der Grundstoffherzeugung zum Teil auch nur — wie es seit Kriegsende übrigens auch in der Privatwirtschaft der Fall ist — mit einem verhältnismäßig höheren Beschäftigtenstand als vor dem Kriege erzielt werden konnten, so ist doch seit den letzten Monaten auch in bezug auf die Produktivität, das heißt der Leistungen je Mann und Schicht, eine wesentliche Verbesserung zu verzeichnen gewesen. So konnten

zum Beispiel die Leistungen pro Mann und Jahr im verstaatlichten Kohlenbergbau in der Zeit von 1947 bis 1949 von 205 auf 269 Tonnen, also um rund 31 Prozent gehoben werden. Auch die Kopfleistungen in den Stickstoffwerken in Linz konnten um rund 30 Prozent verbessert werden. Ähnliche Verbesserungen, wenn auch nicht überall in gleichem Ausmaße, wurden auch aus der Aluminiumindustrie (17 v. H.) und aus den verstaatlichten Montanwerken Brixlegg (14 v. H.) gemeldet. Dieser Erfolg ist jedoch nicht zuletzt auch den Investitionen aus der Marshall-Hilfe zu verdanken.

Die verstaatlichten Betriebe als Schrittmacher

Es gilt als erwiesen, daß eine Industriekonkretion in einem Ausmaße wie bei den verstaatlichten Betrieben allein schon auf Grund ihres Potentials, wenn nicht auf die gesamte Wirtschaft, so doch mindestens auf alle jene Betriebe richtunggebend einwirken muß, die dem gleichen Wirtschaftszweig angehören. Das wird sich — um ein Beispiel zu nennen — vor allem in der Sozialpolitik bemerkbar machen, die auf dem verstaatlichten Sektor insofern ganz neue Wege beschreitet, als durch die Schaffung sogenannter Sozialbeiräte in den Betrieben eine Verbesserung der Beziehungen zwischen der Unternehmungsleitung und den Arbeitnehmern erzielt werden soll, ein Versuch, der sicherlich auch in der Privatwirtschaft Nachahmung finden wird. Durch diese neue Einrichtung soll den Arbeitern und Angestellten ein Mitbestimmungsrecht gesichert, ihnen zugleich aber auch eine Mitverantwortung auferlegt werden. Ein weiteres Ziel ist die Förderung des industriellen Wohlbau es, in dessen Rahmen schon im Vorjahr mehr als 2000 Wohnungen allein für den verstaatlichten Sektor erstellt werden konnten.

Aber auch in bezug auf Produktivität und Wirtschaftlichkeit wird sich der Erfolg der im verstaatlichten Sektor ergriffenen Maßnahmen auf die österreichische Gesamtwirtschaft auswirken und zahlreiche Teile der Privatindustrie mit auf seinen Weg zwingen. Denn man wird in den verstaatlichten Betrieben dem in Oesterreich bisher stark vernachlässigten Gebiet der Oekonomie der Mittel, durch rein organisatorische Maßnahmen die Wirtschaftlichkeit zu heben, künftighin größte Aufmerksamkeit schenken. So wird man zum Beispiel für die Durchführung bestimmter Aufgaben, die nach Kapitaleinsatz und Risiko die Kraft einzelner Betriebe übersteigen (zum Beispiel Forschungsaufgaben), gleiche oder verwandte Betriebe zu Produktionsgemeinschaften zusammenfassen und auf diese Weise durch Schaffung günstigerer Voraussetzungen für die Produktion auch eine Verbesserung der Rentabilität der einzelnen Betriebe erreichen. Von dieser Art der Zusammenarbeit wird mit Recht ein beispielgebender

Einfluß auch auf die gesamtösterreichische Industriepolitik erwartet.

Die verstaatlichten Unternehmungen im Urteil des Rechnungshofes

Inwieweit sich nun bisher in Oesterreich das Experiment der Verstaatlichung der Grundindustrien als gelungen oder nicht gelungen bezeichnen läßt, darüber hat der alljährliche Bericht des unparteiischen Rechnungshofes an den österreichischen Nationalrat zu urteilen. Soeben ist der diesjährige Rechenschaftsbericht erschienen. Dieser schickt die Bemerkung voraus, daß im abgelaufenen Jahre allgemein eine fortschreitende Besserung in der Gebarung und Wirtschaftsführung wahrzunehmen gewesen sei. Die vom Rechnungshof durchgeführten Erhebungen hätten ergeben, daß die verstaatlichten Betriebe durchaus mit der Aufwärtsentwicklung der österreichischen Wirtschaft haben Schritt halten können und daß ihr Jahresreingewinn von 1948 auf 1949 um 72,4 Prozent gestiegen sei. Im gleichen Zeitraum habe sich die Produktion beziehungsweise ihr Umsatz — gemessen an den Preisen vom 30. Juni 1950 — wertmäßig um rund 54 Prozent erhöht. Das sei vor allem dem Umstand zu verdanken, daß es wie vor der Verstaatlichung in der verstaatlichten Industrie auch derzeit ausgezeichnete leitende Kräfte gäbe, die sich ihrer verantwortungsvollen Aufgabe bewußt seien. Leitung und Belegschaft hatten unter Hintanstellung persönlicher Interessen ihr Bestes geleistet. Im Berichtsjahr sei nicht nur eine Ausweitung der Produktion, sondern auch eine Senkung der Kosten erreicht und damit hervorragende Erfolge erzielt worden, die fast immer das betriebswirtschaftliche Optimum darstellten.

Beschäftigtenstand in den verstaatlichten Betrieben

	im Jahre 1950 ¹		
	absolut	in v.H.	Anzahl der Unternehmen
Eisen- und Stahlindustrie	38 845	39,8	8
Chemie, Verkehr, Energie	26 762	27,6	16
Kohlenbergbau	15 020	15,4	9
Elektroindustrie	11 365	11,7	5
NE-Metalle	5 292	5,5	7
	97 284	100,0	45 ²

¹ Unter Berücksichtigung auch der Konzernunternehmungen der verstaatlichten Banken erreichte der Beschäftigtenstand die Zahl von rund 130 000.

² Unter Berücksichtigung der Konzerngesellschaften, jedoch ohne sogenannte USIA-Betriebe (Uprawlenje Sowjetskowo Imuschtschestwa w Austrii).

Quelle: Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe.

Das Konzertleben von heute

Seine soziologischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedingungen

Von Hans Rutz, Wien

Die völlige Ahnungslosigkeit nicht nur der breiteren Öffentlichkeit, sondern auch der verantwortlichen „Kulturpolitiker“ über die wirtschaftlichen und soziologischen Bedingungen des Kulturlebens erweist sich immer deutlicher als eine der wesentlichsten Ursachen der „Kulturkrise“. Die bisherige Diskussion konnte daher auch keine nennenswerten praktischen Ergebnisse zeitigen, sondern mußte im Gegenteil eben durch ihre Ergebnislosigkeit und Verschwommenheit das Gefühl des Ueberdrusses und der allgemeinen Misere noch steigern. Das Europa-Archiv versucht bewußt, die Diskussion aus dem Stadium des unverbindlichen Geredes heraus auf die organisatorischen Probleme zu lenken, deren Lösung die unabdingbare Voraussetzung für die Ueberwindung der Krise darstellt.

Von dem allgemein bekannten und viel beredeten Krisengewitter, das den ganzen Horizont des kulturellen Lebens zu umdrohen scheint, konnte auch das Sondergebiet des Musiklebens nicht verschont bleiben. Für die nachfolgende Untersuchung der zutage liegenden Erscheinungen und der Möglichkeiten ihrer Heilung mag außer acht gelassen werden, ob auch auf diesem Gebiet, ähnlich wie auf dem Gebiet des Theaters, die sogenannte Krisenhaftigkeit nicht so sehr neu ist und ein Phänomen nur unserer Tage als vielmehr eine Erscheinung, die immer wieder in der Kontinuität künstlerischer Hervorbringung und deren Aufnahme durch das Publikum vorkommt¹. Ja, ob nicht in dieser gewissen rhythmisch-wellenhaften Bewegung von Spannung und Nachlassen, Aufnahmebereitschaft und Abwehr das eigentliche Leben auch der kulturellen Dinge sich vollzieht und — auf die Länge gesehen — sich im Gleichgewicht erhält.

Sicher ist aber, daß auf dem Spezialgebiet des Musiklebens sich innerhalb der letzten hundert Jahre eine Entwicklung vollzog, die auf anderen Kunstgebieten in so kurzem Zeitraum nicht stattgefunden hat. Wenigstens nicht, was das Verhältnis von Publikum zur künstlerischen Darbietung angeht und umgekehrt. Während das Theater beispielsweise immer mehr oder weniger dem „großen Publikum“ gegenüberstand und die bildenden Künste auch jetzt noch kaum aus der Verslossenheit der Sammler-

stuben und der Museen überhaupt zur großen Masse vorgedrungen sind, hat sich die Musik von der aktiven Freude des heute viel geschmähten Dilettanten und von dem kleinen Kreis des interessierten Salons zu einem Faktor des öffentlichen Lebens entwickelt und ist in der Form des „Konzerts“ der breitesten Masse zugänglich geworden.

In dieser durchaus sieghaften Entwicklung, die in einer gesicherten sozialen Umwelt kaum eine Gefahr als die eines gewissen natürlichen Ueberdrusses oder eines Erlahmens der schöpferischen Kräfte zu fürchten hatte, traten nun zwei Ereignisse ein, die zu einer echten Krise führen mußten.

Einmal die völlige Umschichtung der soziologischen Ordnung, zum andern die immer weitere Kreise ziehende Entwicklung des Rundfunks.

Aus der Veränderung der soziologischen Struktur ergab sich als erste Folge, daß das Konzert, in seinen Anfängen reine Darbietung einer in gewissem Umfang unabhängigen Kunst, nunmehr in immer steigenderem Maße dem Gesetz von Angebot und Nachfrage unterworfen wurde. Die Notwendigkeit, in der immer dünner werdenden kulturell interessierten, aber wirtschaftlich unfähigen Mittelschicht die nötigen Abnehmer für die „Ware“ Musik zu finden, unterwarf das Konzert mehr und mehr all den Bedingungen, die das gesamte Gebiet der Produktion und des Handels beherrschen. Es wurde — mit dem nun unumgänglichen Manager und Agenten — Handelsobjekt, das ebenso wie jedes Produktionsgut angeboten, angepriesen und zu einem möglichst günstigen Preis

¹ Vgl. hierzu auch den Beitrag von Siegfried Melchinger, „Diagnose der Theaterkrise“ in Europa-Archiv 17/1950. S. 3303—06.

„verkauft“ werden mußte. Damit verschob sich notwendigerweise der Akzent vom rein künstlerischen Wettbewerb, der noch immer mehr der Sache als der Person verhaftet blieb, auf eine Konkurrenz, die von stark wirtschaftlichen Gesichtspunkten mitbestimmt wurde.

Das Konzert von heute ist die wirtschaftliche Form eines Musiklebens, in dem entsprechend den anderen Lebensgebieten die Leistung regiert. Insofern wäre das Konzert eine natürliche und gesunde Erscheinung, zumal sich der Begriff der Leistung in gewissem Umfang reinerhalten hat und nicht, noch nicht auf das Gebiet bloßer Reklame abgeglitten ist. Es reguliert das Angebot, das auch auf dem Gebiet der Musik infolge einer weit vorgeschrittenen Arbeitsteilung eine technische Höhe erreicht hat, wie sie noch vor fünfzig Jahren etwa kaum für möglich gehalten worden war. Im Gegensatz zu jedem alltäglichen Produktionsgut ist jedoch die künstlerische Leistung nicht einfach zu bestimmen und eindeutig zu bewerten. Sie unterliegt in inniger Verflechtung der wirtschaftlichen und kulturellen Bedingungen mehreren Faktoren, die im Zusammenhang von öffentlichem Konzert und den der Öffentlichkeit zur Orientierung dienenden Unternehmen, wie Presse und Radio, als Regulatoren einer einzig nach künstlerischen Maßstäben zu messenden Leistung wirken. Da diese Organe der öffentlichen Meinungsbildung in vieler Beziehung, selbst wenn es sich um sogenannte unabhängige Zeitungen handelt, einem bestimmten Wirtschaftssystem dienen, hinter dem wiederum mehr oder weniger offen politische Mächte stehen, kann es vielfach nicht ausbleiben, daß auch kulturelle Einrichtungen in das Spiel der wirtschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen einbezogen werden. Soweit es sich dabei um reine Formen der kulturellen Betätigung, um Fragen beruflicher Standesorganisationen oder um die besonders wichtigen soziologischen Probleme handelt, die vor allem den Besucher der Konzerte betreffen, ist diese Verkettung von Lebensgebieten, die einander an sich fremd gegenüberstehen, nicht nur nicht tragisch, sondern geradezu notwendig. Hier könnten und sollten, viel mehr als dies bisher im allgemeinen geschieht, sehr bedeutungsvolle und vielleicht für den Bestand der öffentlichen Konzerte entscheidende Regulierungen auf soziologischem und organisatorischem Gebiet stattfinden; genau so wie dies auf dem Gebiet der künstlerischen Leistung durch eine der Öffentlichkeit verantwortliche und auf Grund von Vorbildung und Erfahrung berufene Kritik geschieht. Ein Ueberhandnehmen der öffentlichen Macht auf kulturellen Gebieten birgt aber eine Gefahr. Die Erstarrung des freien Spiels der Kräfte, die notwendig zu einer Unterjochung der schwer erkämpften künstlerischen Freiheit und vor allem des künstlerischen

Schaffens führen muß, würde freilich mit einem Schläge alle Probleme lösen, die mit der Möglichkeit des einzelnen, sich frei für dies oder jenes zu entscheiden, zusammenhängen. Aber nur mit dem einen, die künstlerische Entwicklung überhaupt in Frage stellenden Effekt, daß nicht die künstlerische Leistung, sondern der mit ihr verbundene außerkünstlerische Zweck triumphiert. Dieser Preis ist zu hoch.

Wie schon oben angedeutet, ist die Veränderung der soziologischen Ordnung eine der Grundursachen für die Schwierigkeit des heutigen Musiklebens. Diese soziologische Umschichtung ist nicht zu trennen von den rein wirtschaftlichen Bedingungen. Die Mehrzahl der Konzertbesucher rekrutiert sich — wenigstens in Europa — aus den Mittelschichten, die seit rund einem Jahrhundert eine kulturelle Betätigung als Lebensnotwendigkeit anerkennen. Diese tragenden Schichten sind aus den bekannten Gründen weitgehend verarmt. Abgesehen von den verheerenden Einflüssen der Kriegs- und Nachkriegsjahre auf die Jugend, ist ihr kulturelles Bedürfnis geblieben, nicht aber ihre wirtschaftliche Kapazität, in der die gewohnte Teilnahme am Musikleben als gesicherter Budgetposten weiterhin Platz finden könnte. In diesen Mittelschichten steht im allgemeinen ein meist von Generation zu Generation fortgeerbtes Kulturverständnis einer weitgehenden Verarmung gegenüber. Andererseits drängt aber eine Masse von Menschen nach, die mit Recht eine Teilnahme am Kulturleben fordert — vor allem durch den Mund ihrer politischen Wortführer. Hier fehlt zwar oft die kulturelle Tradition und in vielen Fällen auch noch der kulturelle Hunger, auf der andern Seite aber sind in den Schichten der Arbeiter und Handwerker — weniger der Angestellten — die finanziellen Voraussetzungen relativ günstiger geworden. Es wäre bei der physischen und geistigen Ueberalterung des verbliebenen Musikpublikums nur mit größter Freude zu begrüßen, wenn von dieser Seite dem Musikleben neue Besucherschichten zugeführt würden. Die Organisationen dieser Gruppen, vor allem die Gewerkschaften, könnten durch Abnahme von ganzen Konzerten² die Bewegung leiten und überdies noch auf diese Weise die im allgemeinen schwer um ihre Existenz ringenden Veranstalter unterstützen und die Existenz der Konzerte als Einrichtung erhalten helfen. Daß der Veranstalter derartige Wiederholungskonzerte zu einem Pauschalpreis abgeben kann, wodurch die Eintrittspreise für Mitglieder solcher Organisationen sich wesentlich ermäßigen, wäre ein erfreuliches Nebenergebnis. Mit welchem Recht dann allerdings noch vom „bürgerlichen“ Abonnenten der Eintrittspreis in

²) Es wird sich da meist um die Wiederholung bestehender Zyklen handeln. Doch müssen in Deutschland die erstmals 1950 von den Gewerkschaften veranstalteten Ruhrfestspiele in diesem Zusammenhang erwähnt werden.

voller Höhe verlangt werden könnte, bleibt zweifelhaft; ist er es doch, der nur unter Verzicht auf andere lebenswichtige Güter den hohen Eintrittspreis erübrigt und damit diese Konzerte und ihre Wiederholung gegen verbilligten Eintritt überhaupt ermöglicht. Hier ist eine Planung auf weite Sicht nötig. Wenn eine Kalkulation des Eintrittspreises auf Grund von drei oder vier Veranstaltungen desselben Programmes, dessen Probenzahl also gleichbleibt — was für die Kalkulation entscheidend ist —, möglich wird, müßte auch hier ein Ausgleich geschaffen werden. Zumindest müßten die Preise für Konzerte, die den Stock bilden, denen für Wiederholungen angeglichen werden. Das ist durchaus möglich, wenn man von vornherein weiß, wie oft jedes Programm jeweils gespielt werden kann und — wenn ein Veranstalter sich als Verwalter eines anvertrauten Kulturgutes fühlt und nicht nur als „Unternehmer“.

In diesem Zusammenhang müßte auch die Frage der Subventionen gesehen werden. Sie haben dort keinen Sinn, wo nachweislich bloß Institutionen gestützt werden, die aus irgendwelchen Gründen nicht in der Lage sind, ihren Zweck zu erfüllen: das Interesse der Öffentlichkeit in ausreichendem Maße zu erwecken. Freilich dürfen dabei rein kulturelle Gesichtspunkte, wie etwa die Förderung künstlerischen Schaffens, nicht übersehen werden. Aber auch dann ist eine Subvention nur sinnvoll, wenn gleichzeitig Mittel und Wege gefunden werden, in der Öffentlichkeit zu wirken und volle Häuser zu erreichen. Ihre eigentliche Aufgabe können Subventionen nur erfüllen, wenn sie dem Konzertveranstalter gleichsam als Teil des „Betriebskapitals“ zur Verfügung gestellt werden, also bereits in der Planung eine Rolle spielen. Auf diese Weise würden von vornherein verschiedene Fehlerquellen ausgeschaltet, weil so die Kalkulation, die auch den Eintrittspreis bestimmt, unabhängiger gehandhabt werden kann. Eine Subvention, die nur ein Defizit deckt, ist unwirtschaftlich und den soziologisch gesunden Bedingungen eines Konzert- oder Theaterlebens geradezu abträglich und somit letzten Endes antikulturell. Denn es hat keinen Sinn, jenes Defizit, das durch zu hohe Eintrittspreise und einen damit zusammenhängenden zu geringen Besuch verschuldet wurde, hinterher zu decken, wenn man mit der gleichen Subvention von vornherein die Preise niedriger halten und damit volle Säle erreichen kann. Nicht die leeren Sitze (mit hohen Eintrittspreisen) dürfen subventioniert werden, sondern der Besucher, der diese Sitze (bei verbilligten Preisen) einnehmen kann.

Ein besonders in Mitteleuropa aktuell gewordenes wirtschaftliches Problem des öffentlichen Konzertlebens sind die hohen Künstlergagen. Allerdings spielt gerade dies Problem stark ins Kulturelle hinüber, denn das freie Spiel der Kräfte, das keines-

falls aufgegeben werden darf, bringt es naturgemäß mit sich, daß sich Manager und Veranstalter um den großen, das Publikum anlockenden Künstler reißen. Seine Gage steigt, je heftiger der Kampf um Termine wird. Solange das Wirtschaftsleben gesund ist, wäre dagegen vom rein wirtschaftlichen Standpunkt nichts einzuwenden. Der Veranstalter weiß genau, welches Risiko er eingehen kann und welches nicht. Es gibt aber aus soziologischen wie kulturellen Gründen hier Grenzen, die nicht überschritten werden sollten, insbesondere wenn das strukturelle Gefüge der Wirtschaft wie der sozialen Ordnung nicht im Gleichgewicht oder in einer Umschichtung begriffen ist. Unter allen Umständen muß ein gesundes Konzertleben eine gewisse Kontinuität anstreben, und zwar sowohl auf dem Gebiet der Besucherorganisation als in der Programmgestaltung, die mit dem Künstlerengagement eng zusammenhängt. Der Erweiterung und damit der Verjüngung des Konzertpublikums dient eine weitsichtige Planung in der Besucherorganisation, an der alle interessierten Behörden, Berufsverbände aller Art und schließlich die gesellschaftlich beauftragten oder privaten Konzertunternehmer beteiligt sein müßten. In dem Augenblick, da irgendeiner dieser Teile selbständig handelt und aus meist egoistischen, nicht allein den Dienst an der Kultur bedenkenden Gründen dem anderen Konkurrenz macht, sind wesentliche Kräfte für den Aufbau eines Konzertlebens ausgeschaltet und die Interessen der Öffentlichkeit geschädigt, der allein die Zusammenarbeit dieser Stellen zu dienen hätte. Es ist überhaupt streng abzugrenzen, auf welchen Gebieten, die die Voraussetzungen zu einem blühenden und gesunden Konzertleben bilden, eine Konkurrenz möglich, ja oft notwendig ist und wo nicht. Sie ist keinesfalls auf dem Felde der Besucherorganisation möglich, weil hier allein das Interesse des Besuchers ausschlaggebend sein darf und nicht das des Veranstalters. Wenn diese Frage erst einer Lösung zugeführt worden ist, die dem Interesse der Öffentlichkeit dient, dann kann um so mehr der künstlerische Wettbewerb ohne Schädigung der Besucherschaft statthaben.

Mit einer solchen organisatorischen Planung, die automatisch eine soziologisch gerechte Ordnung mit sich bringen würde, könnte auch eine wirtschaftlich gesündere Nutzung der heute im Verhältnis zum Volksvermögen zu hohen Künstlergagen Hand in Hand gehen, wobei der Gesichtspunkt: wofür ich mich wirklich interessiere, dafür gebe ich auch eine Summe aus, die meinem Lebensstandard entspricht, eine nach oben wie nach unten regulierende Rolle spielen kann. In keiner Kunstgattung ist das „Star“-wesen ganz auszuschalten. Es gibt eben Spitzenleistungen, deren Wert nicht unterschätzt, aber auch nicht überschätzt werden sollte. Es handelt sich nur darum, die verhängnisvollen und unsachlichen Folgen

auszuschalten oder einzuschränken. Auch ein heute in der ganzen Welt angeforderter „Star“ würde billiger werden, wenn man ihm in einer Stadt nicht nur ein oder zwei, sondern möglichst viele Auftrittsmöglichkeiten anbieten könnte. In dem Augenblick, wo die organisatorische Konkurrenzierung ausgeschaltet ist und der Künstler nicht mehr zum wirtschaftlichen Handelsobjekt erniedrigt werden muß, wird eine Zusammenarbeit verschiedener Veranstalter es ermöglichen, daß ein Engagement und eine hohe Gage sich lohnen. Sie wird kompensiert durch eine mehrfache Verwendung dieses Künstlers, und es werden auch die verhältnismäßig hohen Nebenspesen, wie Reisekosten, Aufenthalt, Vermittlungsprozente, die ein einziges Auftreten unverhältnismäßig hoch belasten, bei der Kalkulation der Konzerte nicht mehr so sehr ins Gewicht fallen.

In diesem Zusammenhang gewinnt auch das Verhältnis des öffentlichen Konzerts zur kulturellen Aufgabe des meist geldkräftigeren Rundfunks neue Bedeutung. Wie schon gesagt, erscheint die Ausbreitung und Vertiefung der kulturellen Bemühung des Rundfunks als eine der Quellen für die Krise des Konzertlebens. Das Programm eines Senders besteht zu einem hohen Prozentsatz naturgemäß aus musikalischen Darbietungen, und die bequeme Zugänglichkeit guter wie minderer Musik muß sich natürlich auf die Ausgabe- wie Ausgehlust der breiteren Massen verhängnisvoll auswirken. Es ist ferner nicht zu übersehen, daß die soziologische Veränderung sich auch in einer rein physischen Müdigkeit auswirkt, daß der im heutigen Berufsleben überfüllte Arbeitstag notwendig die Lust und den Reiz mindert, finanzielle und sonstige Opfer zu bringen, um noch einmal das Haus zu verlassen und einen festlichen Abend zu verbringen, anstatt der völligen Entspannung, die oft eine absolute Notwendigkeit ist. Es ist von dieser Seite aus gesehen sicher, daß die musikalischen Darbietungen des Rundfunks eher vom Konzertleben fort als zu ihm hin führen. Wobei nicht übersehen werden sollte, daß keine, auch die beste Uebertragung nicht das ersetzen kann, was das öffentliche Konzert gibt. Genau wie bei den Darstellungen auf der Bühne ist das, was „über die Rampe“ geht, der persönliche Kontakt mit dem Künstler, das unwägbare Fluidum des festlich gemeinsamen Hörens, die innere Spannung einer zu gemeinsamer Aufnahme eines Kunstwerks versammelten Menge und nicht zuletzt das beinahe physische Mitschwingen des Raumes, gar nicht hoch genug einzuschätzen. Diese Faktoren werden von der großen Menge der Rundfunkhörer gemeinlich übersehen — vor allem von denen, die neue Besucherschichten stellen sollten und denen das Konzerterlebnis in seiner Totalität ja noch völlig fremd ist.

Wenn der Rundfunk also einerseits der soziologischen Umschichtung und der finanziellen Lähmung

bestimmter Kreise in vorteilhafter Weise entgegenkommt und entspricht, so mindert er andererseits doch auf eine vielleicht verhängnisvolle und jedenfalls krisenverstärkende Weise die Heilung und Besserung der bestehenden Zustände. Hier wäre auf einem Umwege vielleicht vieles wiedergutzumachen, was unbewußt an Schaden gestiftet wird. Wenn man von dem Gedanken ausgeht, daß die große Aktionsfähigkeit der Sender allein vom Geld der Hörer abhängt und ermöglicht wird, muß die an vielen Orten bereits eingetretene Konkurrenzierung der öffentlichen Konzerte durch die Sender durchaus als amoralisch bezeichnet werden. Die selbstverständlich kulturell wichtige Arbeit des Rundfunks auf musikalischem Gebiet muß in Einklang stehen mit den Interessen des öffentlichen Konzerts. In diesem Zusammenhang erhält der Gedanke der direkten oder indirekten Subventionierung der öffentlichen Konzerte durch die Sender den ganz besonderen Akzent einer Wiedergutmachung. Eine solche Subvention ist heute noch in viel zu geringem Umfang verwirklicht. Sie könnte direkt durch Zurverfügungstellung abschöpfbarer Sendegebühren geschehen, indirekt durch gemeinsame Planung oder Uebernahme öffentlicher Konzerte durch die Sender. Ein Nebeneinanderleben beider Einrichtungen ist durchaus möglich und für beide Teile vorteilhaft, während ein Gegeneinander sich gerade für den Hörer, das Publikum schädlich auswirken muß, das durch seine finanziellen Beiträge die ganze Konkurrenzierung erst ermöglicht hat.

Noch unmittelbarer die kulturellen Interessen des Konzerts berührt die Frage, welche Stellung der „Star“, etwa als Gastdirigent oder Gastsänger, im Musikleben einnehmen sollte. Abgesehen von den wirtschaftlichen Momenten, die schon oben behandelt wurden, darf er das Musikleben kleinerer und mittlerer Städte, aber auch das führender Musikzentren nicht ausschließlich beherrschen. Er „stört“ die kulturelle Kontinuität, die als Gegenstück zur wirtschaftlich-organisatorischen Kontinuität auch diese wieder in Frage stellt. Es ist eine alte Tatsache, daß der reisende Dirigent beispielsweise immer wieder die gleichen Werke auf sein Programm setzt, die paar bekannten zugkräftigen Symphonien der Klassik und Romantik, die alljährlich, in den Programmen der Musikzentren sogar mehrfach in einer Spielzeit, wiederkehren. Der Begriff des Gastdirigenten sollte seine alte Bedeutung wieder erhalten: „Gäste“ kommen nicht allabendlich ins Haus. Und dort, wo ein symphonischer Zyklus einzig Gastdirigenten im bunten Wechsel überantwortet ist, können sich niemals gesunde wirtschaftliche Verhältnisse entwickeln, auch dann nicht, wenn die Programme nicht den einzelnen Dirigenten zur Wahl und Entscheidung überlassen bleiben, sondern in großen Zusammenhängen gesehen und aufgestellt werden. Erst wenn ein Konzertzyklus

einem „ständigen“ Dirigenten anvertraut ist, kann sich ein echtes, kulturell hochstehendes Musikleben entwickeln, das nicht den „Star“ meint, sondern das Werk, dessen Bedeutung heute immer mehr hinter der Interpretation versinkt. Besonders wenn eine Planung auf Jahre hinaus möglich ist, können Werke, die zu Unrecht vergessen sind oder doch nur selten vorgetragen werden, in einem Zyklus untergebracht werden, der dann die erste kulturelle Pflicht des öffentlichen Konzertes erfüllt, einen wahrhaft umfassenden Ueberblick über das Schaffen der Vergangenheit zu bieten. Wenn dann, so oft es eben möglich und erschwänglich ist, ein Gastdirigent hinzutritt, wird auch die Wiederholung einer bereits gehörten Symphonie nicht störend, sondern als lehrreich empfunden werden. Hier hat dann die Interpretation als solche einen Sinn, sie regt zum Vergleich an und eröffnet neue Perspektiven.

Der ständige Dirigent ist auch allein die Gewähr für die Entwicklung einer hochstehenden Orchesterleistung; und Leistung ist in diesem Zusammenhang, wie dargelegt wurde, nicht nur ein kultureller, sondern auch ein wirtschaftlicher Wert. Leistung bildet die Basis und den Anreiz für einen tragenden Besuch. Ein Gastdirigent belastet aber die Wirtschaftsseite durch die Notwendigkeit einer Mehrzahl von Proben, während der ständige Dirigent sein Orchester kennt, und umgekehrt. Die Kontinuität der Leitung schafft zudem einen Wert, der nicht hoch genug eingeschätzt werden kann: den Ensemblegeist. Beispiele für diese bekannte Tatsache sind etwa Herbert von Karajan und die Wiener Symphoniker, Eugen Jochum und das Münchener Radio-Orchester, Schmidt-Isserstedt und das Hamburger Radio-Orchester, Furtwängler und die Berliner Philharmoniker. Zahllose weitere Beispiele ließen sich in mittleren Städten anführen, wo dieser wertvolle Ensemblegeist herrscht, freilich auch nicht wenige Gegenbeispiele.

Ebenso könnte die besonders heikle und viel umstrittene Frage der kulturellen Verantwortung dem zeitgenössischen Schaffen gegenüber mehr noch als bisher auf der Grundlage einer gleichermaßen wirtschaftlichen wie kulturellen Kontinuität einer praktischen Lösung entgegengeführt werden. Hier ist das Moment des Vertrauens zu einem Dirigenten, den es durch Jahre hindurch kennt, für das Publikum besonders wichtig. Das Publikum muß wissen, wenn dieser Dirigent dies oder jenes moderne Stück aufs Programm setzt, dann tut er es, weil er von seiner Qualität überzeugt ist. Er kann es sich deshalb auch leisten, ein neues Werk wirklich durchzusetzen und sich nicht nur in einmaliger Vorführung einer offensichtlich unangenehmen Pflicht zu entledigen. Ein modernes Werk muß mehrfach gehört werden, das liegt in der Natur der Sache. Und selbst ein erster Widerstand, der gerade bei einem wert-

vollen und also eigenartigen Werk auftreten wird, kann den von seiner Sache überzeugten Dirigenten nicht abhalten, es zu wiederholen, wenn er mit dem Vertrauen seines Publikums rechnen kann.

Ebenfalls eine Vertrauensfrage ist die Förderung des Interpretennachwuchses, dem das Starwesen so leicht im Wege steht. Auch hier könnte der gut eingeführte Solist, der Geiger, der Pianist, segensreich wirken und neue Anreize schaffen, wenn er es mehr als bisher als eine seiner Aufgaben ansehen würde, junge Künstler „einzuführen“, von deren Qualität er überzeugt ist. Die seinerzeit in Berlin und seither auch in den Vereinigten Staaten bestehende „Stunde der Musik“ in einer konzertfreien und damit das Interesse steigenden Zeit am Sonntagnachmittag, in der jeweils ein namhafter Solist einen jungen Künstler „mitnimmt“, hat sich außerordentlich bewährt. Es sollte keine wichtigere Musikstadt geben, ohne diese „Stunde der Musik“⁸.

Die Probleme, denen das heutige öffentliche Konzert gegenübersteht, sind zahlreich. Nicht alle konnten hier bis zu Ende gedacht werden. Die lokalen Verhältnisse fordern auch eine unterschiedliche Handhabung zu ihrer Lösung. Grundsätzlich aber bleibt die oberste Richtlinie bestehen, daß kulturelle Forderung (freies Spiel der Kräfte, das die Leistung garantiert, und von jedem außerkünstlerischen Zweck freies Schaffen) und wirtschaftlich-organisatorische Voraussetzungen getrennt behandelt werden sollen. Ideelle und materielle Bedingungen des Konzertlebens sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden. So viele Gefahren die Tatsache in sich birgt, daß das Konzert als Institution ein Handelsobjekt geworden ist, so klar müßte bei allen Unternehmungen, die auch einem soziologischen Härteausgleich dienen, allen Beteiligten die Forderung vor Augen stehen, daß alle organisatorischen Maßnahmen nur dem einen zu dienen haben: der Musik, die ein ideelles Gut ist, und mit ihrer Hilfe der Öffentlichkeit, dem Menschen, an dessen Erhebung und Vertiefung jedermann gelegen sein muß, solange man ihn nicht in seiner Not und Angst allein lassen will.

Offen bleibt bei all diesen redlichen Versuchen zur Stützung einer bewährten und guten Tradition, ob es wirklich gelingt, den Strom lebendiger Aufnahmebereitschaft in die alten Bahnen zurückzulenken, ob nicht vielmehr — wie schon in der Einleitung angedeutet — der Lebensträger Mensch unvermeidlich die andere große Straße ziehen muß und ziehen wird, so daß man auch hier sagen müßte: „Was in der Zeit nicht mehr möglich ist, kehrt zu seinen Göttern zurück.“

⁸) Interessant sind in diesem Zusammenhang die in England üblichen Mittagskonzerte in der City, die von sehr vielen Angestellten und Geschäftsleuten in der Mittagspause besucht werden und ausgezeichnete Programme und Interpreten haben.

Die Ereignisse in Europa

Dänemark

3. April: Es finden Wahlen zum Landsting (Oberhaus) statt, bei denen zunächst 2070 Wahlmänner gewählt werden. Nach den am 10. April erfolgten Wahlen durch die Wahlmänner setzt sich das neue Landsting folgendermaßen zusammen: Sozialdemokraten 33 Sitze, Bauernpartei 22, Konservative 12, Radikale 6, Georgspartei 1, Kommunisten 1, Färöer-Inseln 1.
12. April: Nach vierzehntägigen Verhandlungen wird in Kopenhagen der Entwurf für ein dänisch-amerikanisches Verteidigungsabkommen für Grönland fertiggestellt.

Deutschland

1. April: In Hamburg wird die dritte gesamtdeutsche Synode der Evangelischen Kirche durch den Präses, Dr. Gustav Heinemann, eröffnet. Bischof Otto Dibelius erklärt, daß die Kirche mit einem totalitären Staat, der mit aller Macht die materialistische Weltanschauung zur Geltung zu bringen suche, nie zusammenkommen werde. Für die Kirche bedeute der Eiserne Vorhang die Begrenzung der Freiheit, die Zerreißung der Familien und die systematische Züchtung von Betrug und Verlogenheit. Am 4. April betont Kirchenpräsident Martin Niemöller, daß er sich von der „Ohne-mich“-Bewegung distanzieren. Oberkonsistorialrat Dr. Eugen Gerstenmaier erklärt, man dürfe die Frage des deutschen Verteidigungsbeitrages nicht isoliert betrachten; sie gehöre zum Frieden, zur Freiheit und zur Einheit. Die Synode wird am 5. März mit der Verabschiedung der beiden Kirchengesetze zur Ordnung des „Evangelischen Hilfswerkes“ und der Bildung eines „Diakonischen Beirates“ beendet.
2. April: Der württemberg-badische Staatsgerichtshof bestätigt folgende Mandatsverteilung im Landtag: SPD 34 Sitze, CDU 28 Sitze, DVP 22 Sitze, DG/BHE 16 Sitze.
3. April: Die Alliierte Hohe Kommission veröffentlicht Beschlüsse zur Umgestaltung des Kohlenbergbaues und der Eisen- und Stahlindustrien (Gesetz Nr. 27), wonach die Bildung von 28 neuen Einheitsgesellschaften vorgesehen ist.
Die drei Alliierten Hohen Kommissare unterzeichnen ein Abkommen, das Beschränkungen für den Schiffbau und eine Reihe weiterer Produktionsverbote aufhebt. (Vgl. Wortlaut S. 3928—3932.)
In einer Pressekonferenz in Bonn betont der Staatssekretär für Inneres im Bundeskanzleramt, Otto Lenz, die bevorstehende Reise des Bundeskanzlers nach

Paris werde entscheidend für den wirtschaftlichen Zusammenschluß Europas sein. Durch den Schuman-Plan erfolge eine Auflockerung der nationalen Wirtschaften; er bedeute keine steigende Arbeitslosigkeit.

4. April: In Bonn überreichen die ersten acht diplomatischen Vertreter ausländischer Staaten (Vatikan, Niederlande, Luxemburg, Schweiz, Schweden, Indien, Portugal) Bundespräsident Professor Theodor Heuss ihre Beglaubigungsschreiben.

Der französische Planungskommissar, Jean Monnet, trifft in Bonn ein und bespricht mit Staatssekretär Professor Walter Hallstein sowie am 5. April mit Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer noch offene Probleme des Schuman-Planes. Monnet erklärt am 5. April in Bonn, die Saarfrage werde auf der kommenden Schumanplan-Konferenz in Paris einer Lösung zugeführt werden. Seine Unterredung mit dem Bundeskanzler habe hauptsächlich technische Fragen des Planes betroffen.

Bundesfinanzminister Fritz Schäffer erklärt im bayrischen Rundfunk, Stalin zwingt den westeuropäischen Ländern, insbesondere der Bundesrepublik, die Belastung auf, einen großen Teil ihrer Wirtschaftskraft für die Sicherheit zu verwenden.

5. April: Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik veröffentlicht eine Erklärung, in welcher die Beteiligung der Bundesrepublik am Schuman-Plan verurteilt wird. Durch die Montanunion werde das Ruhrgebiet aus dem deutschen Wirtschaftskörper gerissen.

Der Bundestag verabschiedet ein Gesetz zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des Öffentlichen Dienstes. Bundeskanzler Dr. Adenauer erklärt, niemand dürfe die Berufssoldaten wegen ihres früheren Berufes tadeln. Das Kapitel der Kollektivschuld der Militaristen neben Aktivisten und Nutznießern des Nationalsozialismus müsse ein für allemal beendet sein.

Der Bundestag nimmt entsprechend dem Vorschlag des Vermittlungsausschusses ein am 15. März verabschiedetes und vom Bundesrat abgelehntes Gesetz an, welches die Legislaturperiode der Landtage von Württemberg-Hohenzollern und Südbaden bis zum Außerkrafttreten der Länderverfassungen, längstens jedoch bis zum 31. März 1952, verlängert. Am 6. März stimmt auch der Bundesrat dem Gesetz zu.

6. April: Der Präsident des saarländischen Landtages, Peter Zimmer, wendet sich im Landtag gegen eine Volksabstimmung an der Saar und erklärt, die Politik

des Saarlandes beruhe auf der Voraussetzung, daß die Sonderregelung an der Saar als Wiedergutmachung und Sicherheitsleistung an Frankreich sowie als Vorbedingung einer Bereitschaft Frankreichs zur Versöhnung und zur europäischen Zusammenarbeit mit Deutschland von Frankreich gefordert werde. Ministerpräsident Johannes Hoffmann betont, die Konzeption des autonomen Saarstaates wolle der Sicherung der Existenz des Saarländers, der Ueberwindung des deutsch-französischen Gegensatzes und dem Aufbau einer neuen europäischen Ordnung dienen, in die das Saarland mit allen dazu bereiten Völkern Europas hineinwachsen wolle.

7. April: Der Hauptvorstand des Zentrums billigt in Osnabrück die Stellungnahme der Vorsitzenden, Helene Wessel, gegen eine Remilitarisierung der Bundesrepublik.

8. April: Kirchenpräsident Martin Niemöller erklärt auf dem Gemeindetag der Evangelischen Propstei Nord-Nassau, es gäbe kaum ein Volk in der Welt, das so wenige Kommunisten aufzuweisen habe wie das deutsche. Auf einer Pressekonferenz stellt er fest, er habe auf der Generalsynode kein Gelöbnis politischer Enthaltung abgelegt.

Der erste Vorsitzende der SPD, Dr. Kurt Schumacher, bezeichnet auf dem Bezirksparteitag der SPD in Schweinfurt den Schuman-Plan als ersten Schritt zum endgültigen Abstieg und erklärt, den Plan anerkennen bedeute nacheinander auch dem Agrar-, Verkehrs- und Energieplan zuzustimmen. Der zweite Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, erklärt in Herford, der Schuman-Plan stelle lediglich eine Vereinigung kapitalistischer westeuropäischer Länder dar; sozialistische Länder wie Großbritannien und Skandinavien seien nicht vertreten. Der Plan sei eine große Gefahr im Hinblick auf das Saargebiet, da Frankreich von sich aus das Saargebiet im Ministerrat einfach mit vertreten werde.

9. April: Der erste Vorsitzende der SPD, Dr. Schumacher, erklärt auf einer Pressekonferenz in Bonn, wer den Schuman-Plan unterschreibe, sei vielleicht auch bereit, den Plevén-Plan, den Agrar- oder Energieplan zu unterschreiben. Alle diese Pläne bedeuteten für Deutschland die Rolle der Zweitklassigkeit. Beim Schuman-Plan handele es sich nicht um eine echte Integration, sondern um eine Verfügungsgewalt über die Deutschen, da sie in der gemeinsamen Versammlung nur ein Viertel der Sitze erhalten sollten, obwohl die Bundesrepublik über 38 Prozent des Stahls und 51 Prozent der Kohlen der Montanunion stellen würden. Im Zusammenhang mit der am 12. April in Paris beginnenden Außenministerkonferenz der Schuman-Plan-Länder fordere die SPD, daß über die Saarfrage im Bundestag eine Debatte abgehalten werden solle. Am 10. April lehnt der Ältestenrat des Bundestages eine Saardebatte noch vor der Pariser Außenministerkonferenz ab.

Die sozialdemokratischen Minister des saarländischen Kabinetts, Arbeitsminister Richard Kirm und Justizminister Dr. Heinz Braun, erklären ihren Rücktritt. Am 10. April erklären auch die der Christlichen Volkspartei (CVP) angehörenden Minister, Wirt-

schaftsminister Dr. Franz Singer, Kultusminister Dr. Emil Strauß und Staatssekretär Dr. Edgar Hector sowie Finanzminister Christian Grommes (parteilos), ihren Rücktritt. Am 13. April bildet Ministerpräsident Johannes Hoffmann folgendes neue Kabinett, dem nur Mitglieder der CVP angehören: Ministerpräsident und Minister für Arbeit, Wohlfahrt und Wiederaufbau: Johannes Hoffmann, Justiz- und Kultusminister: Erwin Müller; Innenminister: Dr. Edgar Hector; Minister für Wirtschaft und Verkehr: Franz Ruhland; Finanzminister: Friedrich Reuter.

10. April: Der Bundestag verabschiedet mit den Stimmen der CDU, der SPD und des Zentrums das Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Bergbau und der eisenschaffenden Industrie.

11. April: Der Präsident der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, Johannes Dieckmann, gibt der Volkskammer ein Schreiben des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl bekannt, wonach die Markierung der deutsch-polnischen Staatsgrenze auf Grund des Abkommens vom 6. Juli 1950 durchgeführt ist. Der Finanzminister Dr. Heinz Loch legt der Volkskammer den Haushaltsplan für das Jahr 1951 vor, der Einnahmen in Höhe von 25,751 Milliarden DM (Ost) und Ausgaben in Höhe von 25,488 Milliarden DM (West) vorsieht.

Die Bundesregierung veröffentlicht ein Memorandum unter der Überschrift: „Bundesregierung sichert stabile Preise und sozialen Lebensstandard“, in dem eine Stabilisierung der Lebensmittelpreise, Sicherstellung der Getreideversorgung und die Besteuerung des gehobenen Lebensaufwandes angekündigt wird.

12. April: Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, erklärt vor dem Ueberseeklub in Hamburg, die Wiedervereinigung Deutschlands könne nicht durch ein Gespräch am runden Tisch erreicht werden. Es gäbe nur einen Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands: Die Sowjets müßten von der Stelle des Angreifers durch die wachsende Stärke der freien Welt in die des Verteidigers gedrängt werden. Die grundsätzliche Verweigerung eines militärischen Beitrages stärke nur die russische Position.

13. April: Bundesflüchtlingsminister Hans Lukaschek erläutert zusammen mit dem Leiter der ECA-Flüchtlingskommission, H. Christian Sonne, den am 21. März 1951 dem Bundeskanzler übermittelten Bericht dieses Ausschusses. Der Bericht schlägt innerhalb der nächsten sechs Jahre besonders folgende Maßnahmen vor: Bau von 1,2 Millionen Wohnungen für Vertriebene; Umsiedlung von 700 000 Flüchtlingen; Neuverteilung der Bevölkerung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten; Schaffung von Erwerbsmöglichkeiten für 600 000 Vertriebene. Für diese und eine Reihe weiterer Maßnahmen sind nach dem Bericht 12,5 Milliarden DM erforderlich.

14. April: In Hannover wird nach einwöchiger Dauer eine Tagung der Liga der Internationalen Rote-Kreuz-Gesellschaft beendet, die sich besonders mit der Not der Vertriebenen in Deutschland und Oesterreich befaßt. Der Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes, Walter Georg Hartmann, bezeichnet nach der Konferenz als wichtigstes Ergebnis die Emp-

fehlung Nr. 1, welche feststellt, daß man die Leiden der Flüchtlinge nicht allein mit den Mitteln des Roten Kreuzes lindern könne, sondern hierzu eine internationale Zusammenarbeit erforderlich sei.

In Essen wird ein Hauptausschuß für die Durchführung der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Gesamtdeutschland im Jahre 1951 gebildet. Der Ausschuß richtet einen Aufruf an alle Deutschen, folgende Frage mit „Ja“ zu beantworten: „Sind Sie gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951.“

Das Exekutiv-Komitee des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung beschließt auf einer Tagung in Bernkastel, die Kommissionsarbeit auf eine neue Basis zu stellen. Die parlamentarische Sektion wird ersucht, interfraktionell die Frage eines deutschen Europaministeriums zu besprechen. Die Einberufung einer Vollversammlung des Deutschen Rates auf den 15. Juli wird beschlossen.

15. April: Der Deutsche Demokratische Kulturbund beendet seine am 13. April in Aßmannshausen begonnene Tagung, an der etwa 250 Personen teilnahmen. Es werden acht Fachgruppen gebildet, die sich mit den Gegenwartsproblemen des kulturellen Lebens befassen sollen.

Finnland

2. April: Die der Sozialdemokratischen Partei angehörenden Kabinettsmitglieder, die am 20. März zurückgetreten waren, machen ihre Rücktritte rückgängig.

Frankreich

2. April: Der Oberste Alliierte Befehlshaber in Europa, General Dwight D. Eisenhower, übernimmt formell das Oberkommando über die ihm unterstellten alliierten Streitkräfte. Er ernennt den französischen Vizeadmiral André Georges Lemonnier zu seinem Stellvertreter für die Seestreitkräfte.

Auf der Konferenz der Außenministerstellvertreter der vier Großmächte in Paris unterbreitet der französische Vertreter, Alexandre Parodi, namens der drei Westmächte einen neuen Tagesordnungsvorschlag, der den sowjetischen Forderungen nach Erörterung der Demilitarisierung Deutschlands und einer allgemeinen Rüstungsherabsetzung entgegenkommt. Am 4. April legt der sowjetische Delegierte, Andrej Gromyko, eine Neufassung des Punktes „Prüfung der Ursachen und Auswirkungen der gegenwärtigen Spannungen“ vor, die einige Zugeständnisse gegenüber dem von den Westmächten vorgeschlagenen Wortlaut enthält. Am 13. April nennt der sowjetische Vertreter die Punkte, auf deren Erörterung die Sowjetunion bestehen müsse. Es sind: Demilitarisierung Deutschlands und Herabsetzung der Rüstungen der vier Mächte, Triest, Oesterreich, Nordatlantikpakt und amerikanische Stützpunkte in Europa und dem Nahen Osten, Einhaltung der Friedensverträge, Herstellung der Einheit Deutschlands.

5. April: Die Nationalversammlung verabschiedet mit 263 gegen 251 Stimmen das neue Wahlgesetz, das die Einführung eines modifizierten Mehrheitswahl-

rechts vorsieht, für Paris und die überseeischen Gebiete jedoch das reine Verhältniswahlrecht beibehält.

7. April: Der Ständige Ausschuß der Beratenden Versammlung des Europarates befürwortet einstimmig die Zulassung der Bundesrepublik Deutschland als vollberechtigtes Mitglied des Europarates. Der Ausschuß legt ferner die vorläufige Tagesordnung für die kommende Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung fest. Darin sind vorgesehen: Vorschlag für eine europäische Verfassung, Beziehungen zur OEEC, Schuman-Plan, Pläne für eine europäische Transportbehörde und eine Landwirtschaftsunion, System der internationalen Behörden, europäische Verteidigung. Der Ministerrat der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) empfiehlt nach Abschluß einer zweitägigen Konferenz in Paris eine Reihe von Maßnahmen zum Ausgleich der deutschen Zahlungsbilanz, darunter die einstweilige Suspendierung der Liberalisierung der deutschen Einfuhren, Maßnahmen zur Einschränkung des innerdeutschen Verbrauchs und Ueberprüfung des deutschen Einfuhrprogrammes durch einen von der OEEC zu ernennenden Vermittlungsausschuß. Der Rat erzielt Einigung über eine Liste von Waren, deren Austausch vom 31. Mai ab von jeder Beschränkung befreit werden soll.

11. April: Der deutsche Bundeskanzler, Konrad Adenauer, trifft anläßlich der am 12. April beginnenden Außenministerkonferenz über den Schuman-Plan zu einem Besuch in Paris ein. Er hat an den folgenden Tagen mehrere Unterredungen mit Außenminister Robert Schuman. Am 13. April sagt der Bundeskanzler bei einer Ansprache vor dem Club der Auslandspresse, der Schuman-Plan schaffe die Voraussetzungen dafür, daß jeder Krieg zwischen Frankreich und Deutschland materiell unmöglich werde. Die Bereinigung des Verhältnisses zwischen beiden Ländern werde das Kernstück einer ganz Europa umfassenden Lösung werden. In einer anschließenden Pressekonferenz erklärt der Bundeskanzler, man dürfe nicht glauben, daß der Druck aus dem Osten durch Neutralität abgewendet werden könne. Das deutsche Volk wolle nicht Einheit um jeden Preis, sondern Einheit in Freiheit. Es werde bereit sein, seinen Platz in der Reihe der Verteidiger Europas einzunehmen, wenn es das Bewußtsein haben könne, daß es einen Staat besitzt, für den Opfer zu bringen sich lohnt.

12. April: Ministerpräsident Henri Queuille erklärt vor der Nationalversammlung, Frankreich müsse, um auch weiterhin die Sprache der Vernunft und der Freiheit sprechen zu können, die von den Umständen diktierten Anstrengungen auf sich nehmen. Die Sicherung der Währung sei für den Rest der ablaufenden Legislaturperiode die Hauptaufgabe. Der Ministerpräsident schlägt als Termin für die nächsten Wahlen den 10. Juni vor und stellt die Vertrauensfrage, über die am 17. April abgestimmt werden wird.

In Paris beginnt die Konferenz der Außenminister der sechs Schumanplan-Staaten zur endgültigen Fertigstellung und Unterzeichnung des Vertrags über die europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Die Konferenz beginnt am 13. April mit der Beratung von Einzelfragen.

13. April: Der Sonderausschuß für Transportfragen der Beratenden Versammlung des Europarates billigt einen Plan des französischen Abgeordneten *Edouard Bonnefous* zur Errichtung einer europäischen Transportbehörde.

Großbritannien

2. April: In London wird eine vierwöchige Konferenz abgeschlossen, auf der Vertreter Südrhodesiens, Nordrhodesiens und Njassalands mit der britischen Regierung über einen engeren Zusammenschluß der drei genannten Gebiete verhandelt haben.
Außenminister *Herbert Morrison* hält in seinem Wahlkreis in Dudley eine Rede über die britische Außenpolitik. Er gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß alle Probleme durch Verhandlungen gelöst werden könnten. Doch sei Großbritannien auch bereit, seine demokratische Lebensart zu verteidigen, falls jemand eine Lösung durch Gewalt versuchen sollte. Bei den Viermächtebesprechungen müsse an die wirklichen Probleme herangegangen werden, da sich dann auch die kleineren Differenzen leicht regeln ließen. In den Verhandlungen über Deutschland dürfe man nicht übersehen, was in den letzten fünf Jahren in Ost- und Westdeutschland geschehen ist, und müsse von der Wirklichkeit ausgehen. In Korea sei jetzt ein psychologisch günstiger Augenblick gekommen, dem Kampf ein Ende zu setzen.
7. April: Staatsminister *Kenneth Younger* sagt in einer Versammlung in Cardiff, weder die Chinesische Volksrepublik noch Großbritannien sollten sich durch unverantwortliche Erklärungen verwirren lassen, die ohne Einwilligung der Vereinten Nationen oder irgendeiner Regierung gegeben werden.
10. April: Schatzkanzler *Hugh Gaitskell* legt dem Unterhaus das Budget für 1951/52 vor, in dem Ausgaben in Höhe von 4,197 Milliarden Pfund Sterling, davon 1,49 Milliarden für Verteidigungszwecke, vorgesehen sind. Dem stehen Einnahmen in Höhe von 4,098 Milliarden Pfund Sterling gegenüber.
11. April: Außenminister *Herbert Morrison* bezeichnet vor dem Unterhaus den Widerstand gegen den Angriff, die Herstellung eines freien und vereinten Koreas und die Verhinderung einer Ausweitung des Konfliktes als die unveränderten Ziele Großbritanniens in Korea. Zur Entlassung des Generals *Douglas MacArthur* sagt der Außenminister, der General habe von den Vereinten Nationen Anweisung gehabt, den Krieg unter allen Umständen auf Korea zu beschränken. Es sei die traditionelle britische Ansicht, daß militärische Befehlshaber den zivilen Behörden untergeordnet seien.
13. April: Außenminister *Herbert Morrison* erklärt im Unterhaus zu den Unruhen im persischen Erdölgebiet, die Regierung behalte sich das Recht vor, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um Leben und Eigentum britischer Bürger im Erdölgebiet zu schützen.
14. April: Lordsiegelbewahrer *Ernest Bevin*, der frühere Außenminister, stirbt in London im Alter von 70 Jahren.

Irland

11. April: Gesundheitsminister *Noel Browne* erklärt

seinen Rücktritt. Sein Portefeuille wird vorläufig von Ministerpräsident *John Costello* mit übernommen.

Italien

4. April: Der Kongreß der unter Führung von *Giuseppe Saragat* stehenden Sozialistischen Arbeiterpartei beschließt die Vereinigung mit der Unitarischen Sozialistischen Partei (unter *Giuseppe Romita*) zur „Vereinigten Sozialistischen Arbeiterpartei Italiens“. Gleichzeitig wird beschlossen, die drei der Partei angehörnden Minister aus der Regierung zurückzuziehen. Am gleichen Tage erklären Transportminister *Ludovico d'Aragona*, Außenhandelsminister *Ivan Matteo Lombardo* und Handelsmarineminister *Alberto Simonini* ihren Rücktritt. An ihre Stellen treten am 5. April die drei bisherigen Minister ohne Portefeuille, *Pietro Campilli* (Transport), *Ugo La Malfa* (Außenhandel) und *Rafaele Pio Petrilli* (Handelsmarine).

Jugoslawien

11. April: Der stellvertretende Außenminister, *Veljko Vlahovic*, gibt bekannt, daß die Regierung die Westmächte um Lieferung von Waffen ersucht habe. Die Aufrüstung Bulgariens, Rumäniens und Ungarns, die steigende Zahl der Grenzzwischenfälle und die daraus resultierende Bedrohung der Sicherheit Jugoslawiens habe die Regierung zu diesem Schritt gezwungen.
14. April: Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, *Trygve Lie*, der sich zu einem dreitägigen Besuch in Belgrad aufhält, erklärt auf einem Bankett, *Marschall Tito* habe durch seinen Widerstand gegen jeden Versuch einer Beherrschung von außen ein historisches Beispiel von Mut und Widerstandswillen gegeben. Jugoslawien und die Vereinten Nationen würden einander in ihrem Streben nach Frieden und Sicherheit nicht im Stiche lassen.

Oesterreich

4. April: Der Nationalrat verabschiedet das Gesetz über die Errichtung eines Wirtschaftsdirektoriums, bestehend aus dem Bundeskanzler, dem Vizekanzler sowie den Bundesministern für Inneres, auswärtige Angelegenheiten, soziale Verwaltung, Finanzen, Land- und Forstwirtschaft, Handel und Wiederaufbau, Verkehr und verstaatlichte Betriebe. Ferner werden verabschiedet: das Außenhandelsverkehrsgesetz 1951, das die Auflösung der bisherigen Außenhandelskommission und die Uebertragung ihrer Kompetenz an das Wirtschaftsdirektorium vorsieht; das Rohstofflenkungsgesetz, das der Regierung die gesetzliche Grundlage für eine Lenkung des Rohstoffverbrauches gibt; die Wiedereinführung des 1949 außer Kraft gesetzten Lebensmittelbewirtschaftungsgesetzes, das die Bewirtschaftung einer Reihe von Lebensmitteln zuläßt; sowie eine Verlängerung des geltenden Preisregelungsgesetzes. Damit beschließt der Nationalrat die Herbstsession seiner VI. Gesetzgebungsperiode. Am 12. April billigt auch der Bundesrat die Wirtschaftsgesetze.

Schweiz

5. April: Der Nationalrat billigt mit 145 gegen 6 Stimmen das Rüstungsprogramm der Bundesregierung, das Ausgaben in Höhe von 1,46 Milliarden Franken vorsieht.

Türkei

3. April: Das Parlament spricht der am 9. März ge-

bildeten Regierung des Ministerpräsidenten Adnan Menderes mit 345 gegen 50 Stimmen das Vertrauen aus. In der Debatte erklärt Außenminister Fuad Köprülü, die Regierung strebe die Einbeziehung der Türkei in ein kollektives Sicherheitssystem an. Er hoffe, daß die westlichen Länder in dieser Hinsicht bald eine positivere Haltung einnehmen werden als bisher.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

Amerika

Kanada

5. April: Der Präsident der Französischen Republik, Vincent Auriol, trifft in Begleitung des Außenministers Robert Schuman zu einem viertägigen Staatsbesuch in Ottawa ein. In einer Ansprache vor dem Parlament stellt er fest, daß Frankreich die bundesstaatliche Einheit Europas, für die der Europarat und der Schuman-Plan ein Anfang seien, zustande bringen möchte.
11. April: Finanzminister Douglas C. Abbott legt dem Parlament das Budget für 1951/52 vor. Es sieht Ausgaben in Höhe von 3,7 Milliarden kan. Dollar vor, davon 1,664 Milliarden für die Verteidigung.

Vereinigte Staaten

2. April: Der Präsident der Französischen Republik, Vincent Auriol, der vom 28. März bis 3. April zu einem Staatsbesuch in Washington weilte, sagt in einer Ansprache vor dem Kongreß, Isolation bedeute den Tod, und Recht ohne Macht sei wirkungslos. Neutralismus sei ein geographischer und historischer Unsinn, denn ein Angreifer werde auch dann nicht vor einem Grenzpfosten haltmachen, wenn eine Friedenstaube daraufsitze. Präsident Auriol fordert die Vereinigten Staaten auf, ihre Landstreitkräfte nicht von Europa zurückzuhalten. Europa müsse geschützt, nicht aber befreit werden.
- Anläßlich der Feier des dritten Jahrestages des Marshall-Plans teilt Präsident Harry S. Truman in einer Botschaft mit, daß er den Kongreß ersuchen werde, die Marshallplan-Verwaltung (ECA) in eine ständige Behörde umzuwandeln. Er betont, daß neue Aufgaben in Europa, Asien und anderen Teilen der Welt bevorstehen, um die wirtschaftliche und militärische Sicherheit gegen äußere Angriffe und innere Umsturzversuche sicherzustellen.
4. April: Der Senat verabschiedet mit 69 gegen 21 Stimmen die Resolution über die Entsendung von Truppen nach Europa. Die Resolution enthält: 1. die Billigung der Ernennung des Generals Dwight D. Eisenhower zum Obersten Alliierten Befehlshaber in Europa und der Unterstellung amerikanischer Landstreitkräfte unter sein Kommando; 2. Die Feststellung, daß der größere Anteil der europäischen Streitkräfte von den europäischen Ländern selbst gestellt werden müsse; 3. die Billigung der geplanten Entsendung von vier Divisionen nach Europa; 4. die Forderung, die Entsendung weiterer Truppen nur mit Zustimmung des Kongresses vorzunehmen; 5. den Vorschlag, die

Aufhebung der Italien durch den Friedensvertrag auferlegten militärischen Beschränkungen anzustreben; 6. den Vorschlag, die militärischen und andere Hilfsquellen Westdeutschlands und Spaniens für die Verteidigung Europas auszunutzen.

5. April: Der Führer der republikanischen Fraktion im Repräsentantenhaus, Joseph W. Martin jr., verliest einen Brief des Oberbefehlshabers der Streitkräfte der Vereinten Nationen in Korea, General Douglas MacArthur, in dem sich der General für die Benutzung der nationalchinesischen Truppen zur Errichtung einer zweiten Front auf dem chinesischen Festland ausspricht. Er betont in seinem Schreiben, daß in Ostasien der Kampf Europas gegen den Kommunismus mit den Waffen ausgefochten werde, während ihn die europäischen Politiker mit Worten führten. Wenn der Krieg in Asien verloren werde, dann sei auch Europa nicht mehr zu halten.
7. April: Die vierte Konferenz der Außenminister der amerikanischen Staaten wird mit der Unterzeichnung von 28 Entschliefungen beendet. Die wichtigsten Entschliefungen sind folgende: 1. Deklaration von Washington: Die amerikanischen Republiken erklären ihren festen Willen, in der gegenwärtigen Bedrohung zusammenzustehen, sich gegen jeden Angriff zu verteidigen, ihre Meinungsverschiedenheiten auf friedlichem Wege zu schlichten, die Lebensbedingungen ihrer Völker zu verbessern, die Menschenrechte zu achten und die Ziele der Vereinten Nationen mit allen Mitteln zu unterstützen. 2. Resolutionen über militärische Zusammenarbeit zur Verteidigung des amerikanischen Kontinents und zur Unterstützung von Aktionen der Vereinten Nationen: Die Konferenz empfiehlt die Aufstellung von besonderen Truppeneinheiten für die genannten Zwecke und die Ausarbeitung gemeinsamer Verteidigungspläne durch das Verteidigungsamt der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS). 3. Resolution über die Verstärkung der inneren Sicherheit: Die Konferenz empfiehlt den Mitgliedstaaten, wirksame Maßnahmen gegen die umstürzlerische Tätigkeit kommunistischer Agenten zu ergreifen und ihre demokratischen Einrichtungen zu verteidigen. 4. Resolutionen über die wirtschaftliche Entwicklung: Die amerikanischen Staaten beschließen eine Intensivierung der wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit. Sie verpflichten sich, in ihren Wirtschaftsplänen den Erfordernissen der Verteidigung und der Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Gütern den Vorrang zu gewähren.

11. April: Präsident Harry S. *Truman* enthebt General Douglas *MacArthur* seiner sämtlichen Kommandoposten als Oberster Befehlshaber der Alliierten Besatzungstruppen in Japan, Oberbefehlshaber der Truppen der Vereinten Nationen in Korea, Oberbefehlshaber Fernost und Befehlshaber der amerikanischen Armee im Fernen Osten. Zu seinem Nachfolger wird der bisherige Oberbefehlshaber der 8. Armee, Generalleutnant Matthew B. *Ridgway*, ernannt, zu dessen Nachfolger Generalleutnant James A. *van Fleet*. In einer Erklärung zur Abberufung *MacArthurs* führt der Präsident aus, er sei zu dem Schluß gekommen, daß es General *MacArthur* unmöglich ist, die Richtlinien der Regierung und der Vereinten Nationen rückhaltlos zu unterstützen. Am gleichen Tage erläutert der Präsident in einer Rundfunkansprache die Ziele der amerikanischen Fernostpolitik. Nach der Feststellung, daß der Angriff auf Korea Teil eines größeren kommunistischen Planes zur Eroberung Asiens war, betont der Präsident, daß der Krieg auf Korea selbst begrenzt bleiben müsse. Durch die Bombardierung der Mandschurei oder die Invasion des chinesischen Festlandes könne ein allgemeiner Krieg entfesselt werden. Der Wechsel im Oberkommando in Fernost werde keine Veränderung der Politik der Vereinigten Staaten mit sich bringen, und der Kampf in Korea werde entschlossen weitergeführt werden. Am 13. April stellt Generalmajor Courtney *Whitney*, der militärische Sekretär des amtsenthobenen Oberbefehlshabers, in Tokio in einer Erklärung fest, daß General *MacArthur* niemals für eine Ausweitung des Korea-Krieges eingetreten sei. Sein einziges Ziel sei gewesen, den Feldzug mit einem Minimum an Verlusten zu Ende zu führen. Er sei aber der Ansicht, daß Beschwichtigung im Endeffekt nicht weniger, sondern mehr Blutvergießen bedeute und, entsprechend historischen Präzedenzfällen, zu einem neuen Weltkrieg führen könne.

Asien

Indien

3. April: Premierminister Jawaharlal *Nehru*, der sich zu einem viertägigen Besuch in Kaschmir aufhält, erklärt auf einer Kundgebung in Jammu, keine Macht könne Indien daran hindern, seine Truppen so lange in Kaschmir zu belassen, wie die Bevölkerung dies wünsche. Die Kaschmir-Resolution des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen sei sowohl für Indien als auch für Kaschmir völlig unannehmbar.

Japan

14. April: Der neu ernannte Oberbefehlshaber der alliierten Besatzungstruppen, General Matthew B. *Ridgway*, betont in einer Erklärung anläßlich seines Amtsantritts, daß die amerikanische Politik gegenüber Japan keine Aenderung erfahren werde. Er werde den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages nach den schon festgelegten Richtlinien anstreben und die demokratischen Grundlagen des japanischen politischen Lebens weiter stärken und ausbauen helfen.

Korea

3. April: Truppen der Vereinten Nationen überschreiten mit stärkeren Kräften den 38. Breitengrad.

8. April: Der Oberbefehlshaber der amerikanischen 8. Armee, General Matthew B. *Ridgway*, erklärt auf einer Pressekonferenz, es sei unter den gegenwärtigen militärischen Bedingungen kein Ende des Korea-Krieges abzusehen, wenn es keine politische Lösung des Konflikts gebe.

Persien

4. April: Abdullah *Entezam*, bisher Chef der persischen diplomatischen Mission in Deutschland, wird zum Außenminister ernannt. Am gleichen Tage werden General Fazullah *Zahedi* zum Innenminister und General Hassan *Arfa* zum Verkehrsminister ernannt.

8. April: Die Regierung überreicht dem britischen Botschafter eine Antwortnote auf den Protest der britischen Regierung vom 14. März gegen die Verstaatlichung des Besitzes der Anglo-Iranischen Oelgesellschaft. Darin betont die persische Regierung, daß sie an der Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen mit Großbritannien interessiert sei, daß sie hinsichtlich der Verstaatlichung des Erdöls jedoch nur mit der Anglo-Iranischen Oelgesellschaft selbst verhandeln könne. Diese habe den gerechten Ansprüchen des persischen Volkes keine Beachtung geschenkt.

12. April: Im Erdölgebiet von Abadan ereignen sich neue Unruhen, bei denen britische Staatsangehörige getötet und verletzt werden. Am 13. April fordert der britische Botschafter von der Regierung Maßnahmen zum Schutze britischen Lebens und Eigentums.

Vietnam

1. April: Französisch-vietnamesische Truppen weisen einen seit dem 27. März andauernden Angriff der Viet-minh-Truppen im Gebiet von Dongtrieu endgültig ab.

7. April: Der Rundfunksender der Viet-minh-Bewegung veröffentlicht eine Anweisung von *Ho Tschü Minh*, daß der Bewegungskrieg im gegenwärtigen Augenblick nicht als die richtige Taktik im Kampf gegen die französischen Truppen anzusehen sei und die Viet-minh-Truppen daher wieder zum Guerillakrieg übergehen sollten.

12. April: Radio Peking berichtet, daß Einheiten chinesischer Truppen als Gegenmaßnahme gegen mehrere Grenzverletzungen durch französische Truppen in Nordwest-Tonking eingerückt sind und sich mit Viet-minh-Streitkräften vereinigt haben. Französische Truppen, die von Laitschau aus den feindlichen Verbänden entgegenmarschieren, können keine Berührung mit ihnen herstellen.

Organisation der Vereinten Nationen

2. April: Der pakistanische Außenminister, Sir Mohammed *Zafrullah Khan*, gibt dem Sicherheitsrat die Annahme der Resolution zur Schlichtung des Kaschmir-Streites vom 30. März durch seine Regierung bekannt. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß der vom Sicherheitsrat zu ernennende Vermittler den Abzug der Besatzungstruppen aus Kaschmir beschleunigen werde.

12. April: Der Ausschuß für Kollektivmaßnahmen der Vollversammlung richtet an alle Mitgliedstaaten die Aufforderung, so bald wie möglich mitzuteilen, welche Maßnahmen sie für die Gestellung von Truppen für die Vereinten Nationen ergriffen haben.